

Schober, Hubertus

Verirrungen der Gesellschaft und ihre Kunst des Vergessens - ein Beitrag zur Erinnerung an das Versagen des Bildungssystems

2021, 126 S.



Quellenangabe/ Reference:

Schober, Hubertus: Verirrungen der Gesellschaft und ihre Kunst des Vergessens - ein Beitrag zur Erinnerung an das Versagen des Bildungssystems. 2021, 126 S. - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-237302 - DOI: 10.25656/01:23730

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-237302>

<https://doi.org/10.25656/01:23730>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Hubertus Schober

**Verirrungen der Gesellschaft und ihre
Kunst des Vergessens -**

**ein Beitrag
zur Erinnerung an das Versagen des
Bildungssystems**

2021

Inhalt

1. Zeichen: Die Verdrängung

1.1 Schulen im Geflecht sozialräumlicher Strukturen	2
1.2 Bildungsteilhabe als Spiegel sozialer Ungleichheit	12
1.3 Gesamtschule: Auslöser und Träger des Wandels?	23

2. Zeichen: Die Verschüttung

2.1 Der Ausbruch der Coronavirus-Pandemie	41
2.2 Die Folgen der Pandemie	56

3. Zeichen: Die Erinnerung

3.1 Eine selbstverschuldete Verstrickung	69
3.2 Die Rolle der Akteure im Bildungssystem	77
3.3 Die Aussicht auf Einsicht	83

Anhang: Anleitung zum Verständnis 95

- Wer sind sie, die Immigranten?	96
- Bildung in der Coronakrise	98
- "Am Anfang war das gedruckte Wort"	100
- "Die Irrtümer der Wissensgesellschaft"	107
- "Vom Algorithmus vergessen"	110

- Nachgedanken - 112-126

1. Zeichen: Die Verdrängung

1.1 Schulen im Geflecht sozialräumlicher Strukturen

Bildung ist das Zauberwort, das hoffen lässt, die aufgeklärte Persönlichkeit zu schaffen und diese gegen vor-demokratische Gesinnung und postdemokratische Fehlentwicklungen immunisieren zu können.

Bildung war einmal das Privileg des Bürgertums, Bildung wurde dann in der sich demokratisch entwickelnden Gesellschaft ein Angebot, Bildung ist heute ein Muss für alle, um in der Welt der neuen Technologien, des digitalen Populismus und der digitalen Gewalt unbeschadet teilhaben und bestehen zu können.

In der deutschen Bildungslandschaft sollen daher in diesem Dreisprung Bildung-Zukunft-Schule die Eckpunkte, Entwicklungsverläufe und -perspektiven und die Umfelder der gegenwärtigen und zukünftigen Bildungs- und Schullandschaften ausgeleuchtet werden:

- Kritische Bestandsaufnahme des Entwicklungsverlaufes der Bildungsangebote in Deutschland, ihrer Effizienz auf dem Prüfstand zwischen Erwartungen und Ergebnissen und ihrer Verträglichkeit mit dem gesellschaftlichen Anspruch von Teilhabe und Chancengerechtigkeit;

- welche Veränderungsmöglichkeiten, -notwendigkeiten werden den zukünftigen Entwicklungsverlauf der Bildungsangebote in Deutschland bestimmen;

- worauf muss sich das System Schule in Deutschland einstellen, wo liegen die Schwächen der Schulangebote, wie muss sich Schule zukünftig darstellen;

- kann die Schule diesem Anspruch gerecht werden oder wird sie ohne Beistand die Wiege von Ungerechtigkeit und Versäumnis bleiben?

Und bei all diesem Antworten suchenden Streben wird der Fragende auf einen stets wiederkehrenden Vorgang stoßen, nämlich die Kunst des Vergessens, die Menschen - aktiv oder passiv in Gang gesetzt - widerfahren kann; so wie die Kunst die Fähigkeit ist, etwas (aktiv) zu tun oder die Möglichkeit, etwas (passiv) zu unterlassen.

Die Synonyme für Vergessen können in dreifach gestufter Hinsicht das Handeln des Menschen beschreiben:

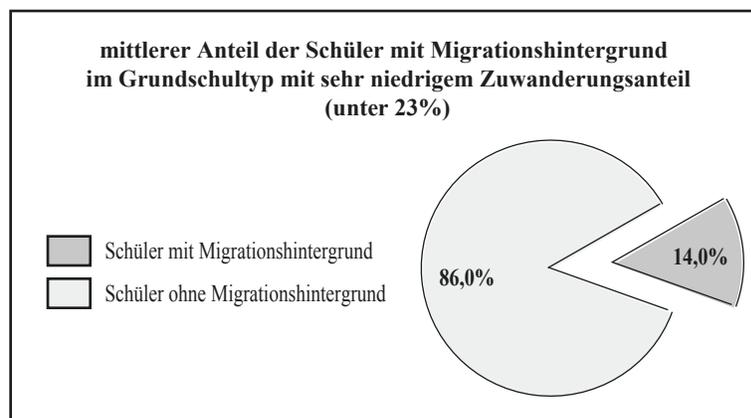
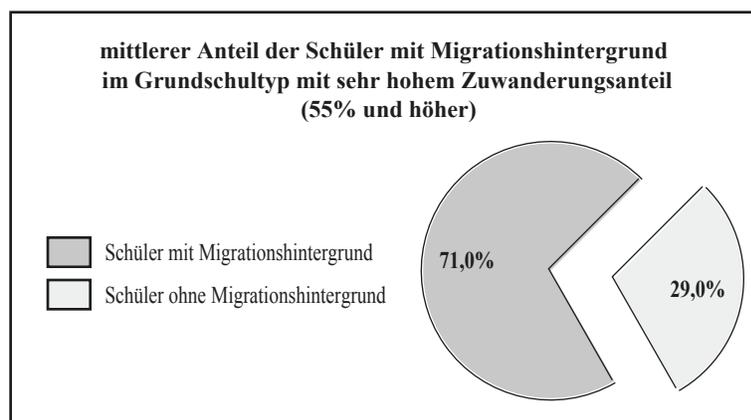
- entfallen, aus dem Gedächtnis verloren oder nicht mehr in Betracht kommen,
- ignorieren, nicht beachten, nicht mehr zur Kenntnis nehmen,
- missachten, bewusst ignorieren, gering schätzen.

Mit diesen Fragen nach dem Zustand der deutschen Bildungslandschaft können nun - am Beispiel der Schulentwicklung im Land Nordrhein-Westfalen - die regional und schulformspezifisch unterschiedlichen Anteile der Schüler mit Migrationshintergrund als das entscheidende Merkmal einer Integrations- und Infrastrukturherausforderung für die Schulentwicklung in den Vordergrund einer Bestandsaufnahme und der Schlussfolgerungen gerückt werden.

In Nordrhein-Westfalen versorgen 2.747 öffentliche Grundschulen 623.815 Schüler, von denen 257.831 Schüler (41%) einen Migrationshintergrund haben.

öffentliche Grundschulen* in Nordrhein-Westfalen (Schuljahr 2016/17)						
Schultyp			Klassen-	Schüler	davon mit	
Zuwanderungsquote	Schulen	Klassen	frequenz	insg.	Zuwanderungsgeschichte	
55% u. höher	687	6.932	23,5	162.756	114.775	70,5%
38% - 55%	687	6.955	23,9	166.258	76.048	45,7%
23% - 38%	687	6.588	23,5	154.910	47.553	30,7%
unter 23%	686	6.033	23,2	139.891	19.455	13,9%
Grundschulen insg.	2.747	26.508	23,5	623.815	257.831	41,3%
Datenquelle: IT.NRW			* nicht gerechnet 60 private Grundschulen			

In jeder vierten Grundschule übersteigt der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund 55%: In diesem Grundschultyp erreicht der mittlere Anteil dieser Schüler sogar 71%, Schüler ohne Migrationshintergrund sind hier deutlich in der Minderheit. Auf der anderen Seite hat jede vierte Grundschule in Nordrhein-Westfalen einen Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund von höchstens 23%: In diesem Grundschultyp erreicht der mittlere Anteil dieser Schüler nur 14%, Schüler ohne Migrationshintergrund sind hier weithin in der Mehrheit.



So spiegeln sich in den Grundschulen die gegenwärtigen Segregationsverhältnisse in Deutschland, hier am Beispiel

im Land Nordrhein-Westfalen betrachtet. Aber gibt es Anhaltspunkte, die erkennen lassen, dass die Grundschule solchen ursächlich doch sehr ungleichen Rahmenbedingungen für die Bildungsteilhabe gegenwirken kann? Die gleichen mittleren Klassenfrequenzen in den vier Grundschultypen unterschiedlicher Zuwanderungsanteile lassen das doch bezweifeln.

In Nordrhein-Westfalen bleiben die kommunalen Schulträger und die Schulaufsicht im Hinblick auf die Klassenbildung offensichtlich wenig beeindruckt davon, ob in einer Grundschule fast drei Viertel der Schüler einen Migrationshintergrund haben oder in einer Grundschule nur einer von sieben Schülern. Denn ungeachtet dieser doch sehr unterschiedlichen Migrationsquoten sind in allen vier ausgewiesenen Schulgruppen jeweils hohe Klassenfrequenzen von rund 24 Schülern je Klasse anzutreffen. Der Befund zeigt in zweifacher Hinsicht das bisherige Ergebnis einer doch sehr fragwürdigen Entwicklung:

- Das Instrument flexibler Klassenfrequenzen als Merkmal integrativen Bemühens wird nicht eingelöst und
- Schule ist nicht in dem Sinne Antwort auf Segregationsprobleme, dass sie in Stand gesetzt ist, der sozio-kulturellen Segregation entgegenzuwirken, sondern doch nur ein Spiegel der Gesellschaft, weil sie dazu beiträgt, die sozio-kulturelle Segregation zu erhalten und damit sogar noch zu verfestigen.

Wenn an sozialräumlich relevanten Daten hier allein das Merkmal des Migrationshintergrundes zählen kann, so sollte dies nicht die Aussagekraft der Befunde schmälern. Zwar könnten weitere Sozialdaten sehr hilfreich sein, aber sie sind in der Schulstatistik rar geworden. Denn wir befin-

den uns gegenwärtig in sehr paradoxen Entwicklungsströmungen: Einerseits bestimmen (und hemmen) immer weitreichendere Regelungen eines berechtigten Datenschutzes den möglichen Erkenntnishorizont sozialräumlicher Untersuchungen, andererseits kommunizieren immer mehr Menschen unbedarft und gleichgültig mit einer digitalen Datenflut ihrer Intimsphäre.

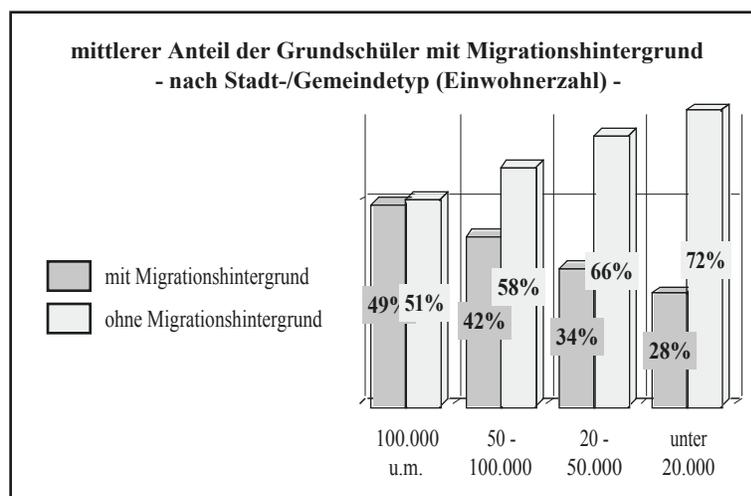
Zwar war 'früher alles schlechter', aber manches einfacher: So war in jedem Klassenbuch einer Schule der Berufs des Vaters vermerkt. Noch - oder schon je nach Blickwinkel - in den 60-er Jahren war mit Fug und Recht zu belegen, dass in Deutschland das in der Bildungsteilhabe am meisten benachteiligte Kind die katholische Arbeitertochter im bayerischen Wald war.

Tino Bargel und andere (auch der Autor dieser Untersuchung) hatten vor nun schon vierzig Jahren mit dem Begriff Soziotop die sozialen Umgebungsfaktoren im Prozess der kindlichen Sozialisation beschrieben: "Das vorliegende Gutachten zur Schulentwicklungsplanung in Nordrhein-Westfalen greift Probleme und Aufgaben der Schulentwicklungsplanung in den 80er Jahren auf, beschreibt Planungsverfahren, nennt die Schulentwicklungsplanung bestimmenden Elemente und Kriterien und stellt die demographische und schulische Lage der Gemeinden dar." (Auszug aus dem Vorwort zu Bargel/Kuthe/Schober/Hölle: Gutachten zur Schulentwicklungsplanung in Nordrhein-Westfalen, Schöningh, 1981).

Die kommunalen Schulträger als lokale Kenner, aber ohnmächtig, weil rat- und zumeist machtlos mit dem Segregationsgeschehen in ihrer Kommune konfrontiert, müssen stärker in das schulaufsichtliche Verantwortungsbewusstsein eingebunden werden. Mit schulentwicklungsplane-

risch begründeten sozialräumlichen Untersuchungsbefunden sollten die Schulträger auf wichtige Merkmale der Schulentwicklung wie die der Lehrkräftebesetzung in ihren Schulen zielsicher und -orientiert maßgebend Einfluss nehmen können, um über die Schulen möglichst alle Kinder wie auch deren Familien für ein bildungsaufgeschlosseneres Interesse zu gewinnen - womit dann auch ein wichtiger Schritt zur Überwindung der gegenwärtig kaum noch zu vertretenden Trennung von "innerer" und "äußerer" Schulangelegenheit getan wäre, auch eingedenk der Erfahrung, dass ortsnahes Erleben problematischer gesellschaftlicher Situationen und Strukturen mehr zu den notwendigen Lösungsschritten befähigt, als dies jemals administrative Setzung vermocht hat.

Es stellt sich dann die Frage, ob und wie sich sozialräumlich unterschiedliche Umfelder stadt-/gemeindetypisch abweichend darstellen. In Nordrhein-Westfalen lebt fast jeder zweite Grundschüler (45%) in einer Großstadt, die andere Hälfte in einer größeren oder kleineren Mittelstadt (41%) oder in einer kleinen Kommune (14%).



Und in den großstädtischen Grundschulen hat jedes zweite Kind einen Migrationshintergrund (49%), in den größeren Mittelstädten sinkt der Anteil dieser Kinder auf 42%, in den kleineren Mittelstädten auf 34% und in den kleinen Kommunen auf 28% der Kinder.

öffentliche Grundschulen in Nordrhein-Westfalen (Schuljahr 2016/17)						
Stadt-/Gemeindetyp			Klassen-	Schüler	davon mit	
Einwohnerzahl	Schulen	Klassen	frequenz	insg.	Zuwanderungsgeschichte	
100.000 u.m.	1.173	11.750	23,9	281.372	139.089	49,4%
50 - 100.000	491	4.617	23,7	109.255	45.400	41,6%
20 - 50.000	680	6.399	23,2	148.744	50.046	33,6%
unter 20.000	403	3.742	22,6	84.444	23.296	27,6%
Grundschulen insg.	2.747	26.508	23,5	623.815	257.831	41,3%
Datenquelle: IT.NRW						

Und wieder zeigen sich hinsichtlich der mittleren Klassenbildung auch bei den verschiedenen Stadt-/Gemeindetypen ungeachtet ihrer sehr unterschiedlichen Anteile der Kinder mit Migrationshintergrund keine abweichenden mittleren Klassenfrequenzen - im Gegenteil: Die von der Landgemeinde bis zur Großstadt geringfügig ansteigenden mittleren Klassenfrequenzen sind eher der steigenden Siedlungsdichte dort und den Bemühungen zum Erhalt des Schulbestandes in den ländlichen Regionen geschuldet.

Nun findet man in jedem der vier Stadt-/Gemeindetypen in dem jeweiligen Spektrum unterschiedlicher Anteile von Kindern mit Migrationshintergrund sogar Grundschulen, die ausschließlich Schüler mit Migrationshintergrund unterrichten, wie auch Grundschulen, die ausschließlich von Schülern ohne Migrationshintergrund besucht werden. Den Unterschied zwischen den vier Stadt-/Gemeindetypen macht die Bestandsdichte der Grundschulen mit einem über dem Landesdurchschnitt von 41% liegenden Anteil

der Schüler mit Migrationshintergrund: So haben fast zwei Drittel (61%) der Grundschulen in den Großstädten einen überdurchschnittlichen Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund, dagegen verringert sich der Anteil dieser Schulen in den größeren Mittelstädten auf weniger als die Hälfte (45%), in den kleineren Mittelstädten auf weniger als ein Drittel (29%) und in den kleinen Kommunen auf nur noch jede sechste Grundschule (16%).

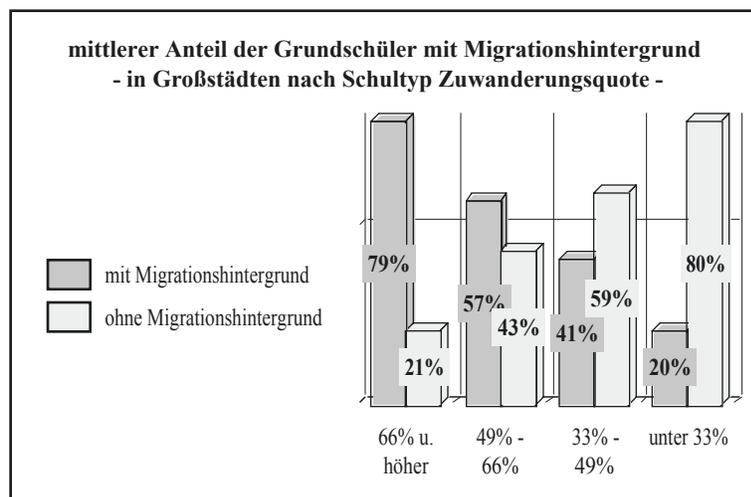
Da in Nordrhein-Westfalen bald jeder zweite Grundschüler (45%) in einer Großstadt (mit 100.000 und mehr Einwohnern) lebt und hier jeder zweite Grundschüler (49%) einen Migrationshintergrund hat, will die weitere Frage beantwortet sein, in welchen Ausprägungen sich die großstädtischen sozialräumlichen Strukturen darstellen.

Auch wenn die Großstädte insgesamt einen hohen mittleren Anteil der Grundschüler mit Migrationshintergrund haben, zeigen doch auch die Großstädte ein weit gefächertes Spektrum unterschiedlicher sozialräumlicher Strukturen, in noch extremeren polaren Positionen dichotomer Ausprägung als in den Mittel- und Kleinstädten.

In jeder vierten großstädtischen Grundschule haben mehr als zwei Drittel (66% und höher) der Schüler einen Migrationshintergrund. In diesem Grundschultyp mit sehr hohem Zuwanderungsanteil erreicht der mittlere Anteil dieser Schüler 79%, so dass die Schüler ohne Migrationshintergrund hier in einer schon sehr problematischen Minderheit sind, denn hier werden - auf die durchschnittliche Klassengröße übertragen - neben 19 Schülern mit oftmals unterschiedlichem Migrationshintergrund nur noch 5 Schüler ohne Migrationshintergrund unterrichtet.

Auf der anderen Seite erreicht dann aber auch in jeder vierten großstädtischen Grundschule der Anteil der Schü-

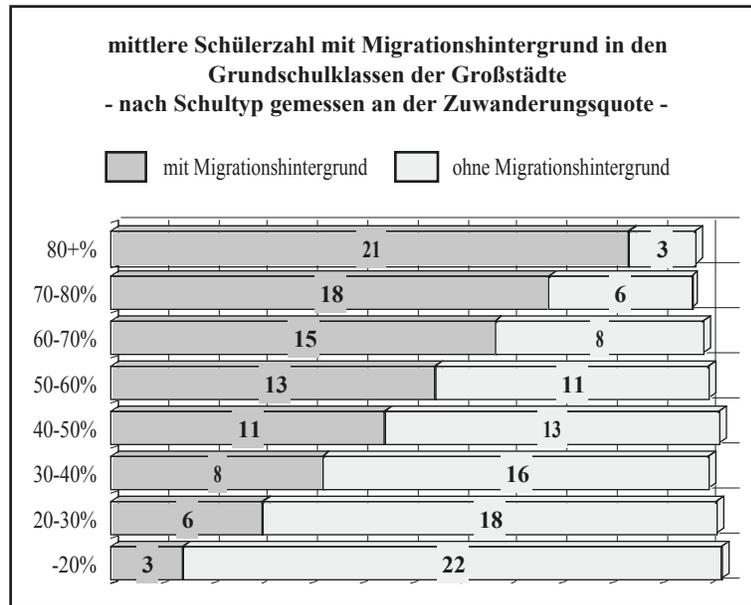
ler mit einem Migrationshintergrund höchstens 33%. In diesem Grundschultyp mit sehr niedrigem Zuwanderungsanteil liegt der mittlere Anteil dieser Schüler bei nur 20%, so dass dort die Schüler ohne Migrationshintergrund weiterhin in der Mehrheit sind, denn hier sitzen - auf die durchschnittliche Klassengröße übertragen - neben 19 Schülern ohne Migrationshintergrund nur 5 Schüler mit einem Migrationshintergrund.



öffentliche Grundschulen in Nordrhein-Westfalen (Schuljahr 2016/17)						
- Grundschulen in Großstädten -						
Schultyp	Schulen	Klassen	Klassenfrequenz	Schüler insg.	davon mit Zuwanderungsgeschichte	
66% u. höher	294	2.988	23,4	69.797	55.295	79,2%
49% - 66%	293	3.008	24,0	72.119	41.072	57,0%
33% - 49%	293	2.924	24,1	70.518	28.649	40,6%
unter 33%	293	2.830	24,4	68.938	14.073	20,4%
Grundschulen insg.	1.173	11.750	23,9	281.372	139.089	49,4%
Datenquelle: IT.NRW						

In zweifacher Hinsicht sind die Ergebnisse dieses Befundes sehr bemerkenswert, zum einen aufgrund der gleichmäßigen Verteilung der Zuwanderungsanteile in den großstädtischen Grundschulen auf alle nur möglichen Quoten- und zum anderen damit einhergehend eben auch

angesichts der Besetzung extremer Positionen grenzwertig höchster und niedrigster Zuwanderungsquoten.



öffentliche Grundschulen in Nordrhein-Westfalen (Schuljahr 2016/17)						
- Grundschulen in Großstädten -						
Zuwanderungsquote	Schulen	Klassen	Frequenz	Schüler insg.	davon mit Zuwanderung	
80+%	120	1.215	23,4	28.457	25.220	88,6%
70-80%	113	1.154	23,2	26.826	20.207	75,3%
60-70%	164	1.715	23,8	40.743	26.355	64,7%
50-60%	168	1.686	24,0	40.395	21.881	54,2%
40-50%	177	1.778	24,4	43.343	19.443	44,9%
30-40%	182	1.807	24,0	43.287	15.241	35,2%
20-30%	128	1.217	24,3	29.520	7.392	25,0%
-20%	121	1.178	24,4	28.801	3.350	11,6%
Grundschulen insg.	1.173	11.750	23,9	281.372	139.089	49,4%
Datenquelle: IT.NRW						

Darf es sein, dass in Grundschulklassen 21 Kinder mit Migrationshintergrund und nur drei Kinder ohne Migrationshintergrund unterrichtet werden - ohne dass die Klassenfrequenz eine bessere Lehrkraftbesetzung erkennen lässt?

1.2 Bildungsteilhabe als Spiegel sozialer Ungleichheit

Im zweiten Schritt der Untersuchung wird die Frage zu klären sein, inwieweit diese Befunde zur Ausgangslage der Rahmenbedingungen im Grundschulbereich die weiterführende Bildungsteilhabe bestimmen.

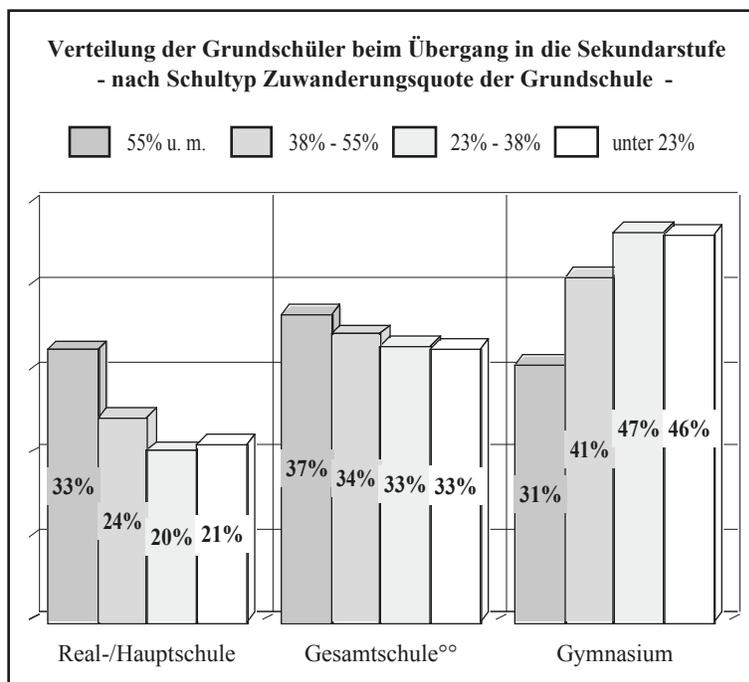
Deutschland hat sich immer noch nicht als ein Einwanderungsland mit hierzu entwickelten Akzeptanz- und Integrationsstrategien begriffen. Denn es behandelt zugewanderte Menschen nach wie vor als - früher angeworbene, heute oft geflüchtete - "Gastarbeiter", in der Vorstellung und Hoffnung, irgendwann werden sie doch wieder mit ihren Familien in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Und die Politik hat es bis heute versäumt, dies zu berichtigen und aufklärend zu wirken.

Schon die Ergebnisse der PISA-Studie im Jahr 2000 hatten auf das bereits länger bestehende Problem der Bildungsarmut (Bildungsferne) in Deutschland aufmerksam gemacht. Und noch der UN-Bildungsbericht (UN 2007) kritisierte die nach wie vor bestehende Chancenungleichheit des deutschen Schulsystems. Durch die frühe Aufteilung der Schüler in Hauptschule, Realschule und Gymnasium sei die schulische wie auch die berufliche Laufbahn schon vorbestimmt. Insbesondere Kinder mit einem Migrationshintergrund, einer Behinderung oder aus sozial schwachen Familien werden dadurch diskriminiert, da sie an Hauptschulen überpräsentiert und an Gymnasien unterpräsentiert seien.

Seither hat sich noch nicht viel geändert, nach wie vor bestimmt in Deutschland die sozio-kulturelle Herkunft, ob jeder zweite Grundschüler (46%) oder weniger als ein Drittel der Grundschüler (31%) das Gymnasium besucht.

Dagegen erhöhen sich mit steigendem Migrationsanteil der Schüler die Übergangsquoten für die Schulformen Haupt- und Realschule von 21% auf 33% und für die Gesamtschule (einschließlich Sekundarschule) von 33% auf 37% - in der Summe von 54% auf 69% der Schüler.

(Hinweis: Gezählt sind die Übergänge von den zuvor definierten Grundschulen zum Schuljahr 2016/17 aus dem 4. Grundschuljahrgang 2015/16 in weiterführende Schulen innerhalb von Nordrhein-Westfalen - ohne Gemeinschaftsschule, auf deren schulgesetzliche Einführung mit dem Schulkonsens 2011 zugunsten der Sekundarschule verzichtet wurde, Primus-Schule, die als Schulversuch an 5 Schulstandorten über den Versuchszeitraum hinaus nicht fortgeführt wird und Übergänge in den Sekundarbereich von Freien Waldorfschulen und Förderschulen.)



Übergänge von den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen 2016/17							
Grundschule	Übergänge -> 5. Jgh.						
Schultyp [°]	Real-/Hauptschule		Gesamtschule ^{°°}		Gymnasium		insg.
55% u. m.	12.173	32,5%	13.765	36,8%	11.493	30,7%	37.431
38% - 55%	9.442	24,4%	13.253	34,3%	15.924	41,2%	38.619
23% - 38%	7.435	20,4%	12.044	33,0%	17.008	46,6%	36.487
unter 23%	7.027	21,2%	10.807	32,6%	15.355	46,3%	33.189
Grundsch. Σ	36.077	24,8%	49.869	34,2%	59.780	41,0%	145.726
[°] nach Zuwanderungsquote			^{°°} einschl. Sekundarschule				
Datenquelle: IT.NRW							

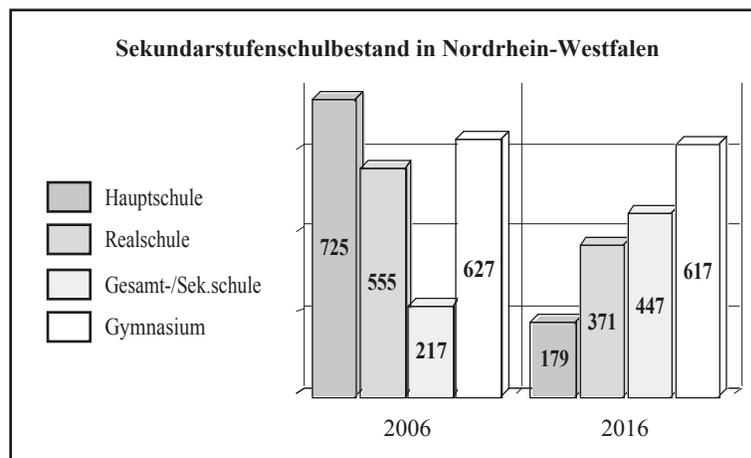
In gewisser Weise könnte diese Entwicklung auch zu der gefälligen Interpretation führen, dass von der Schülerschaft mit einem sehr hohen Migrationsanteil (mehr als 55%) zum einen nur noch 33% die Haupt- und Realschule, zum anderen mit der Gesamtschule (und Sekundarschule) nun schon 37% - ungeachtet ihrer Grundschulempfehlung - ein integriertes Schulangebot besuchen, die Kritik des UN-Bildungsberichtes (UN 2007) somit entkräftet sei, weil in der Gesamtschule ja nun für jeden Schüler alle Abschlussmöglichkeiten offen stehen.

Aber weit gefehlt, denn diese Entwicklung behebt nicht den Kern der Kritik an der Chancenungleichheit des deutschen Schulsystems, denn wie sieht es dann mit der Beständigkeit und vor allem dem erfolgreichen Abschluss dieser Bildungsteilhabe aus (hierzu an späterer Stelle)?

Außerdem sollte daran erinnert werden, dass die Schulform Gesamtschule in Deutschland jahrzehntelang gegen erbitterten bildungspolitischen Widerstand kämpfen musste und nun ihre (immer noch zum Teil zögerliche) Akzeptanz weniger dem politischen Verständnis als viel mehr dem Nachfragedruck der Eltern zu verdanken ist.

Denn das Ergebnis dieser schulformbezogenen Schülerverteilungen nach der Grundschule wird auch von den noch verbleibenden lokalen Wahlmöglichkeiten bestimmt. So hat sich in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Haupt-

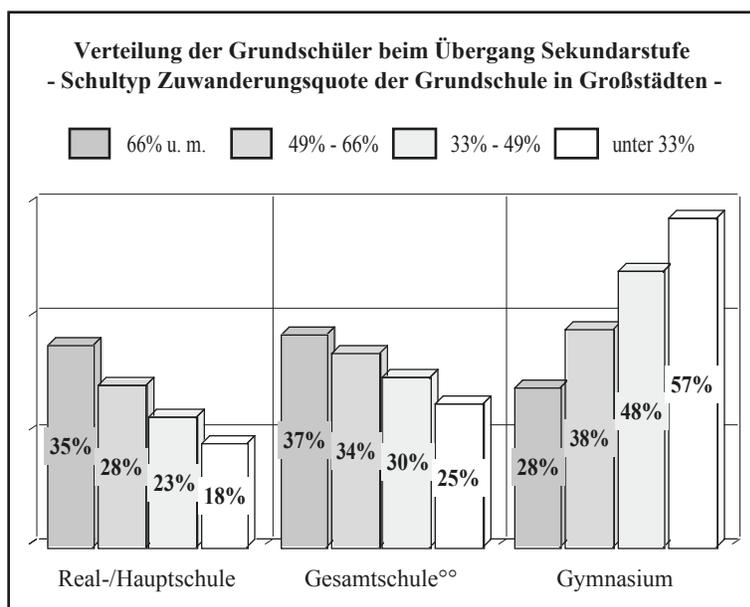
schulangebote inzwischen von 725 auf 179 Schulen (auf nur noch ein Viertel des Bestandes zehn Jahre zuvor) und die Zahl der Realschulangebote von 555 auf 371 Schulen (auf nur noch zwei Drittel des Bestandes zehn Jahre zuvor) verringert. In der Folge hatten dann im Schuljahr 2016/17 schon drei kreisfreie Städte und vier Kreise in Nordrhein-Westfalen überhaupt kein Hauptschulangebot mehr.



Der Blick in die großstädtischen Grundschullandschaften weist einen noch krasserem Missklang von Migration und Integration auf:

- Von dem Viertel der Grundschulen mit sehr hohem Migrationsanteil (66% und höher) werden nur 28% der Schüler am Gymnasium angemeldet; in dem Viertel der Grundschulen mit sehr niedrigem Migrationsanteil (unter 33%) ist der Anteil der Gymnasiasten dagegen mit 57% doppelt so hoch;

- entsprechend verringert sich hier sowohl der Anteil der Übergänge zur Gesamtschule (von 37% auf 25%) als auch der Anteil der Übergänge zur Haupt- und Realschule (zusammen von 35% auf nur noch 18%).

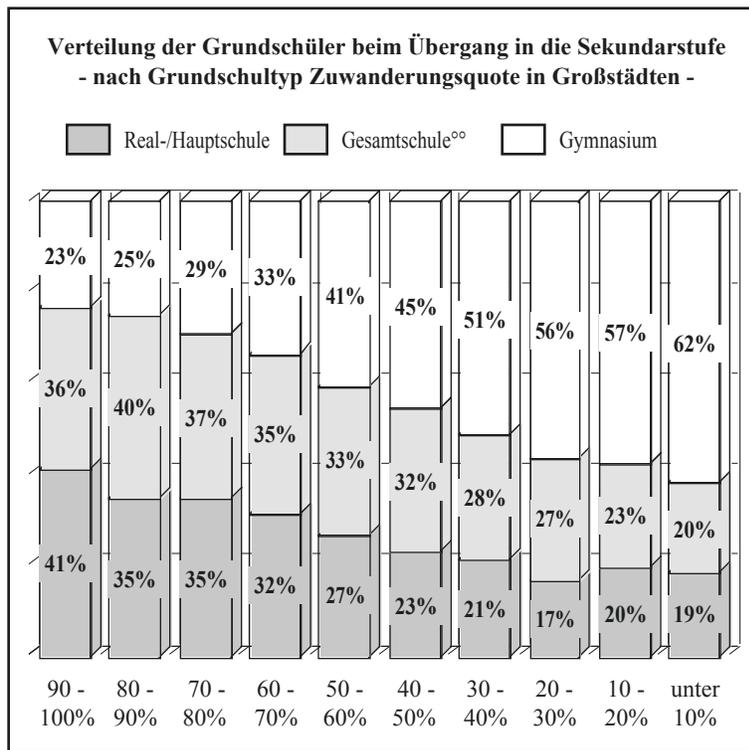


**Übergänge von den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen 2016/17
- Grundschulen in Großstädten -**

Grundschule	Übergänge -> 5. Jgh.							
	Schultyp ^o	Real-/Hauptschule		Gesamtschule ^{oo}		Gymnasium		insg.
66% u. m.		5.550	35,3%	5.825	37,0%	4.366	27,7%	15.741
49% - 66%		4.608	28,1%	5.547	33,9%	6.226	38,0%	16.381
33% - 49%		3.681	22,6%	4.808	29,5%	7.795	47,9%	16.284
unter 33%		2.879	18,1%	3.937	24,8%	9.079	57,1%	15.895
Grundsch. Σ		16.718	26,0%	20.117	31,3%	27.466	42,7%	64.301
^o nach Zuwanderungsquote				^{oo} einschl. Sekundarschule				
Datenquelle: IT.NRW								

Insofern belegt dieser Befund, dass die Kritik des UN-Bildungsbericht (UN 2007) an der Chancenungleichheit im deutschen Schulsystem nach wie vor zutrifft. Es darf nicht sein, dass noch nach vier Grundschuljahren Kinder mit einem Migrationshintergrund so abgehängt sind (oder werden), dass sie nicht annähernd die Bildungschancen der Kinder ohne Migrationshintergrund erreichen.

Die unerbittliche Logik einer verdrängt wuchernden Bildungsungerechtigkeit zeigt sich nämlich noch deutlicher, wenn der ganze Fächer der Zuwanderungsquoten aufgespannt wird.



Übergänge von den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen 2016/17									
Grundschule	Übergänge -> 5. Jgh.				- Grundschulen in Großstädten -				
Schultyp ^o	Hauptschule		Realschule		Gesamtschule ^{oo}		Gymnasium		insg.
90 - 100%	227	9,4%	766	31,9%	854	35,5%	558	23,2%	2.405
80 - 90%	273	6,9%	1.096	27,8%	1.588	40,3%	980	24,9%	3.937
70 - 80%	476	7,7%	1.657	26,9%	2.249	36,5%	1.776	28,8%	6.158
60 - 70%	617	6,7%	2.302	24,9%	3.234	35,0%	3.083	33,4%	9.236
50 - 60%	322	3,5%	2.118	23,3%	2.958	32,6%	3.681	40,5%	9.079
40 - 50%	275	2,7%	2.047	20,3%	3.199	31,8%	4.551	45,2%	10.072
30 - 40%	280	2,8%	1.846	18,5%	2.746	27,6%	5.081	51,0%	9.953
20 - 30%	118	1,7%	1.015	15,0%	1.837	27,1%	3.809	56,2%	6.779
10 - 20%	73	1,8%	723	17,8%	930	22,9%	2.328	57,4%	4.054
unter 10%	40	1,5%	447	17,0%	522	19,9%	1.619	61,6%	2.628
Grundsch. Σ	2.701	4,2%	14.017	21,8%	20.117	31,3%	27.466	42,7%	64.301
^o nach Zuwanderungsquote					^{oo} einschl. Sekundarschule				
Datenquelle: IT.NRW									

Es wäre auch müßig, über das Leistungsvermögen von Kindern mit oder ohne Migrationshintergrund zu sinnieren, aber jedem Akteur im Bildungsgeschehen, ob in der Pädagogik oder in der Politik, sollte bewusst sein, dass - in Anlehnung an die juristische Entscheidungsregel "in dubio

pro reo" - jedem Kind gleich welcher sozialen, sprachlichen und kulturellen Herkunft bei der Einschulung die gleichen Lern- und Leistungschancen geboten werden müssen.

Leider steht es außer Frage, dass schon bei der Einschulung große Bildungsdefizite bestehen. Aber kann die Schule dem Anspruch, diese Bildungsdefizite abzuarbeiten, überhaupt gerecht werden oder wird sie - ohne Beistand immer mehr befrachtet mit dem Auftrag zur Korrektur gesellschaftlicher Unzulänglichkeiten - ohnmächtig Ungerechtigkeit und Versäumnis transponieren:

- Können Grundschulen in problematischen soziokulturellen Umfeldern mit noch mehr Ausgaben je Schüler höhere Kompetenzstände erreichen? Oder wären die Grundschulen auch mit besserer personeller und räumlicher Ausstattung grundsätzlich überfordert, weil die Kinder ohne Rücksicht auf ihre Schulfähigkeit nach Schulgesetz eingeschult werden und die im soziokulturellen Umfeld vorhandenen und fortbestehenden Bildungsdefizite in der viel zu kurzen Zeit von nur vier Grundschuljahren nicht aufgefangen werden können?

- Könnte für Grundschulen in problematischen soziokulturellen Umfeldern die Wiederbelebung eines Vorschulsystems hilfreich sein, das sie in die Lage versetzen würde, mit umfassenden Integrationsangeboten bis in die Elternhäuser hinein wirken und damit die sich auftürmende Bugwelle von Bildungsdefiziten frühzeitiger eindämmen zu können?

Doch das deutsche Bildungs- und Schulsystem gründet nach wie vor zu fahrlässig auf den zwei Pfeilern Schule und Elternhaus. In der Folge müssen im Hinblick auf die Bildungsbereitschaft und das Bildungsvermögen die ersten

sechs Lebensjahre zu vieler Kinder unwiderruflich als verlorene Lebensjahre eingestuft werden.

Entgegen der gängigen Lehrmeinung ist daher eine frühzeitigere und konsequentere Hinführung zur Schulfähigkeit sehr viel wichtiger als die zu späten und damit letztlich ineffizienten Differenzierungsbemühungen in der sehr knapp bemessenen Grundschulzeit ebenso wie in den folgenden Schuljahren der Sekundarstufe.

Wenn im deutschen Bildungssystem endlich erkannt wird, dass die Grundschule die erste und damit die entscheidende schulische Weichenstellung ist, muss ihr mit zügigen Reformschritten die ihr gebührende Wertschätzung verschafft werden: Mit mehr und höher besoldetem Personal, mit pflichtigem Ganztagsunterricht in entsprechend räumlicher Ausstattung, mit pflichtigem vorschulischem Übergang von der Kindertagesstätte (und natürlich auch pflichtigem Kindertagesstättenbesuch).

Sonst bliebe nur noch weiter die resignierende Feststellung: "Schulen sollen alles ausbaden, was die Gesellschaft liegen lässt" (heute-show ZDF, 13.04.2018).

Oder sollte man böswillig unterstellen, dass eine kapitalistisch manipulierte Gesellschaft ein Bildungs- und Schulsystem aufrechterhält, das den Fortbestand eines geringverdienenden Proletariats garantiert? Diese unheilvoll sich drehende Spirale muss aufgebrochen werden: Armut macht dumm, Dummheit macht arm.

Der erste Irrtum unseres Bildungssystems ist der Glaube, dass ungeachtet ihres soziokulturellen Umfeldes und ihrer Herkunft alle Kinder mit sechs Jahren schulfähig wären. Der zweite Irrtum unseres Bildungssystems folgt dann zehn Jahre später, nämlich mit der im 21. Jahrhundert längst überholten Vorstellung, dass Jugendliche mit 16 Jahren berufsfähig wären und sich wie in früheren Zeiten

problemlos in das Ausbildungs-, Arbeits- und Beschäftigungssystem integrieren ließen.

Die Ausformung der disparaten Entwicklung der soziokulturell bedingten Bildungsperspektiven im Primarbereich findet unter den gegebenen Rahmenbedingungen zwangsläufig ihre Fortsetzung im Sekundarbereich - solange sich die Rahmenbedingungen im Primarbereich nicht verändern: Die Grundschule kann nicht, die Sekundarstufenschulen wollen dann nicht mehr gegensteuern.

Das in seiner historischen Entwicklung verankerte Selbstverständnis des in der Sekundarstufe (noch) gegliederten deutschen Schulsystems sieht sich nämlich immer noch in der Tradition eines ständegesellschaftlich organisierten Bildungssystems, weil es auf die - wie beschrieben - begrenzten Möglichkeiten der Grundschule in ihrer gegenwärtigen Verfassung, Bildungsdefizite schon frühzeitig abbauen zu können, nicht anders reagieren kann.

Und mit dem steigenden Bildungsbedarf des Bürgertums hatte sich in der deutschen Bildungs- und Schultradition zwischen Gymnasium und Volksschule eine mittlere Schullaufbahn mit wechselnden Schulbezeichnungen geschoben: Höhere Töchter- und Knabenschule, Stadtschule, Bürgerschule, Rektoratsschule, Mittelschule, Realschule, Sekundarschule, Gemeinschaftsschule.

Doch schon Wilhelm von Humboldt war kein Freund solcher utilitaristisch ausgerichteten "Bürgerschulen", er setzte in seiner Bildungsreform vielmehr mit den zwei Säulen Volksschule und Gymnasium auf eine allgemeine und zweckfreie Menschenbildung (und erst danach sollten die für die verschiedenen Berufe nötigen Spezialkenntnisse erworben werden) - es sollte auf Bildung und Leistung ankommen, nicht mehr auf Herkunft und Stand.

Und die Volksschule wurde dann mit einer besseren Honorierung der Lehrer und ihrer Ausbildung in Lehrerseminaren aufgewertet.

Heute könnte eine von Humboldt'sche Bildungsreform wieder höchst aktuell sein, und zwar aus zwei wesentlichen Gründen.

Zum einen schafft der gesellschaftliche Bildungsdruck (und weniger eine vorausschauende Bildungsplanung) die strukturellen Voraussetzungen für eine überfällige Bildungsreform, indem er das Gymnasium zulasten von Haupt- und Realschule erstarken lässt (und damit das gegliederte Schulsystem sukzessiv aushöhlt) und zugleich mit der Gesamtschule die moderne Version der alten Volksschule (nun allerdings auch mit Oberstufe) als eine zweite Bildungssäule akzeptiert - ganz im von Humboldt'schen Sinne mit dem Anspruch auf eine Förderung zur besseren Allgemeinbildung in beiden Bildungssäulen.

Zum anderen bleibt jedoch nach wie vor festzustellen, dass das deutsche Bildungssystem immer noch nicht den demokratischen Ansprüchen gerecht wird, jedem Kind ohne Ansehen von Herkunft und (Wohl-)stand faire Bildungschancen zu sichern.

Das deutsche Schulsystem ist im Sekundarbereich eine geschlossene Anstalt und das nimmt seinen Anfang mit der Zuweisung in die verschiedenen Schulformen, aus denen es dann so gut wie kein Entrinnen mehr gibt.

Und wiederum nochmals spätestens an dieser Stelle stößt der Betrachter auf den schon fahrlässig gewordenen Umgang des deutschen Schulsystems mit dem ihm anvertrauten Humankapital, denn es ist nicht länger zu akzeptieren, wenn Heranwachsende aufgrund ihrer sozio-kulturel-

len Herkunft vernachlässigt und ausgegrenzt in die berufliche Ausbildung weitergereicht werden, in der sie dann nur noch wenige berufliche Lebenschancen haben - mit zu geringer Bildungsqualifikation wie auch Allgemeinbildung im Sinne des Renaissance-Humanismus, der "optimistischen Einschätzung der Fähigkeit der Menschheit, zu einer besseren Existenzform zu finden" (Wikipedia).

1.3 Gesamtschule: Auslöser und Träger des Wandels?

Im Hinblick auf die aufgezeigten Entwicklungslinien in der Schullandschaft lohnt es sich, die Entwicklung der "Abiturschulen" Gesamtschule und Gymnasium in den Blick zu nehmen, weil die Bildungsentwicklung und -planung zukünftig nahezu ausschließlich von diesen beiden Schulformen und dabei den Folgewirkungen von zwei bildungsstrukturellen Effekten bestimmt sein werden.

Zum einen mehren sich bei Beteiligten und Betroffenen die zunehmend besorgten Stimmen derer, die eine Sättigung des universitären Ausbildungsmarktes befürchten: Zu viele Abiturienten drängen in akademische Bildungslaufbahnen, zu viele sind dabei noch unschlüssig und zu viele scheitern. Und es mehren sich die Zweifel auf der gymnasialen Schiene derer, die nun angesichts der von ihnen verursachten Effekte die Sinnhaftigkeit dieser Entwicklung infrage stellen.

So fordert der Deutsche Philologenverband jüngst wieder "strengere Abinoten" und schlägt auch vor, "die Grundschulempfehlung sollte wieder verbindlicher werden" (dpa-Meldung vom 09.01.2019). Abgesehen davon, dass Grundschule und Gymnasium hier im gleichen Boot sitzen, wenn es darum geht, dem Druck der Eltern standhalten zu können oder zu wollen, sollte sich das Gymnasium darauf einstellen, dieses Problem doch selbst zu lösen und nicht mit einer Verlagerung der Schuldzuweisung auf die Weichenstellung in der Primarstufe die Verantwortung auf diese zu übertragen.

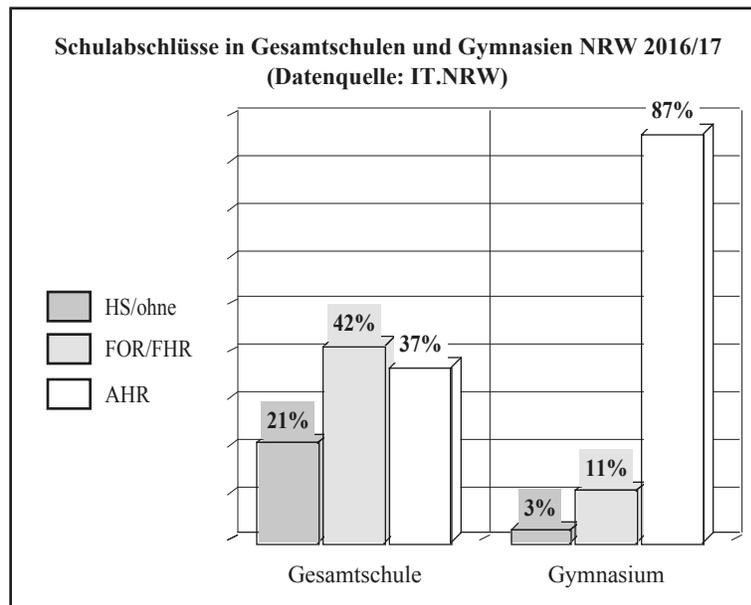
Denn eines ist sicher und das kann von jeder Grundschule bestätigt werden: Die Grundschulempfehlung ist und kann nicht mehr sein als eine Momentaufnahme des Entwicklungs- und Leistungsstandes eines 9-jährigen Kin-

des, sie darf nicht als Kronzeuge für den Bildungserfolg des Kindes haftbar gemacht werden. Und auch das kann von jeder Grundschule bestätigt werden: Die Grundschulempfehlung versichert sich dabei perspektivisch zumeist der Unterstützung durch das Elternhaus - ein unheilvoller Beginn von Bildungslaufbahnen, bei denen Talent weniger zählt als Herkunft.

Zum anderen werden Gesamtschule und Gymnasium sich letztendlich neu positionieren müssen - und sie werden dabei aufeinander zugehen müssen. Wenn beide Schulformen zum Abitur führen, so unterscheiden sie sich doch aufgrund ihrer historischen Entwicklung in ihrem Selbstverständnis grundlegend.

Die Gesamtschule war angetreten, dem gegliederten Schulsystem eine Alternative entgegenzusetzen, in einer integrierten Schulform wie es in früheren Zeiten die Volksschule war, als noch das Gymnasium von allenfalls einem Zehntel der Schüler besucht wurde.

Während aber nun das Gymnasium in Siebenmeilenschritten auf dem Wege ist, ungeachtet der zwischenzeitlich eingeführten - den Lernerfolg beschwerenden - Schulbahnverkürzung auf G8 bald jeden zweiten Schüler eines Jahrganges aufzunehmen, vertraut die Gesamtschule bislang noch auf ihren G9-Vorteil und schliddert nun - auch infolge der steigenden Zahl ihrer bald flächendeckenden Angebote - allmählich in eine Konstellation, in der die Möglichkeiten immer geringer werden, veritable Oberstufengrößen bilden zu können. Und mit der allgemeinen Rückstellung des Gymnasiums auf G9 wird sich diese problematische Oberstufensituation der Gesamtschule perspektivisch noch dramatisch verschärfen.



In der Tat sollte allmählich die Erkenntnis gereift sein, dass in unserem Bildungs- und Schulsystem einiges schief läuft, wenn bald jeder zweite Jugendliche als Gymnasiast zu fast 90%-iger Sicherheit mit dem Abitur das allgemein bildende Schulsystem verlässt. Es kann und darf nicht sein, dass ein zunehmend größerer Anteil der Heranwachsenden von den vielfältigen Berufs- und Arbeitsmöglichkeiten der modernen Beschäftigungswelt ausgeschlossen bleibt, weil diese Heranwachsenden allzu lang nicht die Chance bekommen, mehr von diesen Berufs- und Arbeitsmöglichkeiten zu erfahren - und wenn, dann oft erst nachdem sie mit dem Versuch einer akademischen Bildungslaufbahn gescheitert sind.

Das Gymnasium beharrt auf seinem Kanon und bindet (wie heute alle Schulformen demographisch rückläufige Schülerzahlen befürchtend) seine Schüler dann möglichst bis zum Abitur an sich - und folgt damit auch gefällig den akademisch orientierten Erwartungen deren Eltern.

Als stets wiederkehrende Entgegnung auf die Kritik am gegliederten deutschen Schulsystem kommt dann der Hinweis auf die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, die doch jedem Kind alle Möglichkeiten offen hält - ja wenn denn dem so wäre.

In Nordrhein-Westfalen sind schon im Schuljahr 2016/17 nur noch wenige Hauptschüler zu einer der anderen Schulformen "aufgestiegen", auch nur wenige Realschüler zur Sekundarschule, zur Gesamtschule oder zum Gymnasium umgestiegen. Der Hauptschüler, der es bis zur 7. Jahrgangsstufe nicht geschafft hat, zu einer der anderen Schulformen "aufzusteigen" (nur 2,4% der Hauptschüler schaffen das bis dahin), hat danach bis zum Ende der Sekundarstufe I so gut wie keine Chance mehr. Gleiches gilt auch für Realschüler, von denen bis zur 7. Jahrgangsstufe nur 1,2% zur Sekundarschule, zur Gesamtschule oder zum Gymnasium umgestiegen sind. Im anderen Richtungswechsel sind auch nur 1,5% der Realschüler zur Hauptschule und nur 1,4% der Gymnasiasten zur Realschule "abgestiegen" (Datenquelle: IT.NRW).

Das Bildungssystem erweist sich somit in der Sekundarstufe I seit vielen Jahren als äußerst schulformwechselresistent, wobei die Abschottung gegen einen - sowohl abstiegs- wie auch aufstiegsorientierten - Schulformwechsel nicht nur dem zunehmenden Schülerbindungsstreben der Schulformen, sondern auch dem zunehmend abweichenden Bildungsverhalten der Eltern in den sozio-kulturellen Parallelgesellschaften geschuldet ist - sei es immer bildungsambitionierter auf der einen Seite und bildungsindifferent oder -resignierend auf der anderen Seite.

Wer will es auch einem wachsenden Anteil der Eltern denn verübeln, wenn sie angesichts dieser Entwicklung - mit Aufstiegschancen wie auch Abstiegsrisiken jeweils nur

noch im untersten Segment einstelliger Prozentsätze - bemüht sind, ihr Kind beim Übergang in die Sekundarstufe von den unteren Bildungslaufbahnen fernzuhalten, um ihm einen Platz in der oberen Bildungslaufbahn zu sichern.

In den beiden zum Abitur führenden allgemein bildenden Schulformen Gymnasium und Gesamtschule bleiben gegenwärtig insgesamt - bezogen auf die Abschlussjahrgangsstufe der Sekundarstufe I im Vorjahr - inzwischen nun schon etwas mehr als die Hälfte (52%) der Schüler dem allgemein bildenden Schulsystem für die Fortsetzung ihrer Bildungslaufbahn in der Sekundarstufe II erhalten (zehn Jahre zuvor waren es nur 42%).

Diese Entwicklung zeigt sehr deutlich die dramatisch wachsende Sogwirkung des allgemein bildenden Schulsystems zulasten des dann - im direkten Zugang nach dem Abschluss der Sekundarstufe I - verbleibenden Schüleraufkommens für eine berufliche Ausbildung.

Und der Trend zu den so veränderten Konstellationen im Bildungs- und Ausbildungssystem lässt erkennen, wie weit sich die zum Abitur führenden allgemein bildenden Schulsysteme bereits in die Mitte der Gesellschaft verlagert und dabei herkömmliche Bildungs- und Ausbildungsalternativen immer mehr verdrängt haben.

Im Schuljahr 2016/17 wechselten in Nordrhein-Westfalen nur noch 79.622 Jugendliche (47%) in das berufliche Ausbildungssystem, zehn Jahren zuvor waren es noch 112.633 Jugendliche (58%), ein Rückgang um -29% aufgrund nicht allein des demographischen, sondern auch dieses gesellschaftlichen Wandels - die Klagen der Betriebe sind daher angesichts der schwindenden Zahl und Tauglichkeit der ihnen zur Verfügung stehenden Jugendlichen nicht unbegründet (Datenquelle: IT.NRW).

Wenn die Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen bisher noch einen beachtlichen Anteil ihrer Schüler (37%) zum Abitur führt, so muss sie zukünftig gerüstet sein, dem Sog von zwei für sie gefährlichen Strömungen widerstehen zu können: Einerseits infolge der wachsenden Konkurrenz des Gymnasiums und andererseits - mit dem Wegbrechen von Haupt-, Real- und Sekundarschulformen ohne Oberstufenangebot - infolge der Effekte des damit verbundenen steigenden Versorgungsdruckes für nicht-akademische Bildungslaufbahnen; beiden Bedrohungen kann die Gesamtschule nur mit einem neuen, anderen und vor allem alternativen Oberstufenangebot begegnen.

Denn der Webfehler der Gesamtschule war schon von Anbeginn, dass sie sich als integrierte Schulform in der Tradition der alten Volksschule allein allgemein bildend versteht und in der Oberstufe hasenfüßig einzig bestrebt ist, mit dem Gymnasium gleichziehen zu können.

In der bundesweiten Betrachtung drängen sich heute die Erfahrungen des Hamburger Zwei-Säulen-Modelles Stadtteilschule und Gymnasium mit seiner Vorreiterrolle in dieser Entwicklung des deutschen Schulsystems auf.

Mit einem Brandbrief haben die Hamburger Stadtteilschulen schon 2016 darauf hingewiesen, dass nur noch 42 Prozent der neuen Fünftklässler auf eine Stadtteilschule wechseln, der Rest gehe aufs Gymnasium. "Damit wäre das Zwei-Säulen-Modell gescheitert" (dpa, 29.06.2016). Und dieser Brandbrief der Hamburger Stadtteilschulen endete mit der Forderung nach einer "Schule für alle" und damit letztlich für die Abschaffung des Gymnasiums.

Und nach den Schulleitungen der Stadtteilschulen haben sich dann auch die Schulleitungen der Gymnasien mit einem Brandbrief an die Öffentlichkeit gewandt und in ei-

nem Positionspapier die Qualität des Hamburger Abiturs kritisiert. "Die Abiturregelungen tolerieren zu viele schwache Leistungen und unterlaufen so den Anspruch an allgemeine Bildung", schrieben die Direktoren. Zwar hätten sich die Leistungen durch das Zentralabitur eher verbessert, sie beschränkten sich jedoch auf einen schmalen Korridor aus Deutsch, Englisch und Mathematik. Es gebe die Tendenz zur Drei-Fächer-Schule. Andere Angebote wie eine zweite Fremdsprache, Musik oder Chemie/Physik würden von den Schülern kaum gewählt, die Kurse kämen oft nicht zustande. "Wir machen uns Sorgen, dass wir die Breite, die wir als Gymnasium vermitteln wollen, im Hinblick auf Wissen und Kompetenzen nicht mehr so leisten können, wie wir es leisten wollen" (Christian Gefert von der Vereinigung der Leitungen der Hamburger Gymnasien, NDR 30.08.2018 18:01 Uhr).

Und auch mit diesen drei Kernfächern steht es wohl auch nicht zum Besten, worauf der folgende Leserbrief zu einem Artikel "Was ein Mathelehrer lernen muss" hinweist: "Vor 20 Jahren warnten Schulpädagogen vor einer Lenkung des Schulsystems nach Pisa-Kriterien und vor der Kompetenzorientierung ("Handeln statt Denken") in den Schulen. Nun können die damals exakt vorhergesagten Folgen betrachtet werden - leider an den Adressaten dieser Reform. Nicht das Mathematikstudium ist schwerer geworden, vielmehr ist die Schulausbildung an den Gymnasien anders und dabei deutlich schlechter geworden. Das ist der schlichte Grund für die Schwierigkeit der Erstsemester. Den Schaden dieser Entwicklung tragen jetzt die heutigen Studierenden - nicht die, die ihn verursacht haben (und weiterhin verursachen). Der Protest der Studierenden ist berechtigt, nur richtet er sich an die Falschen. Nicht die

akademische Lehre ist zu schwer; die Schulpolitik vielmehr sorgt nicht mehr für eine angemessene Bildung in den Gymnasien. Sie verwechselt Studienberechtigung mit Studiumsbefähigung" (Prof. em. Dr. Volker Ladenthin, General-Anzeiger Bonn, 17.07.2020).

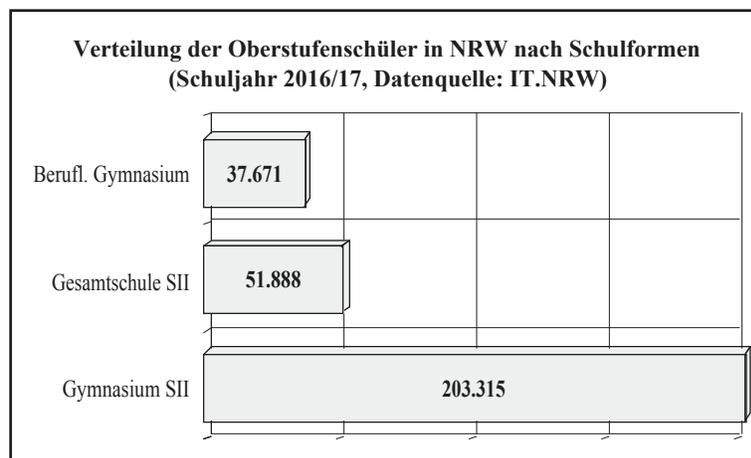
In dem Entwicklungskorridor demographisch und gesellschaftlich bestimmter Schülerverteilungen sind also bisher schon eindeutige Trends erkennbar, die sich zukünftig - vermutlich beschleunigt - fortsetzen werden.

Allein die zum Abitur führenden Schulformen sind noch als stabil nachgefragte Schulformen positioniert. Aber es wird in dem sich absehbar nun zuspitzendem Konkurrenzdruck dann das Gymnasium der Gewinner und die Gesamtschule die Verliererin sein - wenn nicht die Einsicht aller Beteiligten und Betroffenen dieser Entwicklung Einhalt gebietet, indem diese endlich den Mut aufbringen, mit einer grundlegenden Reform das Bildungs- und Schulsystem wieder ins rechte Lot zu rücken.

In diesem Gefüge sollten daher auch alle Schulträger ihre Bildungsplanung weniger - der akademisierenden Strömung folgend - allein auf die allgemein bildenden "Abiturschulen" fokussieren, sondern ihr Augenmerk ebenso auf den Erhalt berufsorientierender und -bildender Angebote und ihre Verankerung im allgemeinen Bildungssystem in der lokalen und regionalen Schullandschaft richten - und dies nicht zuletzt eben auch unter dem Aspekt der Bündelung ihrer raumkapazitiven Ressourcen (die es dabei intelligent zu nutzen gilt).

Denn es könnte in diesem Kontext nicht nur die Gesamtschule, sondern in noch viel stärkerem Maße auch die berufsbildende Schule die Verliererin sein. In den berufsbildenden Schulen wie auch in den Betrieben ist diese Ent-

wicklung schon gegenwärtig: Während dem "Moloch" Gymnasium immer mehr Kinder zugeführt werden, geht den Berufsschulen und damit den Betrieben der Nachwuchs verloren. Schon allein im Vergleich der Schülerzahlen, die eine gymnasiale Oberstufe besuchen, wird die Dominanz des Gymnasiums (69%) sichtbar, neben der die Oberstufe der Gesamtschule (18%) und das Berufliche Gymnasium der berufsbildenden Schulen (13%) inzwischen bereits auf verlorenem Posten stehen.



Dabei sind es nicht nur die beschriebenen demographischen und gesellschaftlichen Ursachen, deren Folgen die berufsbildende Schule zu spüren bekommt. Nun rächen sich in ihrer ganzen Tragweite die Versäumnisse der Vergangenheit, weil es der berufsbildenden Schule bis heute nicht gelungen ist, ihren Stellenwert im Bildungssystem nachhaltig zu vermitteln.

Die Gründe sind vielfältig, das beginnt mit der historisch gewachsenen Dichotomie der scheinbar andersartigen Kompetenzen von "Kopf" und "Hand" und deren sozio-kulturellen Zuordnungen im Status- und Rangdenken

und mündet dann in einer allgegenwärtigen gesellschaftlichen Arroganz und Ignoranz. So gehört es nach wie vor fast zum "guten" gesellschaftlichen und bildungspolitischen Ton, beim Thema berufliche Bildung Ahnungslosigkeit und Desinteresse zu bekunden.

Auf dem langwierigen Weg von jugendlicher Berufungsvorstellung bis zur Berufsentscheidung werden die Heranwachsenden heute allzu sehr bedrängt und eingeengt: Eltern und Schulen halten hohe Bildungsschubladen bereit und erwarten Bringschuld bis zum höchsten Schulabschluss - und sie meinen, die Jugendlichen seien dann so frei wie keine Generation zuvor, dabei sind sie heute so orientierungslos wie zuvor noch keine Generation.

In den früheren Zeiten einer geschlossenen sozio-kulturellen Schichtung der Gesellschaft war der für jeden vorgezeichnete Weg einer Bildungslaufbahn geprägt von den zumeist segmentär begrenzten Sozialisierungserfahrungen und -möglichkeiten des jeweiligen sozio-kulturellen Umfeldes - allenfalls durchbrochen von den Ausreißern auf dem sogenannten zweiten Bildungsweg.

Doch bei steigendem Qualifikations- und Kompetenzanspruch in einer demokratischen Gesellschaft, die ihre nachwachsenden Generationen zu verlässlich demokratischen Mitgliedern dieser Gesellschaft erziehen will, müssen Schule und Eltern zu der Einsicht gelangen, dass es weitsichtiger sein kann, die nachwachsende Generation - nicht nur im Hinblick auf die Kosten - vor dem gefährlichen sozialpsychologischen Schaden eines Scheiterns auf dem angestrebten Bildungsweg zu bewahren.

Die Schulen müssen einerseits die Geduld aufbringen, ihre Schüler so lang wie möglich zielindifferent sich entwickeln zu lassen, und andererseits allen Schülern Wege

eröffnen, das Basiswissen einer stets anspruchsvolleren "Allgemeinbildung" zu erwerben - und das in einer Zeit, in der nun nicht einmal mehr die Erwachsenenwelt der Eltern und Lehrer die Gewissheit hat, wohin sich die Zugangsmöglichkeiten und Anforderungen in den zukünftigen Arbeits- und Beschäftigungssystemen entwickeln werden.

Die Bedürfnisse unterschiedlichster Schüler- und Elterngruppen in einem in diesem Sinne bedarfsgerechten - eben auch beruflich orientierenden - Oberstufenangebot zu verknüpfen, muss für alle Sekundarschulangebote der Grundakkord in ihrer weiteren Entwicklung sein.

Und dies kann nur in einer offenen Kooperation erfolgen, in der die Schulen in regionaler Verpflichtung definiert auf Augenhöhe zusammenarbeiten, damit sich alle in den nachwachsenden Generationen als demokratisch aufgeklärte Bürger später behaupten können - fern von der tradierten Arroganz des Antagonismus von "Kopf" und "Hand" (als ob der mit seinen Händen arbeitende Mensch dies schon bisher je ohne Grips bewerkstelligen konnte), und das nun zumal umso mehr in Zeiten, in denen immer mehr Roboter die monotonen - kraftraubenden und gefährlichen - Arbeitsschritte übernehmen.

Die Schulen mit gymnasialen Oberstufenangeboten - Gymnasium, Gesamtschule, berufsbildende Schule - sollten sich als regionaler Bildungscluster verstehen, in dem die Schüler nach ihren Interessen Schwerpunkte setzend zu den passenden Bildungsangeboten wechseln können. Dabei muss jede dieser drei Einrichtungen neue Wege beschreiten können - und die drei Einrichtungen brauchen einander, wenn sie sich aus ihren Fallen befreien wollen.

Der Versuch müsste gelingen, sich von den hergebrachten Blickwinkeln zu lösen, unterschiedliche Wunsch-

vorstellungen, Neigungen und Erwartungen von Eltern und ihren Kindern einem vorgegebenen Schulsystem - zumeist dann für die Dauer von zumeist geschlossenen Bildungslaufbahnen - zuzuordnen, und stattdessen die neuzeitliche Schule so zu organisieren, dass sie sich den in der Bildungslaufbahn des Schülers entwickelnden Interessen und Talenten flexibler öffnen und gerechter werden kann - (Antoine de Saint Exupéry: *"Um klar zu sehen, genügt oft der Wechsel der Blickrichtung"*).

Das Gymnasium sollte lernen loszulassen, um wieder flexibler auf die sich unterschiedlich entwickelnden Fähigkeiten und Ziele seiner Schüler eingehen zu können (auch dann, wenn Eltern widersprechen sollten, doch niemals mehr in dem gewohnten Verfahren einer Abschulung der früheren Art). Es gibt sicherlich nach wie vor in jedem Gymnasium unterschiedliche Entwicklungsvarianten seiner Schüler: Den Gymnasiasten, der acht Schuljahre ohne Mühe durchlaufen könnte, den Gymnasiasten, dem auf dem Weg zum Abitur neun Schuljahre helfen, aber dann wohl auch den Gymnasiasten, dem nach sechs Jahren Gymnasium der Sinn eher nach einer mehr berufsorientierenden Bildungslaufbahn ist.

Die Gesamtschule muss sich von der Vorstellung lösen, zukünftig mit allenfalls nur einem Drittel ihrer Schüler im Konzert der gymnasialen Oberstufenangebote noch eine gewichtige Rolle spielen zu können. Sie kann jedoch den Anschluß finden, wenn sie mit einem erweiterten Oberstufenangebot mehr als ein Drittel ihrer Schüler bindet und sich den wechselbereiten Gymnasiasten öffnet, indem sie mit berufsorientierten Schwerpunkten ihr Oberstufenangebot komplettiert - in enger Kooperation mit der berufsbildenden Schule, sei es mit personeller Unterstützung oder institutionalisiert als Dependance.

Und die berufsbildende Schule muss sich in ihrer Ausbildungsorganisation schon gegenwärtig in der Balance zwischen Angebot und Nachfrage ohnehin auf veränderte Rahmenbedingungen einstellen, weil immer mehr Jugendliche zunächst vollzeitschulische Bildungsgänge bevorzugen und daher immer später jenseits ihrer Volljährigkeit, dann jedoch besser vorbereitet, gefestigter und letztlich damit auch verlässlicher in den dualen Ausbildungs- und Arbeitsprozess integriert werden wollen - und das in vollem Einklang mit den neuzeitlichen betrieblichen Erfahrungen und Erwartungen.

"Wir wollen noch stärker vor Ort für die duale Ausbildung werben. Immer mehr junge Menschen machen Abitur. Das muss aber nicht zu einem Studium führen. Auch im Handwerk verdienen die Mitarbeiter gut" (Garrelt Düin, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Köln (General-Anzeiger Bonn, 30.01.2020).

Was wäre schließlich in der Sekundarstufe II nicht zukunftsweisender als ein engerer Schulterschluss von berufsbildenden und allgemein bildenden Schulen. Hier muss der Hebel zu einer strukturellen Neuausrichtung des gesamten Schulsystems ansetzen:

- Das Gymnasium wird entlastet (und kann sich personell und curricular entspannt der Rückkehr zu G9 und der Vermittlung einer verloren gegebenen Allgemeinbildung zuwenden),

- die Gesamtschule wird mit der ganzen neuen Breite ihres Oberstufenangebotes stabilisiert (und bleibt damit in der Mitte der Gesellschaft verankert) und

- die berufsbildende Schule kann sich in der Konsequenz aus der schulischen Nachqualifizierung zurückziehen und allein auf ihre beiden Kernkompetenzen Duale

Ausbildung für gestandene Jugendliche und das sich immer mehr ausweitende Feld der Weiterbildung im Beschäftigungssystem konzentrieren.

In allen zukünftigen Arbeits- und Beschäftigungsbereichen von Produktion, Handel und Dienstleistung müssen die Berufsanforderungen, -ausbildungen und -tätigkeiten immer mehr angehoben werden und damit werden dann auch die meisten betrieblichen Hierarchien flacher sein - es werden einfache Tätigkeiten weniger und anspruchsvolle Tätigkeiten sehr viel mehr gefragt sein.

Gerade deshalb kann eine demographisch so alternde wie die deutsche Gesellschaft zukünftig auf keinen Jugendlichen mehr verzichten und muss bestrebt sein, möglichst jeden Jugendlichen soweit bestens ausgebildet zu haben, dass er befähigt ist, sich den immer höheren zukünftigen Arbeits- und Beschäftigungsanforderungen stellen zu können. Damit wird sich auch ein Stück weit demokratisches Bewusstsein und Handeln in der Gesellschaft fortentwickeln und konsolidieren.

Und dann ist es folgerichtig, auch diesen weiteren demographischen Aspekt zu beachten: Aus den Grundschulen wächst im Land Nordrhein-Westfalen eine Schülergeneration heran, in der mit einem Anteil von 41% schon im Schuljahr 2016/17 nun bald jeder zweite Schüler einen Migrationshintergrund hat; wenn eine Gesellschaft demographisch so unter Zugzwang gestellt ist, muss sie alles daran setzen, die langjährigen Versäumnisse in ihrer Integrationspolitik schnellstens aufzuarbeiten.

Nun sind schnell Zauberkünstler zur Stelle, die unter dem Deckmantel der globalisierten Welt diese als Freiland betrachten, das man leichtfertig wie in alter kolonialer Tradi-

tion ausnutzen kann, statt die Unordnung im eigenen Haus zu benennen und zu beheben - gemeint ist die Hemmungslosigkeit, mit der bei der Lösung demographischer Probleme mit dem schnellen Zugriff auf Menschen anderer Länder und Erdteile hantiert wird, ohne sich allzu viel Gedanken über die Integration dieser Zuwanderer zu machen.

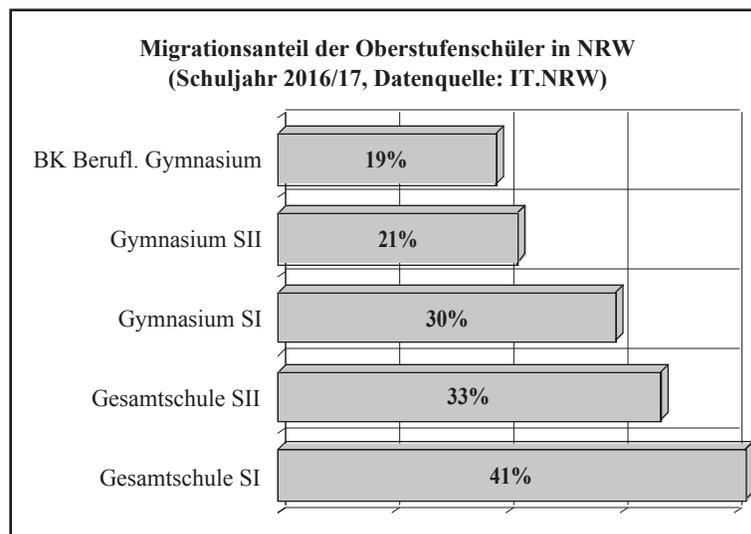
Das beweist Deutschland stets aufs Neue und aktuell wieder mit der Anwerbung von Arbeitskräften - und findet einmal mehr nicht zu den Pflichten und Statuten eines Einwanderungslandes. Daher sollte auch die aktuelle Bertelsmann-Studie mit ihren Schlussfolgerungen zum zukünftigen Arbeitskräftemangel nur distanziert wie in dem folgenden Kommentar zur Kenntnis genommen werden:

"Früher gab es Weissager, heute gibt es die Bertelsmann-Stiftung. In dieser Woche überraschten die Gütersloher mit einer Studie, die den Arbeitskräftebedarf bis 2060 berechnete und einen Zuwanderungsbedarf von 260.000 Menschen jährlich hochrechnete. ... Es ist mutig, man kann auch sagen: tollkühn, den Bedarf nur für wenige Jahre, geschweige denn für Jahrzehnte, vorherzusagen" (Auszug Matthias Iken: "Bertelsmann - Studien aus dem Phantasieland", Hamburger Abendblatt, 16.02.2019).

Und weiter - wenn auch nur als Randbemerkung - in diesem Kommentar angesprochen: "Zugleich gilt es, die nationale Perspektive einmal zu verlassen: Was bedeutet Migration für die Herkunftsländer, was wird aus den Verlierern im Krieg um Talente?"

Die gedankenlos globale Verfügbarmachung von Arbeitskräften ist die eine hässliche Seite, die andere nicht minder gedankenlose und hässliche Seite ist es, den bisher Zugewanderten - und allen den sicherlich noch folgenden - über Generationen hinweg nicht angemessen beizustehen.

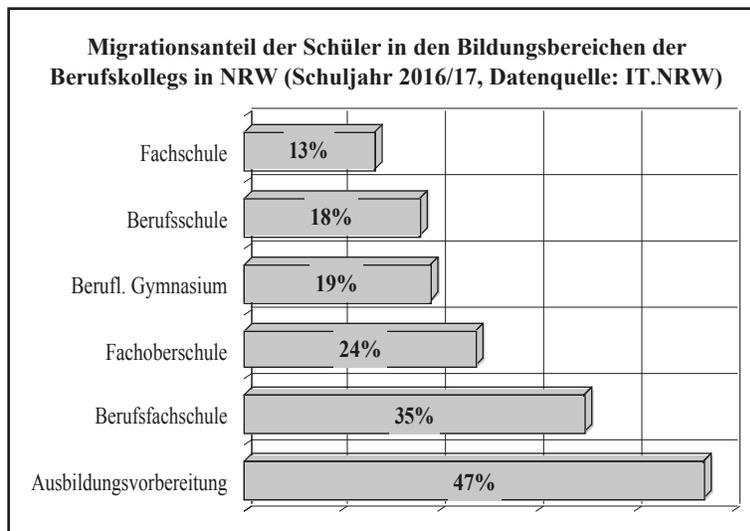
Stellvertretend für die Präsenz abgehängter Bevölkerungsgruppen in der deutschen Gesellschaft mögen hierzu die in der Stufenfolge der weiterführenden allgemein bildenden Schulen wie auch in den verschiedenen Bildungsbereichen der berufsbildenden Schulen (hier Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen) sinkenden Anteile der Schüler mit Migrationshintergrund stehen:



Auch wenn die gymnasialen Oberstufen nur einen Ausschnitt des gesamten Schulsystems darstellen, so ist eklatant die hohe Hürde für Schüler mit Migrationshintergrund beim Übergang in eine höherqualifizierende Bildungslaufbahn: Zur gymnasialen Oberstufe sackt der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund in der Gesamtschule von 41% auf 33%, im Gymnasium von 30% auf 21% und im Beruflichen Gymnasium auf 19%.

Ebenso auffällig sind dann im beruflichen Ausbildungssystem die relativ hohen Anteile der Schüler mit Migrationshintergrund in den vor- und nachqualifizierenden Bildungsbereichen der Ausbildungsvorbereitung und der

Berufsfachschule, dagegen die deutlich niedrigen in der dualen Ausbildung (Berufsschule) und in der Weiterbildung (Fachschule); dort sind die Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund wohl doch noch lange nicht wirklich angekommen.



Wenn die Autoren der Bertelsmann-Studie einen Zuwanderungsbedarf von 260.000 Menschen jährlich prognostizieren, dann wäre der Erkenntnisgewinn sehr viel dienstvoller gewesen, einmal aufzuzeigen und zu untersuchen, wie verschwenderisch Deutschland mit den möglichen Ressourcen umgeht, die in dem Potential seiner schon ansässigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund schlummern.

Denn das deutsche Bildungs- und Schulsystem gibt hinlänglich ein Zeugnis, wie nachlässig hier Integration behandelt wird. Wenn das allgemein bildende Schulsystem besser instand gesetzt wäre, durch eine früher und intensiver ansetzende Integration mehr Schüler zu höheren Abschlussqualifikationen zu führen, würde sich die Notwen-

digkeit der berufsbildenden Schulen zur schulischen Nachqualifizierung erheblich verringern. So lange hier keine spürbaren Veränderungen greifen, werden weiterhin die Versäumnisse des allgemein bildenden Schulsystems bis in das berufsbildende Schulsystem verlagert.

Doch so führen die allerorts heftigeren Klagen über den Fachkräftemangel inzwischen aktuell sogar zu einem sogenannten "Fachkräftezuwanderungsgesetz" - und das nun plötzlich auch Integration zumindest in einem scheuen Ansatz versprechen will?

In einer hochentwickelten Gesellschaft wird das Abitur (von abiturire 'abgehen wollen') als höchster Schulabschluss im deutschen Bildungssystem sich nicht mehr wie gewohnt in dem elitären Bewusstsein allein der allgemeinen Hochschulreife verstehen, weil das Abitur zukünftig der Normalfall des Schullaufbahnabschlusses der 20-jährigen Jugendlichen sein muss.

Denn in allen Sparten eines hochentwickelten Beschäftigungssystems werden die Anforderungen noch dermaßen ansteigen, dass ihnen nur noch eine höhere Allgemeinbildung genügen kann. Und darauf hat sich zukünftig das allgemein bildende Schulwesen einzustellen.

2. Zeichen: Die Verschüttung

2.1 Der Ausbruch der Coronavirus-Pandemie

Die Coronavirus-Pandemie hatte sich seit Anfang des Jahres 2020 von China ausgehend zunächst nach Europa und Nordamerika und nun inzwischen weltweit verbreitet; dieser Ausbruch der Pandemie war heftig und erschreckend, auch weil er sich anfangs kaum erklären ließ.

Erst allmählich werden die Umriss- und Verbreitungswege erkennbar; unmißverständlich ist jedoch, dass das globale immer dichtere ökonomische und touristische Beziehungsgeflecht diese schnelle weltweite Verbreitung ermöglicht und beschleunigt hat - und damit auch das Abhängigkeitsgeflecht und die Anfälligkeit der Weltbevölkerung bewusst gemacht hat.

Auch wenn der Anstieg der Coronavirusfälle zwar weltweit unterschiedlich ausfällt, darf die Pandemie grundsätzlich nicht als gebannt eingestuft werden. Der weltweit zunehmend vehementere Drang der Lockerungsbefürworter nach Bekämpfungsrestriktionen sollte sich nicht der Selbsttäuschung - vorsätzlich oder in Unwissenheit - hingeben, eine saisonal rückläufige Zunahme der Coronavirusfälle mit deren Rückgang zu verwechseln - die Infektionsgefahr ist immer noch oder wieder steigend.

Dabei sollte nicht vergessen werden, dass bei der weltweiten Verbreitung der Coronavirusfälle nicht reale Verteilungen von Pandemieausbruch und -dauer, sondern Faktoren wie die unterschiedlichen allgemeinen Entwicklungsstände des Gesundheitswesens im Bereich der medizinischen und pflegerischen Versorgung das Geschehen bestimmen, die dazu führen, dass infizierte Patienten entweder umfassend behandelt und als solche gezählt werden

oder unbehandelt und somit unerkant bleiben. Insofern würden weitergehende Interpretationen den weltweit vorhandenen Datenbestand gegenwärtig noch überfordern.

Aber wie hat sich nun der Entwicklungsverlauf der Coronavirus-Pandemie in Deutschland und in seinen 16 Bundesländern dargestellt?

Die nachfolgend gelisteten Zahlen der Infizierten und ihrer Verbreitung in den Bundesländern Deutschlands beziehen sich auf die Berichterstattung des Robert-Koch-Institutes für den Zeitraum seit Mitte April 2020. Das Robert-Koch-Institut veröffentlicht täglich die Fallzahlen, die die Gesundheitsbehörden bis zum Ende des Vortages elektronisch übermittelt haben.

Zurückblickend auf den Stand Mitte April 2020 ist in Deutschland die relative Zahl der Infizierten (Verbreitung auf 10.000 der Wohnbevölkerung) von damals noch 15 Fällen in den Wogen der bisherigen Pandemiewellen im Verlauf des folgenden Jahres bis Ende Oktober 2021 um das 36-fache auf nun schon 549 Fälle gestiegen; das aktuelle Spektrum in den 16 Bundesländern reicht von 281 Fällen in Schleswig-Holstein bis auf eine fast dreifach höhere Falldichte von 794 Fällen in Sachsen.

In der Rangfolge der aktuellen relativen Verbreitung der Coronavirusfälle (auf 10.000 der Wohnbevölkerung) können - je nach dem Risiko einer Infektionsgefahr -

als "hohe Risikostufe"-Länder mit einer mittleren Zahl von 628 Infizierten die fünf Bundesländer Sachsen, Thüringen, Bayern, Berlin, Baden-Württemberg,

als "mittlere Risikostufe"-Länder mit einer mittleren Zahl von 553 Infizierten die sechs Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen, Sachsen-Anhalt, Saarland und

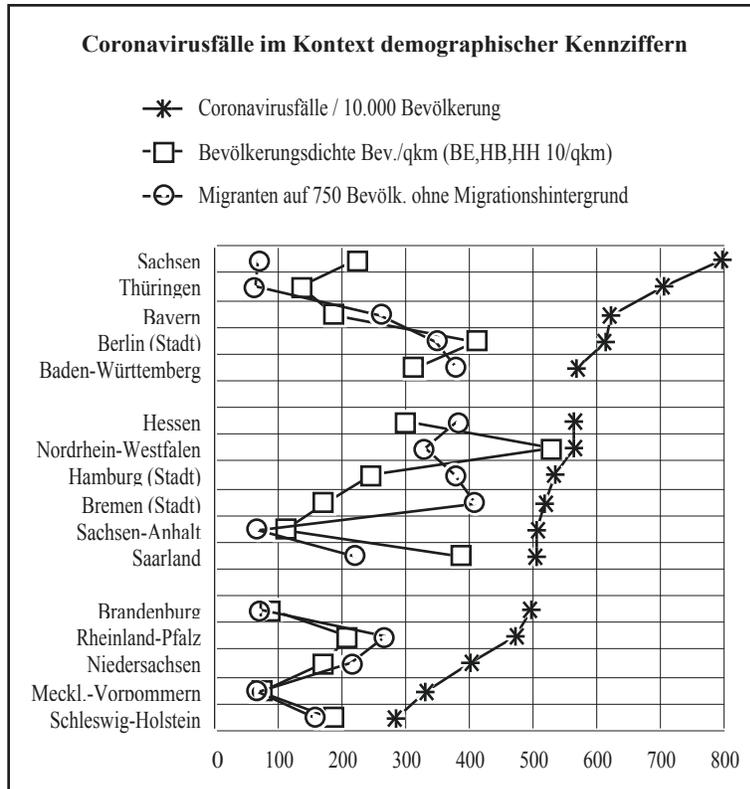
als "geringere Risikostufe"-Länder mit einer mittleren Zahl von 403 Infizierten die fünf Bundesländer Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein eingestuft werden.

Entwicklungsstand der Coronavirusfälle				Stand:	29.10.2021
Land	* Coronavirusfälle			Bevölkerungs-	Bevölk. mit
/Risikostufe	Bevölkerung#	/10.000 Bev.		dichte ^o	auf 750 ohne ^{oo}
Sachsen	4.077.937	323.751	793,9	221,5	67,0
Thüringen	2.143.145	150.693	703,1	132,5	59,1
Bayern	13.076.721	809.688	619,2	185,4	258,1
Berlin (Stadt)	3.644.826	222.418	610,2	408,6	346,5
Baden-Württemberg	11.069.533	627.721	567,1	309,6	376,1
hohe Risikostufe	34.012.162	2.134.271	627,5	239,9	257,3
Hessen	6.265.809	353.057	563,5	296,8	379,5
Nordrhein-Westfalen	17.932.651	1.008.481	562,4	526,2	327,6
Hamburg (Stadt)	1.841.179	97.755	530,9	243,9	374,4
Bremen (Stadt)	682.986	35.228	515,8	169,1	405,6
Sachsen-Anhalt	2.208.321	111.294	504,0	108,0	63,4
Saarland	990.509	49.671	501,5	385,7	217,7
mittlere Risikostufe	29.921.455	1.655.486	553,3	377,0	312,7
Brandenburg	2.511.917	123.928	493,4	85,2	68,8
Rheinland-Pfalz	4.084.844	192.235	470,6	205,8	264,9
Niedersachsen	7.982.448	318.945	399,6	167,6	212,8
Meckl.-Vorpommern	1.609.675	52.889	328,6	69,5	64,3
Schleswig-Holstein	2.896.712	81.366	280,9	183,8	156,9
geringere Risikostufe	19.085.596	769.363	403,1	140,5	178,5
Deutschland insg.	83.019.213	4.559.120	549,2	232,5	256,6
	# Quelle: Destatis	°Bev./qkm (BE,HB,HH 10/qkm)		°° Migrations-	
* Quelle: Robert-Koch-Institut					hintergrund

Auf der Suche nach möglichen soziographischen Bezügen der regional unterschiedlichen Verbreitung der Coronavirusfälle sollen zwei demographische Kennziffern herangezogen werden, die eine Rolle spielen könnten: Unterschiedliche Bevölkerungsdichte und unterschiedliche Bevölkerungsanteile mit Migrationshintergrund.

In der aktuellen relativen Verbreitung der Coronavirusfälle (auf 10.000 der Wohnbevölkerung) und der Zuordnung der 16 Bundesländer zur den drei Risikostufen lassen sich Korrelationen zwischen der Dichte der Infektionszahlen und der Bevölkerungsdichte wie auch der Migrantendichte jedoch nur ansatzweise erkennen.

Coronavirusfälle im Kontext demographischer Kennziffern			
Bundesländergruppe	* Fälle [°]	Bevölkerungsdichte ^{°°}	Migrationsanteil ^{°°°}
hohe Risikostufe	627,5	239,9	257,3
mittlere Risikostufe	553,3	377,0	312,7
geringere Risikostufe	403,1	140,5	178,5
Deutschland insg.	549,2	232,5	256,6
	[°] auf 10.000 Bevölk.	^{°°} Bev./qkm	^{°°°} auf 750 Bev. ohne Migrationshintergrund
* Quelle: Robert-Koch-Institut			



Zwar ist es grundsätzlich naheliegend, dass in Regionen mit hoher Bevölkerungsverdichtung das Infektionsrisiko steigen kann; gleiches gilt sicherlich auch im Hinblick auf den Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund - abgesehen davon, dass Bevölkerungs- und Migrantendichte in der Regel ohnehin demographisch korrelieren.

Dies trifft dann auch auf die Länder mit geringerer bis mittlerer Falldichte der Infektionszahlen zu; doch in der

Ländergruppe mit den hohen Falldichten der Infektionszahlen finden sich Länder wie Sachsen und Thüringen (und wohl auch Bayern) ohne solche Effekte demographischer Kennziffern, weil hier offensichtlich auch andere Faktoren eine größere Rolle spielen mögen.

Vielleicht sollten die wissenschaftlichen Untersuchungen zur Pandemie grundsätzlich nicht allein von Medizinern und Virologen geführt, sondern vor allem im Hinblick auf die Verbreitungsmechanismen, die Eindämmungsmöglichkeiten und eine größere Erklärungstransparenz der Pandemie sowohl sozialwissenschaftlich als auch demographisch breiter begleitet werden.

Hierzu auch die Erfahrungen, die Schweden inzwischen nach seinem Sonderweg einer auf die Einsicht seiner Bürger setzenden Reaktion gemacht hat: "Die gesundheitspolitische Zwischenbilanz der Schweden ist ziemlich durchwachsen... Mindestens drei Gründe dafür sieht der schwedische Politologe Hans Bergstrom: Einzelne Bürger verhielten sich eben doch rücksichtslos. Die Regierung habe das Problem der symptomlos Infizierten zu spät erkannt. Zudem spiele die veränderte Bevölkerungsstruktur eine Rolle: so treffe das Virus überproportional die vielen Migranten, die von der Informationspolitik schlecht erreicht werden und teilweise dicht gedrängt in den Großfamilien leben." (Auszug www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/coronavirus-was-wir-von-schweden-lernen-koennen, 01.05.20).

Und wie hat sich nun nach den ersten messbaren Ausbrüchen von Coronavirusfällen in Deutschland im Frühjahr 2020 die Verbreitungsentwicklung seither dargestellt? Damals gab es in Deutschland zuvor drei größere Ausbruchsherde, die sich später nachweislich als Folgen von Massen-

veranstaltungen erwiesen haben: Karneval in Nordrhein-Westfalen, Starkbierfeste in Bayern und Treffen christlicher Fundamentalisten in Baden-Württemberg - aufgemischt von infizierten Rückreisenden aus dem im Februar/März fahrlässig gelebten Skiurlaub in Österreich.

In der Rangfolge der seit Mitte April 2020 beobachteten relativen Verbreitungsverläufe der Coronavirusfälle in den Bundesländern und somit dem durchschnittlichen Risiko einer Infektionsgefahr in diesen Ländern haben dabei bis Ende Oktober 2021 zwar die Länder der hohen Risikostufe eine deutlich höhere Falldichte als die Länder der mittleren und geringeren Risikostufe erreicht. Doch alle drei Ländergruppen zeigen nur wenig abweichende mittlere Anstiegs- und Letalitätsraten der Infizierten: Die relativen Anstiegsraten und Todesfallanteile der Infizierten liegen nahe beieinander, sie schreiten nur eben von unterschiedlichen Ausgangsbasen nahezu gleichmäßig fort.

Verbreitung der Coronavirusfälle im Entwicklungsverlauf			
Bundesländergruppe	* Fälle [°]	Entwicklung ^{°°}	Gestorbene ^{°°°}
hohe Risikostufe	627,5	35,1	10,7
mittlere Risikostufe	553,3	35,0	10,0
geringere Risikostufe	403,1	43,3	11,1
Deutschland insg.	549,2	36,4	10,5
[°] auf 10.000 Bevölk. ^{°°} n-fache seit April 20 ^{°°°} /500 Fälle (29.10.21)			
* Quelle: Robert-Koch-Institut			

Gegenwärtig rückblickend hat sich somit in Deutschland wie in den einzelnen Bundesländern die relative Verdichtungsrate der Coronavirusfälle von April 2020 bis Oktober 2021 stetig erhöht. Es wäre folglich ein fataler Irrglaube, wenn einzelne Bundesländer sich auf der sicheren Seite wähnten, in Anbetracht ihrer bisher noch niedrigeren Infektionsraten die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie lockerer angehen zu können.

Von einer Entwarnung kann überhaupt nicht die Rede sein, im Gegenteil, der weitere Anstieg der Falldichten kündigt den Fortgang noch größerer Infektionswellen an, und das betrifft jedes Bundesland.

Der Patient Deutschland ist keinesfalls auf dem Weg einer Besserung, in der er wieder ungebremst arbeiten, lernen und sich vergnügen könnte. Statt wie erhofft angesichts zwischenzeitlich etwas niedrigerer Zuwachsraten scheinbar wieder beruhigend abzusinken, steigen die Coronavirusfälle - mit erschreckenden Ausmaßen.

Deshalb soll die bisherige und aktuelle Entwicklung in Deutschland zusammengefasst nochmals warnend aufgezeigt sein:

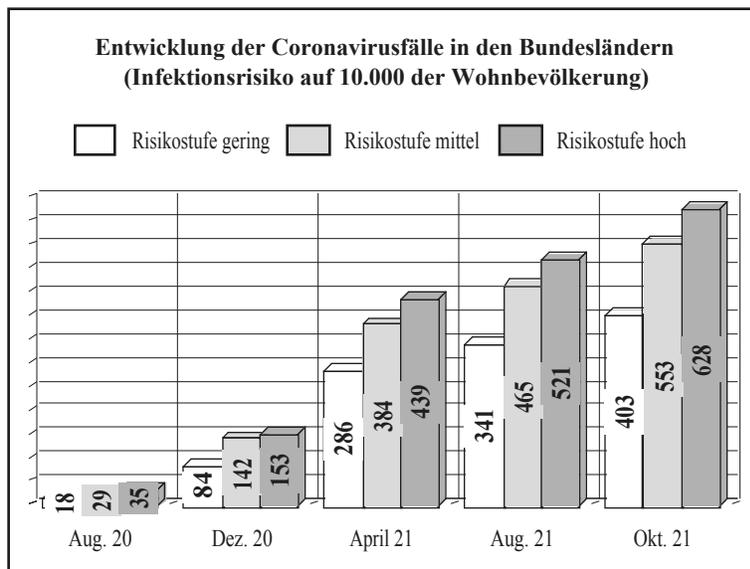
- Mitte April 2020 hatte die relative Zahl der Infizierten (gerechnet auf 10.000 der Wohnbevölkerung) in der ersten Pandemiewelle 15 erreicht, doch in den Sommermonaten bis Ende August sanken die Zuwachsraten, so dass die relative Falldichte im Verlauf dieses längeren Zeitfensters "nur" auf 29 Fälle anstieg,

- aber bis Anfang Dezember 2020 stiegen dann die Zuwachsraten und damit die relative Falldichte wieder auf 133 Fälle und in den folgenden Wintermonaten bis Mitte April 2021 war mit anhaltend hohen Zuwachsraten die relative Falldichte dann auf 384 Fälle gesprungen,

- jedoch schon in den folgenden Sommermonaten bis Mitte August 2021 hat mit weiterhin hohen Zuwachsraten die relative Falldichte 460 Fälle erreicht, die bis Ende Oktober 2021 nun sogar schon auf 549 Fälle gestiegen ist.

Und damit hat in Deutschland die Zahl der Coronavirusfälle in der zweiten Pandemiewelle des Winterhalbjahres bis Mitte April 2021 insgesamt 3,2 Millionen Infizierte

erreicht, der nun bis Ende Oktober 2021 eine dritte Pandemiewelle mit insgesamt mehr als 4,5 Millionen Infizierten gefolgt ist; und das Winterhalbjahr 2021/22 lässt eine vierte Pandemiewelle befürchten.

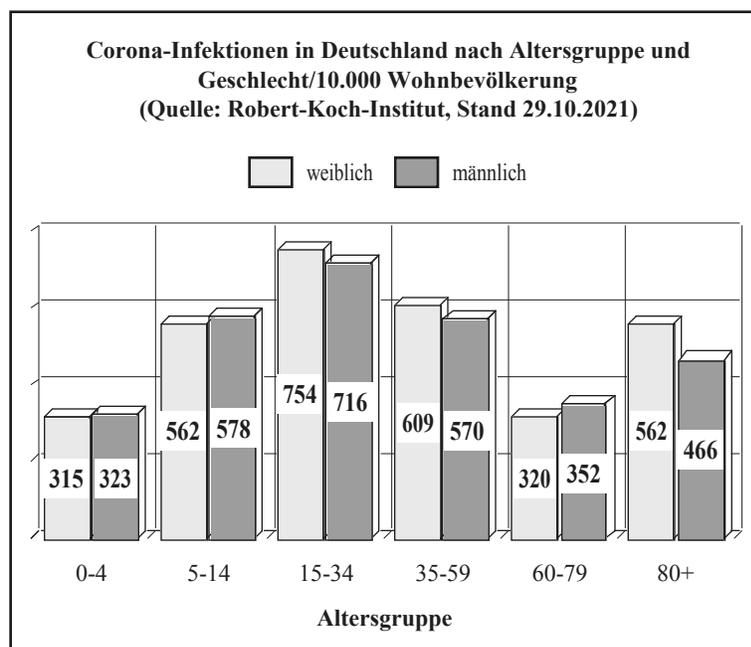


Mit der fortschreitenden Ausbreitung der Coronavirus-Pandemie als Folge der Feiertagsanlässe zur Jahreswende und dem danach folgenden Ausbruch einer noch größeren Infektionswelle - verstärkt von dem Auftreten neuer aggressiverer Virusvarianten, stellt sich die Frage, inwieweit neben den beschriebenen möglichen sozio-kulturellen Merkmalen nun auch generationsbezogene, also alterskohortenbezogene Ausprägungen die Ausbreitung der Coronavirus-Pandemie bestimmen.

In der Tat sind es nicht mehr die anfälligen älteren Altersgruppen, die zunächst behandelt und geschützt worden sind. Nun sind die 5-14jährigen, 15-34jährigen und 35-59jährigen die in der Coronavirus-Pandemie am stärksten betroffenen Altersgruppen.

Dabei könnten neben den Infektionsrisiken bei den schulischen und betrieblichen Kontakten auch die familiären Gruppennähen in diesen Altersgruppen dazu verführen, gegen jegliche Vernunft die gebotene Einhaltung von Abstandsregeln auszublenden und somit alle Familienangehörigen einer erhöhten Infektionsgefahr auszusetzen. Und insbesondere an den emotional aufgeladenen Feiertagen verhalten dann die Appelle an das Gebot einer Zurückhaltung von Gruppenzusammenkünften (und wieder einmal ist dabei auch Religion und Kirche im Spiel).

Es ist auch müßig und wenig zielführend, dabei Schuldige zu suchen und zu benennen, denn es macht letztlich keinen allzu großen Unterschied fahrlässigen Verhaltens, ob man in einer Gruppe andere infiziert oder sich selbst dem Infektionsrisiko aussetzt.



Und die Infektionsketten und -verläufe sind nach wie vor vielschichtig und lassen sich bisher auch noch kaum valide

verfolgen, wie eine aktuelle Kölner Studie zeigt: "Das Gesundheitsamt der Stadt Köln und das Fraunhofer Institut haben untersucht, wie sich die Corona-Infektionen von März 2020 bis Januar 2021 in den einzelnen Stadtteilen ausgebreitet haben. ... Die Analyse zeigt für Köln, dass sich Menschen in finanziell schwächeren Stadtteilen ... häufiger infizieren als Bewohner in eher wohlhabenden Bezirken...

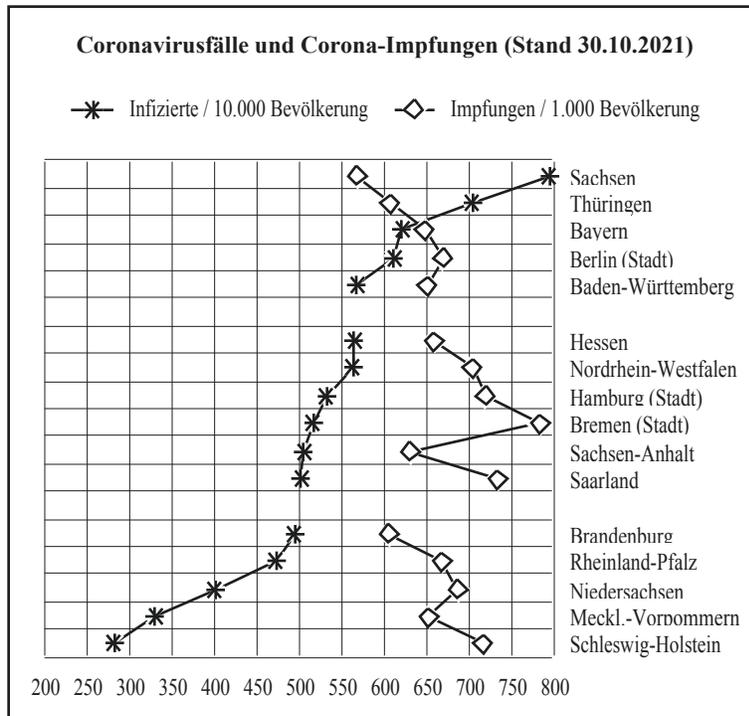
Der Schwerpunkt des Infektionsgeschehens hat sich aber von Beginn der Pandemie bis heute verlagert: Bis Juni 2020 hatten die Viertel mit geringerer Arbeitslosenquote eine höhere Inzidenz als danach. Ein Grund dafür könnte sein, dass das Virus am Anfang vor allem von Menschen übertragen wurde, die von Reisen zurückkehrten.

Laut der Studie sind Stadtteile mit hohem Migrationsanteil inzwischen überproportional betroffen." (Auszug Claudia Hauser: Wie sich das Virus verbreitete, General-Anzeiger Bonn, 23.03.2021).

Die Befürchtungen sind berechtigt: Deutschland befindet sich 2021 am Beginn einer vierten noch größeren Infektionswelle und versetzt alle angesichts der immer rigoroseren Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie in Bangen und Mutlosigkeit, zugleich keimt aber nun mit der Impfmöglichkeit die Hoffnung auf Besserung.

Aber die Bundesländer mit den hohen Infektions-Falldichten und damit einer hohen Risikostufe (im Mittel 628 Infizierte/10.000 Bevölkerung) zeigen sich im aktuellen Impfgeschehen weniger aktiv: Durchschnittlich nur 637 Impfungen hier, dagegen 672 Impfungen (/1.000 Bevölkerung) in den Ländern mit den geringeren Infektions-Falldichten (im Mittel 403 Infizierte/10.000 Bevölkerung) :

Entwicklungsstand der Corona-Impfungen (zweifach geimpft)					
Länder		Coronavirusfälle*		Stand:	30.10.2021
/Risikostufe	Bevölkerung#	/10.000 Bev.	Impfungen*	/1.000 Bev.	
hohe Risikostufe	34.012.162	2.134.271	627,5	21.677.369	637,3
mittlere Risikostufe	29.921.455	1.655.486	553,3	20.683.980	691,3
geringe Risikostufe	19.085.596	769.363	403,1	12.827.240	672,1
Deutschland insg.	83.019.213	4.559.120	549,2	55.188.589	664,8
	# Quelle: Destatis		* Quelle: Robert-Koch-Institut		



Andererseits steckt jedoch dahinter auch eine gewisse Logik, denn einige Bundesländer mit hohen Infizierten-Falldichten lassen eine grundsätzlich größere Sorglosigkeit befürchten - ein unbedarftes fahrlässiges bis hin zu obstinatem Verhalten in den ewig wiederkehrenden pseudoreligiösen Varianten des Glaubens im Unglauben. Es muss also neben den rational fassbaren demographischen und soziokulturellen Bezügen noch regional ein irrationales Verhalten in der Pandemie geben, das nicht unerheblich die Ausbreitung der Pandemie beschleunigen kann.

" 'Ermächtigungsgesetz' nennen die Corona-Querfrontdenker das neue Infektionsschutzgesetz, eine absurde Verharmlosung der Nazi-Zeit und zugleich eine verräterische Position ... Sie folgen Antisemiten, Antidemokraten und Verschwörungstheoretikern und sehnen auf die eine oder andere Art einen Umsturz herbei.

Die (so falsche wie fatale Rechnung) liegt einerseits in der ständigen Steigerung der eigenen Aufgeregtheit begründet und andererseits in der Tatsache, dass Bürgerliche ohne Scheu mit Rechtsextremen gemeinsame Sache machen. Das färbt ab, und ich glaube, ich habe in der Kommunikation dieser Gruppen einen Mechanismus beobachten können, der dafür mitverantwortlich ist. Die Radikalisierung der Corona-Verirrten ist wahrscheinlich noch lange nicht abgeschlossen, hat aber eine entscheidende Schwelle überschritten: die zwischen Realität und einem Raum, den ich Höllenblase nennen möchte, eine Mischung aus Filterblase und alltagewordenem Albtraum. Es ist der Ort, zu dem man gelangt, wenn man sich gemeinschaftlich ständig nach dem Prinzip Angstporno zuballert. ...

Das erklärt auch, warum Nazivergleiche zum Alltagsinstrumentarium der Corona-Querfront gehören. Es entspricht dem deutschen Maximalhorror, den man bei einer ständigen Steigerung zwingend erreicht. In einigen Coronaleugner-Gruppen wird von einem 'Impf-Holocaust' in 'Corona-KZs' fabuliert.

Im Zusammenhang mit dem Infektionsschutzgesetz, der wichtigste Anlass für die Demonstrationen, sprechen die 'Querdenker' von 'Coronadiktatur'. Das erscheint von außen wie eine bizarre Übertreibung, aber es steckt viel darin. 'Es gibt kein richtiges Leben im falschen', schrieb Theodor Wiesengrund Adorno, und nach diesem Motto denken, handeln und fühlen die Corona-Erregten: In einer

Diktatur ist alles schlimm. Diese Einsicht wird schlicht umgedreht, wenn sich alles schlimm anfühlt, muss es sich um eine Diktatur handeln." (Auszug Kolumne Sascha Lobo, www.spiegel.de/netzwelt/web/infektionsschutzgesetz, 18.11.2020).

Und zu dem speziellen Fall einer regionalen Verortung irrationalen Verhaltens in der Pandemie möge dann noch der folgende Auszug beitragen: "Dass sich die Protesttouristen ... vor allem aus dem sächsischen Erzgebirge und dem Stuttgarter Umland auf den Weg machten, ist kein Zufall. Die beiden Regionen seien die 'Bible Belts' der Bundesrepublik, sagt der Leipziger Historiker und Politikwissenschaftler Michael Lühmann - 'Renitenz und Protest sind hier seit Jahren gereift'. Lühmann forscht an der Uni Göttingen zum deutschen Osten, schon seit 2016 hat er die Netzwerke konservativer Christen und der Neuen Rechten entlang der deutschen 'Bible Belts' in einer Studie erforscht. In den USA steht der Begriff 'Bible Belts' für jene bibeltreuen Landstriche, in denen Evangelikale weit über ihre Gemeinden hinaus ins politische und gesellschaftliche Leben hineinwirken. ...

Evangelikaler Traditionalismus allein erklärt aber nicht die Mobilisierungslust für die Proteste gegen die Corona-Politik. Auch seit Jahren gewachsene Erfahrungen im Aufbegehren gehören dazu, vor allem mit den 'Stuttgart 21'-Protesten und den islamfeindlichen 'Pegida'-Märschen - Menschen aus den Regionen haben sich eine besondere Form der Widerstandsidentität geschaffen.

Den Unmut schürten in den vergangenen Jahren die verschiedensten Themen - sei es die Gleichstellung von Frau und Mann, die Akzeptanz der gleichgeschlechtlichen Ehe, der Umgang mit der Klimakrise oder Genderfragen.

Der Umgang mit der Corona-Pandemie ist nur die neueste Ausprägung. Es ist eine Hauptsache-Dagegen-Haltung.

Im Dunstkreis der Demonstrierenden ... wurde das (Infektionsschutz-)Gesetz rasch zum 'Ermächtigungsgesetz' umgedeutet - allein deshalb, weil der juristische Begriff 'Ermächtigung' 13 Mal im Gesetzestext auftaucht. Er wird damit auf eine Stufe gestellt mit dem Ermächtigungsgesetz von 1933, mit dem die Nazis die Republik abschafften. ...

Unter den Corona-Maßnahmen leiden Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland. Aber besonders rund um Dresden und Stuttgart verwandelt sich das Unbehagen in Zorn. Und das liegt auch an der AfD. Offiziell gibt sich die Partei überkonfessionell, tatsächlich suchte sie vor allem in ihren Anfängen den Schulterchluss mit evangelikalen Gemeinden und Fürsprechern aus den deutschen 'Bible Belts'. Seit Jahren wiegeln die Rechtspopulisten in den Ländern auf, schüren Zweifel an Staat und Demokratie." (Auszug Marc Röhlig, www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-warum-sachsen-und-stuttgart..., 03.12.2020).

So steht denn auch folgerichtig das deutsche "Bible-Belts"-Land Sachsen in der Rangfolge der Bundesländer mit Abstand an der Spitze mit der höchsten Infizierten-Falldichte und lässt es trotzdem geschehen, dass seine aktuelle Impfungs-Falldichte seiner relativen Infizierten-Falldichte bei weitem noch nicht entspricht, was (außer noch in Thüringen und Bayern) in allen anderen Bundesländern inzwischen geschehen ist (s. Abb. Seite 51).

Und folgerichtig reiht sich dann hierzu auch diese aktuelle Tagesmeldung aus Sachsen ein: "Die sächsischen Sicherheitsbehörden wollen die 'Querdenkenden'-Bewegung von Corona-Kritikern angesichts einer wachsenden Radikalisierung stärker in den Blick nehmen. Das kündigten In-

nenminister Roland Wöllner (CDU) und Landespolizeipräsident Horst Kretzschmar am Donnerstag nach einer Sondersitzung des Innenausschusses im Landtag zu den Corona-Protesten am vergangenen Samstag in Dresden an.

Auch eine künftige Beobachtung durch den Verfassungsschutz schloss Wöllner nicht aus. Das betreffe sowohl einzelne Personen mit extremistischen Bestrebungen als auch Gruppen.

Landespolizeipräsident Kretzschmar sieht die Gefahr, dass Schnittmengen zwischen der asyl- und ausländerfeindlichen Pegida-Bewegung und den 'Querdenkern' immer größer werden. Es gehe ihnen darum, grundsätzlich gegen die bestehende Staatsform zu protestieren und sich gegen Entscheidungen der Regierung aufzulehnen." (Corona-News am Donnerstag, Spiegel-online, 18.03.2021)

2.2 Die Folgen der Pandemie

Mit Sicherheit war selbst dort, wo die Pandemie im Sommer schien gebannt zu sein, noch lange nicht alles zum besten geregelt. Und so werden Deutschland und immer mehr Länder weiterhin in einen Zustand der politisch und gesellschaftlich problematischen Konfliktbedrohungen und -auseinandersetzungen getrieben.

Daher müssen spätestens jetzt die noch offenen grundsätzlichen Fragen zur Coronavirus-Pandemie Antworten finden: Reagieren Politik und Gesellschaft angemessen auf die Bedrohungen dieser Pandemie und vor allem wie wird es weitergehen?

" 'Wer wissen will, wie das Wetter ist, möge aus dem Fenster sehen', hat der Schriftsteller Max Goldt einmal gesagt. Und wer wissen wolle, wie morgen das Wetter sei? Der 'möge morgen aus dem Fenster sehen'. Für das Wetter mag das stimmen.

Wer wissen will, wo genau Deutschland gerade in der Corona-Pandemie steht, hat es nicht so einfach. Ein Blick auf die Daten von heute spiegelt nämlich keineswegs die aktuelle Situation wider. Stattdessen blickt man in die Vergangenheit - teils mehrere Wochen. Ein Blick auf morgen ist mit noch mehr Unsicherheit behaftet. Für Politiker, die über Lockerungen entscheiden müssen, ist das ein Problem. Wie soll es weitergehen?" (www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/corona-infektionen, 28.04.20).

Und in dem immer heftiger von Berufenen wie Gerufenen geführten Disput zwischen vermeintlicher Meinungsfreiheit und eingeschränkter Handlungsfreiheit mögen die folgenden Ausführungen erkenntnisreich sein:

"Das Missverständnis liegt darin, dass Menschen, die sich nicht an die allgemeinen Regeln halten, das immer

wieder mit ihrem Recht auf Meinungsfreiheit begründen. ...Was diese Menschen nicht richtig verstehen, ist, dass sie das volle Recht auf eine freie Meinung haben. Auch auf die Meinung, dass die Regeln, die für alle gelten, falsch sind. Aber das bedeutet nicht, dass sie sich deshalb nicht an diese Regeln halten müssen. Weil das demokratische System eben nicht funktioniert, wenn alle immer nur das tun, was ihrer Privatmeinung entspricht. Und einigen fehlt jetzt die Fähigkeit, sich trotz ihrer Meinung an die für alle geltenden Vorgaben anzupassen.

Hier zeigt sich möglicherweise ein Erziehungsfehler, den sich viele Eltern in Deutschland in unbeschwerten Zeiten leisten konnten, der aber jetzt fatale Folgen bei vielen mittlerweile Erwachsenen hat: eine unzureichende Trennung von Meinungs- und Handlungsfreiheit.

Schon im Umgang mit den digitalen Medien wurde deutlich, was damit über viele Jahre versäumt wurde: die zu vermittelnde Fähigkeit, mit Beschränkungen klarzukommen; auszuhalten, dass man ein Bedürfnis nicht immer sofort befriedigen kann. Dass es wichtig ist, unmittelbare Impulse kontrollieren und zugunsten eines größeren Ziels zurückstecken zu können.

Deshalb fehlt jetzt einigen die Frustrationstoleranz, eine eigene Meinung zum Lockdown zwar jederzeit haben und auch lautstark überall vertreten zu dürfen. Sich aber trotzdem an die Regeln halten zu müssen, die andere für die Allgemeinheit festgelegt haben. Weil diese anderen, die Entscheider, von der Mehrheit der Menschen demokratisch gewählt wurden, um genau solche Regeln für alle zu erlassen" (Auszug Jan Kalbitzer: Warum muss ich mich an Regeln halten ..., www.spiegel.de/psychologie/corona, 28.04.20).

Was sind die Folgen der Corona-Pandemie? Die unmittelbaren Folgen des Lockdowns sind zum einen mit sichtbarer Verschärfung die wieder erinnernde Mahnung an Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit und zum anderen damit zugleich auch die Bloßlegung deren langjähriger gesellschaftlicher Verdrängung; sie bergen aber auch die Gefahr, dass diese Naturkatastrophe gleich einem Vulkanausbruch alles Gewesene verschüttet und zudeckt, denn die Corona-Pandemie ist kein Stromausfall, der danach das Gewesene wieder wie gewohnt erblicken lässt.

Die gegenwärtigen Merkmale der pandemiebedingten Ungleichheit sind: Viele sind arbeitslos, andere müssen in der Krise weiterhin zur Arbeit gehen und sich einer Ansteckung aussetzen und wiederum andere sitzen im geschützten Homeoffice.

Und wird letztendlich die Corona-Krise einen Stellenabbau beschleunigen? Mit ein wenig Sarkasmus könnte man schlussfolgern, dass die Corona-Pandemie dem Produktionsfaktor Kapital eine Sternstunde beschert hat, weil sie alle seine zukünftigen Probleme beim Wandel der Betriebs- und Beschäftigungsstrukturen schnell und elegant lösen wird: Auf einen Schlag sind die mit der Digitalisierung einhergehenden notwendigen Schritte zu den zukünftigen Beschäftigtenstrukturen brachial vollzogen.

Der Produktionsfaktor Arbeit, ohnehin langfristig durch die Digitalisierung einer existentiellen Bedrohung ausgesetzt, könnte nun durch die Pandemie nachhaltig in Schranken gehalten werden: Mit der Begründung, sich nie wieder vom anfälligen Produktionsfaktor Arbeit das Geschäft vermessen zu lassen, wird das Kapital alles daran setzen, den Produktionsfaktor Arbeit mit Hilfe der Digitalisierung nachhaltig zu verschlanken - nach dem Niedergang der kommunistischen Konkurrenzideologie wird der

"entfesselte Kapitalismus" (Lech Walesa, Solidarnosc) nun völlig enthemmt das Geschehen bestimmen wollen.

Es wird sich als ein Trugschluss erweisen, nicht nur dass die Pandemie doch bald überstanden sein könnte, sondern dass das Leben dann wieder so sein wird wie zuvor. Denn für einen Fahrplan in das alte Leben werden viele Menschen kein Ticket mehr haben und auch der Traum aller Tellerwäscher wird damit endgültig ausgeträumt sein:

- Arbeitssuchende werden immer seltener eine unbefristete Wieder- oder Neueinstellung finden, weil sie in den zukünftigen Betriebs- und Beschäftigtenstrukturen nicht mehr gebraucht werden oder für diese nicht genug qualifiziert sind,

- neue Roboter werden zunehmend nicht nur am Fließband, sondern immer öfter auch in den systemrelevanten und personalintensiven Beschäftigungsstrukturen (ohne Infektionsgefahr und -verbreitung) eingesetzt und

- Homeoffice wird zum Dauerzustand werden, in den verschiedensten betrieblichen Varianten - mit dem positiven Ergebnis für die zukünftige Siedlungsentwicklung, dass leere Büroräume zu Wohnungen umfunktioniert und damit die Pendlerverkehrsbelastungen drastisch eingedämmt werden können.

So wie vor 150 Jahren die Arbeitersiedlungen des Bergbaues und der Schwerindustrie entstanden sind, so werden zukünftig Homeoffice-Wohnungen in den vielen überdimensioniert vorhandenen und noch geplanten Bürogebäuden entstehen oder Betriebe werden angesichts der steigenden Mietpreise nahe liegende Wohnräume für ihre Mitarbeiter mieten oder bauen - doch werden dann damit auch wieder neue Arten von betrieblichen Bindungen und Abhängigkeiten entstehen?

Dieses Szenario von morgen mag vielleicht überzogen sein, aber als Entwicklungslinie ist es schon lange vor der Corona-Krise angelegt. Und damit kommt dann schließlich auch noch der dritte Produktionsfaktor Boden ins Spiel. Seit Jahrtausenden haben Menschen es verstanden, vielen anderen Menschen den Boden unter den Füßen wegzuziehen, indem wenige diesen Boden (mit Gottes Segen) zu ihrem Besitz erklärten.

Und die gegenwärtige Pandemie lehrt auch hier die Folgen, denn die privaten und geschäftlichen Insolvenzen im Verlauf dieser Pandemie sind nicht zuletzt auch auf Mietzahlungsunfähigkeiten zurückzuführen.

Jetzt rächt sich die Sorglosigkeit der im Wohlstand aufgewachsenen Generationen, die sich an eine Lebensführung mit hohem und expansivem Kostenaufwand gewöhnt haben; im Privaten wie im Geschäftlichen werden kaum noch solide Kaufmannsregeln wie frühe Rücklagenbildung und kontrolliertes Wachstum beachtet (was nicht zuletzt auch ein Merkmal mancher Start-up-Unternehmen ist).

Es rächt sich auch die latente soziale Sorglosigkeit im Umgang mit wachsender Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit in dieser Wohlstandsgesellschaft. Weil nun die Pandemie diese gesellschaftlichen Schwachstellen aufdeckt und damit für jeden sichtbar macht, gibt sie zugleich aber auch die Chance, aufzurütteln und Kräfte freizusetzen, um diese sozialen Missstände abzubauen und die Gesellschaft in eine sozial vertretbare Balance zu führen.

Und noch eine weitere Chance eröffnet die Pandemie, nämlich die für einen nachhaltigen Klimaschutz, der sich zukünftig nicht nur in Ankündigungen erschöpft, sondern dem auch Taten folgen könnten. Denn die Corona-Pande-

mie selbst ist für den Klimaschutz schon eine - zumindest kurzzeitige - Sternstunde.

"In vielen Städten der Welt können die Einwohner statt grauem Smog wieder blauen Himmel sehen. Und in Teilen Nordindiens können Menschen zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder die schneebedeckten Himalaya-Gipfel erkennen. Doch mit den Lockerungen drohen viele positive Effekte wieder zu verschwinden, wie sie etwa die europäische Weltraumagentur Esa mit ihren aufbereiteten Satellitenbildern anschaulich machte. Umweltexperten plädieren deshalb dafür, beim Neustart der Wirtschaft verstärkt auf Nachhaltigkeit zu setzen" (Stefan Parsch: Die kurzen Effekte der Pandemie, General-Anzeiger Bonn, 13.06.20).

Aber schnell sind die ansonsten bedenkentragenden Politiker, die Bremsklötze des Klimaschutzes, zur Stelle, die nun flugs rühmen, die CO₂-Einsparungen seien schon erreicht, verschweigend, dass dies nicht politischem Handeln zu verdanken ist, sondern allein den arbeits- wie verkehrsberuhigenden Effekten der Pandemie.

Wer in diesen Zeiten Dokumentationen über die menschenleeren Plätze und Straßen von Venedig, New York, Paris oder London sehen konnte, den wird auch ein Wohlfühl beschlichen haben. Es ist ein völlig neues Erlebnis, in die bekannten und weniger bekannten Bilder einer Stadt einzutauchen, wie gezeichnet in Stille und Schönheit, ohne das Gedränge und den Lärm dieser geschäftlich und touristisch getriebenen Spezies Mensch, die an kaum noch einem Ort mehr ein Verweilen zulässt.

Wie angenehm wieder belebend könnte es sein, wenn einmal in jeder Woche für 24 Stunden der Mensch sich aus dem öffentlichen Raum zurückziehen würde, mit seinen

lärmenden, die Luft verpestenden und immer größer und schwerer dimensionierten Vehikeln, wenn alle Maschinen still stehen und 24 Stunden weniger produzieren und der Mensch 24 Stunden weniger konsumiert.

Das wären auf das Jahr gerechnet nur 14% weniger Umsatz, Einkommen und Vergnügen, aber auch 14% weniger Arbeit, Verschleiß und Umweltbelastung. In der Abwägung seiner dann geschmälernten finanziellen Möglichkeiten sollte der Mensch - wie schon in dieser Coronakrise - erkennen, wieviel Unnützes er bislang angeschafft, gehortet und vermüllt hat (es ist nicht zu glauben, wohin die Konsumverblödung führen kann, aber es gibt inzwischen schon Menschen, die sich beim Ausmisten ihrer Wohnstätte professionell coachen lassen müssen).

Ein solcher Klimatag wäre ein zusätzlicher Ruhetag der gegenwärtig in der Regel Fünf-Tage-Woche (hierzu durchaus passend ist die aktuell von der IG Metall ins Gespräch gebrachte Vier-Tage-Woche - zur Rettung von Arbeitsplätzen). Aber dann muss zugleich auch geregelt werden, dass diejenigen, die ihren kargen Lohn täglich benötigen, um über die Runden zu kommen, mit höheren Mindestlohnzahlungen finanziell so gestellt werden, dass sie den Ausfall eines Werktages verkraften können.

Lehre und Mahnung aus der Coronakrise ist innehalten, zu sich selbst finden und dabei mit Muße auch die Natur wieder entdecken, sich als Teil und nicht als Feind und Zerstörer dieser Natur verstehen - deshalb jede Woche einen Klimatag!

Doch genug der Träumereien, denn es sind diese verfestigten ökonomischen Strukturen, die eine Gesellschaft gefangen halten, in der Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit nicht nur verdrängt und billigend in Kauf genommen,

sondern als Voraussetzung für Gewinn- und Wohlstandsmaximierung wesentlich legitimiert werden. Deshalb werden sich solche ökonomischen Strukturen auch schwerlich verändern, weil sie sich zunehmend unverhüllt der sozialen Kontrolle entziehen und damit auf einer Gratwanderung bis hin zu obszönen Beziehungs-, Schutz- und Lobbyismusverflechtungen bewegen, obwohl sie schon lange nicht mehr den Ansprüchen einer demokratischen Gesellschaft genügen.

"Eine brutale Seuche geht um. Ihr Name ist weder Covid noch Corona, sondern Spätkapitalismus... Das ist der Endpunkt der bewusst geförderten Entsolidarisierung und des Wettbewerbs gegeneinander" (Auszug Sibylle Berg, www.spiegel.de/kultur, 05.12.20). Und noch der "Datenreport 2021 - ein Sozialbericht für Deutschland: Am höchsten ist das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden (41%), Menschen mit Hauptschulabschluss ohne Berufsabschluss (35%) oder mit direktem Migrationshintergrund (29%), die also selbst eingewandert sind. Strukturschwache Gebiete im Westen weisen ebenso ein erhöhtes Armutsrisiko aus wie noch immer Ostdeutschland... (Auszug Markus Dettmer, spiegel.de, 10.03.2021)

Aus dieser Sackgasse der sozialen Entmündigung des nicht privilegierten Teiles der Gesellschaft führt nur Aufklärung und Wissensvermittlung, und das kann nur immer wieder allein von der Instanz in Gang gesetzt werden, die hier den nachwachsenden Generationen die gebotenen Entwicklungsräume versprechen könnte: der Schule.

Und damit zurück zu der von Grund auf gestellten Frage nach den Formen und Merkmalen sozialer Ungleichheit am Beispiel der ungleichen Bildungschancen in Deutschland. Und wenn diese Frage dann im dritten Teil dieser

Untersuchung zu Schlussfolgerungen geführt wird, sollten zuvor noch die Folgen der Coronavirus-Pandemie gerade auch für das Schulsystem angesprochen werden.

Denn es ist überhaupt noch nicht absehbar, welchen Schaden welche Schulkinder mit der Unterbrechung des Schulbetriebes genommen haben; die Lehrkräfte sind da mit Recht skeptisch, nicht nur hinsichtlich des Zeitpunktes des Wiederbeginns des Schulbetriebes, sondern vor allem im Hinblick auf die inzwischen zu befürchtenden Lernunterschiede der Schulkinder. Mit Sicherheit wird das latente Problem der ungleichen Bildungschancen nach monatelanger Heimbeschulung noch erheblich eskalieren.

Und ohne sich an dem absurden, aber immer wieder beliebten Gesellschaftsspiel, den Lehrerberuf im Gegensatz zum anderen Teil der arbeitenden Bevölkerung als eher leichtfüßig zu verunglimpfen, beteiligen zu wollen:

"Er gehe nicht davon aus, dass sich Lehrer befreien lassen wollen, weil sie arbeitsscheu seien. 'Sie haben einfach Angst.' Und diese Angst müsse ihnen nun genommen werden. Im Klassenzimmer würden sich Lehrer nicht häufiger anstecken, als zum Beispiel beim Einkaufen oder Essengehen, so Huppertz (Generalsekretär der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin). 'Kinder sind keine Superspreader... Für Lehrer ist die Ansteckungsgefahr im Lehrerzimmer viel höher als im Klassenraum.'

Und anders als zum Beispiel Polizisten, die bei der täglichen Arbeit Menschen treffen, deren Herkunft und Intention sie nicht kennen, haben Lehrer nur mit Menschen aus einem überschaubaren Kreis zu tun" (Auszug Verena Töpfer: Schule in der Coronakrise, www.spiegel.de/karriere/lehrer-in-der-corona-krise, 23.06.20).

Nun ist es aber doch nicht so, dass Lehrer es nur mit Menschen aus einem überschaubaren Kreis zu tun haben,

denn Schule ist das Spiegelbild einer ungleichen Gesellschaft. Wie in einem grellen Scheinwerferlicht beleuchtet die Pandemie alle diese Schattenseiten von Erschreckensszenarien der gesellschaftlichen Entwicklung, und dazu gehört nicht zuletzt eben auch das Schulsystem.

Daher ist nun die Stunde der Schule gekommen, erfolgreich ihre Forderungen zu stellen, weil sie endlich Gehör finden würde: Die Eltern sehen sich an der Grenze der Belastung von Heimbeschulung und die Lehrkräfte blicken mit Schrecken den nun noch heterogeneren Entwicklungsständen der Schulkinder entgegen. Es ist sehr viel wichtiger, Schulkindern Entwicklungsbarrieren auszuräumen, als mit großem finanziellen Aufwand mehr oder weniger ohnehin angeschlagene geschäftliche Unternehmungen vor der drohenden Insolvenz zu schützen.

Ungeachtet einer Beweisführung, wie anfällig Kinder in der Pandemie sind und damit sich und Lehrkräfte gefährden, dann ist jetzt die Stunde der Grundschule gekommen, wieder zum vollen Regelbetrieb zurückzukehren und diesen nun endlich mit allen nur möglichen finanziellen und damit auch personellen Mitteln mobilisieren zu können. Während jüngere Schulkinder die tägliche verlässliche personelle Zuwendung und das Vertrauen in Bezugspersonen und deren Präsenz in der Schule brauchen, müssen und können ältere Schulkinder noch weiterhin - und vielleicht dann auch auf Dauer - mit digitalen Hilfsmitteln unterrichtet werden.

Spätestens an dieser Stelle stellt sich dann auch die Frage, wie eine bessere personelle, sächliche und räumliche Ausstattung der Schulen finanziert werden soll? Wenn diese Pandemie die lange verdrängten und verschütteten Er-

schreckensszenarien der gesellschaftlichen Entwicklung aufgedeckt hat und damit zur Einsicht geführt haben sollte, hier Ordnung schaffen zu müssen, dann darf in diesem Zusammenhang auch die Problematik der immensen privaten Vermögensanhäufung nicht unerwähnt bleiben: "Wir haben eine Vermögensverteilung, die nahezu wieder bei einer Adelsgesellschaft angekommen ist" (Jessica Rosenthal, Juso-Vorsitzende, Spiegelinterview, 06.08.2020).

"Bisherige Studien und Schätzungen zum Erbvolument in Deutschland berücksichtigen weder Wertänderungen des Vermögens noch das regelmäßige Sparen der Erblasserinnen und Erblasser. Eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung bezieht diese Elemente ein und kommt zu dem Ergebnis, dass in einem Zeitraum von 15 Jahren (2012 bis 2027) vermutlich bis zu 400 Milliarden Euro pro Jahr vererbt und verschenkt werden könnten. Das ist über ein Viertel mehr als bislang in entsprechenden Studien angenommen wurde... 'Es ist erstaunlich, dass in einem auf individueller Leistung basierenden Wirtschaftssystem faktisch keine genauen Kenntnisse über das leistungslos übertragene Vermögen in Deutschland vorhanden sind', so Studienautor Markus M. Grabka. 'Diese neuen Zahlen sollten ein Anstoß sein, das aktuelle Regime der hohen Freibeträge in der Erbschaft- und Schenkungsteuer auf den Prüfstand zu stellen' sagt Studienmitautorin Anita Tiefensee" (DIW Wochenbericht 27/2017, Pressemitteilung vom 5. Juli 2017).

Und zum anderen darf dann auch die Problematik der mit der privaten Vermögensanhäufung einhergehenden Steuerfluchtmöglichkeiten nicht unerwähnt bleiben: "Wohlhabende Deutsche horten astronomische Summen in sogenannten Steueroasen. In der Debatte über Maßnahmen

gegen die Steuerflucht von Deutschen spielte Jersey bislang keine Rolle. Die jüngsten Statistiken der Finanzämter zeigen allerdings, dass die britische Kanalinsel zumindest mehr Aufmerksamkeit verdient. Denn die Bundesbürger haben einem Bericht der 'Süddeutschen Zeitung' zufolge dort im Jahr 2018 auf Konten insgesamt 180,8 Milliarden Euro geparkt... In der Rangliste der Steueroasen lägen mit der Schweiz und Liechtenstein Länder, die in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit eine zentrale Rolle einnehmen. Tatsächlich sind die Guthaben von deutschen Anlegern in Jersey größer als dort. Aus der Schweiz wurden 2018 laut Finanzministerium 133,1 Milliarden Euro auf Konten von Deutschen gemeldet, aus Luxemburg 125,8 Milliarden Euro.

Insgesamt hatten Deutsche an den vom Bundesfinanzministerium aufgelisteten Steueroasen im Jahr 2018 demnach mindestens 591,3 Milliarden Euro auf Konten liegen. Grundlage der Daten ist der sogenannte automatische Informationsaustausch. Dabei informieren sich Staaten gegenseitig über Konten, die ausländische Steuerpflichtige bei ihnen unterhalten. Das soll Steuerhinterziehungen erschweren. Die Statistik des Finanzministeriums sagt nichts darüber aus, ob das Geld legal oder illegal ist. Das prüfen die zuständigen Finanzämter, nachdem die Daten übermittelt wurden. In der Liste des Ministeriums fehlen laut 'SZ' allerdings einige vermutlich bedeutende Steueroasen. So verlangen etwa die Caymans und die Bahamas, dass die Statistiken über ihre Länder geheim bleiben." (www.spiegel.de/wirtschaft/jersey-ist-die-beliebteste-steueroase-der-deutschen, 24.06.20).

Doch die öffentlichen Kontrollinstanzen, die Jurisdiktion eingeschlossen, sind in ihren Strukturen personell, tech-

nisch und finanziell seit Jahrzehnten immer mehr geschwächt worden und verfügen schon lange nicht mehr über die notwendigen Kompetenzen, um mit den vielfältigen privaten kommerziellen Raffinessen mithalten zu können; ihr Kleinmut lässt in stiller Duldung den Entwicklungen ihren Lauf - und die politische, mediale und soziale Öffentlichkeit bleibt untätig oder ahnungslos.

Statt kreativ Anreize für das private Vermögen zu schaffen, hier und heute in die gesellschaftlich zentralen Infrastrukturen wie das Bildungswesen im eigenen Land zu investieren, bescheiden sich Staat und Politik darin, mit zumeist nur unzulänglichen staatlichen Investitionsmaßnahmen den nachfolgenden Generationen einen immer höheren Schuldenberg anzuhäufen.

3. Zeichen: Die Erinnerung

3.1 Eine selbstverschuldete Verstrickung

Nur zwei Buchstaben würden die zu flüchtigen Wahrnehmungen der sozio-kulturell unterschiedlichen Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft schlagartig verändern.

Deutschland lässt es auch in seiner jüngsten Geschichte bislang immer noch dabei bewenden, in der seit Jahrzehnten sich vollziehenden Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern und Kulturkreisen die Anwesenheit von Menschen mit *Migration* Hintergrund als eine vergängliche zu betrachten - in der Erwartung, dass sich dieser Spuk durch Rückwanderung in nichts auflösen wird.

Diese Entwicklung hätte jedoch schon längst in der öffentlichen Sprachregelung als eine *Immigration* definiert werden müssen, was ehrlicher, weil zutreffender und die Integration fordernder und fördernder gewesen wäre.

Wer diese faktisch seit Generationen sich vollziehende Immigration leugnet oder sich auch nur zu halbherzigen Integrationsansätzen aufschwingt, riskiert das Abgleiten der Immigranten in Parallelgesellschaften.

Es sind nicht die Immigranten das ursächlich Befremdliche, es ist diese Gedankenlosigkeit der deutschen Gesellschaft, die mit ihrem ängstlichen realitätsfernen Ausblenden der Integrationsaufgaben letztlich einem auch kriminellen Fehlverhalten von Einzel- oder Clantätern der Immigrantenszene den Boden bereitet.

Integration ist keine Einbahnstraße, Integration heisst aufnehmen und fördern, damit Immigranten als vollwertiger Bürger alle Rechte wahrnehmen können. Integration heisst aber auch für Immigranten, die Pflichten eines vollwertigen Bürgers zu akzeptieren und zu übernehmen.

Solange Immigration nicht in geordneten Bahnen mit klar definierten Regeln stattfindet, bleibt das gesellschaftliche Zusammenleben von Ansässigen und Immigranten diffus und beide Seiten wännen sich dabei in einem quasi rechtsfreien Raum, der zur einseitigen Vorteilsnahme verführt. Wo keine Immigration stattfindet, bleibt auch die Autorität der Sanktion stumpf; und das ist das Hauptproblem in der sozio-kulturellen Gemengelage der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft: Nichtachtung der sozial und juristisch bestimmten Regeln bis hin zur bandenmäßigen Abschottung ganzer Straßenzüge auf der einen Seite und sozio-kulturelle und -ökonomische Ablehnung und Ausgrenzung auf der anderen Seite sind dabei nur die Spitze eines Eisberges.

"Der typische Raser ist zwischen 18 und 25 Jahre alt, männlich und hat oft einen Migrationshintergrund. Häufig wohnt er noch bei seinen Eltern und hat nur ein geringes Einkommen. Den fehlenden beruflichen Erfolg versucht er auszugleichen, indem er sich Anerkennung übers Auto holt" (Alexander Schwarzer, stellvertretender Leiter des Einsatztrupps Verkehr/Rennen bei der Kölner Polizei).

Nach einer repräsentativen Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes erlebt jeder dritte Wohnungssuchende mit Migrationshintergrund Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt: "29 Prozent der Bürger haben sehr große oder große Bedenken, wenn in die benachbarte Wohnung oder ins Nachbarhaus eine Person einzöge, die nach Deutschland eingewandert ist. Die Vorstellung, eine eigene Wohnung an sie zu vermieten, sorgt bei 41 Prozent für Bedenken".

Intregation ist keine Einbahnstraße, Integration braucht die Motivation ("innere" Rahmenbedingung) des immigrierten Neubürgers und die von der aufnehmenden

Gesellschaft gesetzten und gelebten Regeln ("äußere" Rahmenbedingungen), nur in diesem Zusammenspiel gelingt Integration. Und um auf dem Wege dahin eine halbwegs erfolgreiche Integration zu erreichen, muss dabei auf der kommunalen Ebene auch ein wenig mehr an wirksamer Sanktionsgewalt greifen.

Wenn im Bildungssystem schnell die Rede ist von "Brennpunktschulen", dann ist das im Grunde ein weiterer leichtfertiger, gedankenloser Umgang mit einer Stigmatisierung. Kinder und ihre Eltern mit Migrationshintergrund sollten nicht wie Fremde betrachtet und behandelt werden, sie sind Mitbürger mit den gleichen Rechten und Pflichten - und hierzu gehört eben auch die uneingeschränkte und verpflichtende Teilhabe am Bildungsgeschehen.

In diesem Diskurs hat Schule eine große Bedeutung. Wenn es gelingt, so früh wie möglich schon und gerade in der Grundschulzeit jedem Kind (und seinen Eltern) zu vermitteln, dass Bildung das einzige ist, "das Dir keiner nehmen kann", ist schon viel erreicht.

Bildung ist das Zauberwort, das alle Türen für höhere Qualifikationen und berufliche Perspektiven öffnet und zugleich die aufgeklärte Persönlichkeit schafft und diese gegen vordemokratische Gesinnung und postdemokratische Fehlentwicklungen immunisiert.

Bildung war einmal das Privileg des Bürgertums, Bildung wurde dann in der sich demokratisch entwickelnden Gesellschaft ein Angebot, Bildung ist heute ein Muss für alle, um in der neuen digitalisierten Welt teilhaben und unbeschadet bestehen zu können.

Wenn die Schulentwicklung am Beispiel des Landes Nordrhein-Westfalen beleuchtet und vor dem Hintergrund der

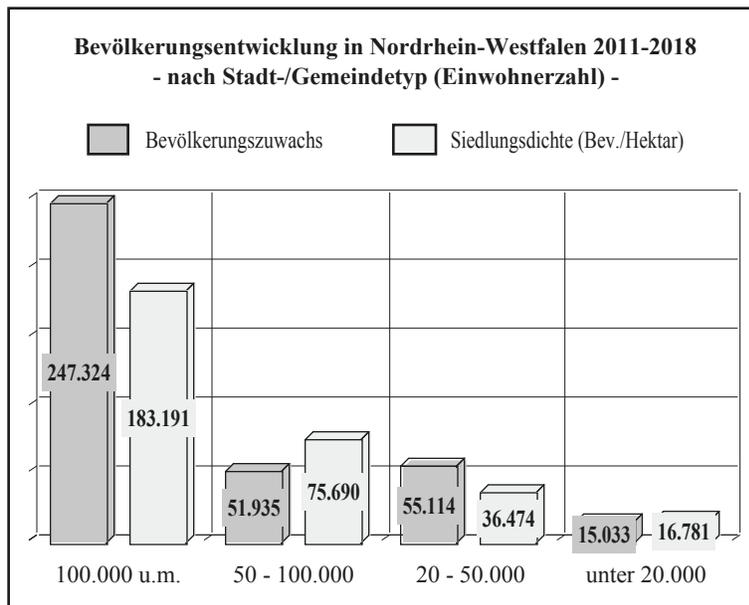
drängenden Probleme aufgrund unterschiedlicher sozialräumlicher Strukturen die Integrations-Herausforderung als eine wichtige Baustelle im deutschen Bildungs- und Schulwesen postuliert wird, dann dürfen dabei die demographischen Entwicklungsverläufe und -perspektiven nicht unerwähnt bleiben.

Die Wohnbevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen ist von Ende 2011 zensusbereinigt bis Mitte 2018 um 2,1% gestiegen, das ist in 6,5 Jahren ein Zuwachs um jährlich weniger als 0,3%.

Doch die Zuwanderung in einem solchen überschaubaren Rahmen kann kaum noch den dramatisch verlaufenden Alterungsprozess der Wohnbevölkerung kompensieren, und das gilt schon nicht mehr für alle Landesteile. Denn nicht nur die Außenwanderungen, sondern - schon länger zu beobachten - vor allem auch die Binnenwanderungen strömen in die urbanen Ballungsräume und verursachen dort zunehmende Wohnversorgungsprobleme, während sich die ländlichen Regionen immer mehr auf die Folgen dieser Landflucht einstellen müssen.

Schon für den zurückliegenden Zeitraum kann festgestellt werden, dass zwei Drittel des Bevölkerungszuwachses (67%) des Landes in den Großstädten angekommen ist - auf einer Siedlungsfläche, die nur 13% der gesamten Landesfläche ausmacht.

So hat sich die Bevölkerungsdichte pro Hektar seit 2011 in den 29 Großstädten (100.000 Einwohner u.m.) Nordrhein-Westfalens nun auf 183.191 Personen noch weiter verdichtet (+3,1%), während sie in den 187 ländlichen Kommunen unter 20.000 Einwohnern mit nur 16.781 Personen pro Hektar bisher noch nahezu unverändert geblieben ist (+0,6%).



Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen 2011 - 2018							
Stadt-/Gemeindetyp	Wohnbevölkerung				Siedlungsdichte		
		Einwohnerzahl	Kom. ^o	2011	2018	Entwickl. 2011-18	Fläche qkm
100.000 u.m.	29	7.994.113	8.241.437	247.324	3,1%	4498,81	1831,91
50 - 100.000	47	3.111.569	3.163.504	51.935	1,7%	4179,57	756,90
20 - 50.000	133	4.095.838	4.150.952	55.114	1,3%	11380,72	364,74
unter 20.000	187	2.343.418	2.358.451	15.033	0,6%	14054,07	167,81
Land insg.	396	17.544.938	17.914.344	369.406	2,1%	34113,17	525,14
° Zahl der Kommunen (Stand 2018)							
Datenquelle: IT.NRW (Fortschreibung Basis Zensus 2011)							

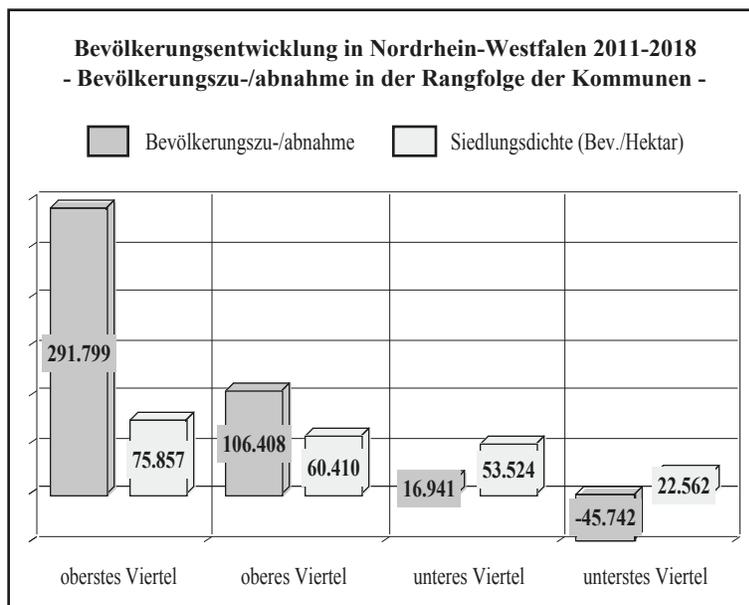
Doch Ursachen und Größen der regionalen Zu- und Abwanderungen sind sehr vielschichtig gelagert, denn man findet in jedem der vier Stadt-/Gemeindetypen in dem jeweiligen Spektrum unterschiedlicher Wanderungsbewegungen auch noch regionale und lokale Besonderheiten.

Denn werden die 396 Städte und Gemeinden des Landes nach den Effekten ihrer jüngsten Bevölkerungsentwicklung von 2011 bis 2018 in der Rangfolge geordnet, dann lassen sich anhand dieser Rangfolge die Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen vier demographisch unterschiedlich geprägten Gruppen zuordnen: Das oberste

Viertel der Kommunen hat einen mittleren Bevölkerungszuwachs von +4,7%, das zweite Viertel von +2,1%, das dritte Viertel von nur +0,4%, während das unterste Viertel einen mittleren Bevölkerungsverlust von -2,1% hat.

Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen 2011 - 2018							
Rangplatz	Zu-/Abnahme Kom.°	Wohnbevölkerung				Siedlungsdichte	
		2011	2018	Entwickl. 2011-18	Fläche qkm	Bev./qkm	
oberstes Viertel	99	6.271.673	6.563.472	291.799	4,7%	8652,47	758,57
oberes Viertel	99	5.021.449	5.127.857	106.408	2,1%	8488,47	604,10
unteres Viertel	99	4.121.178	4.138.119	16.941	0,4%	7731,32	535,24
unterstes Viertel	99	2.130.638	2.084.896	-45.742	-2,1%	9240,91	225,62
Land insg.	396	17.544.938	17.914.344	369.406	2,1%	34113,17	525,14
° Zahl der Kommunen (Stand 2018)							

Datenquelle: IT.NRW (Fortschreibung Basis Zensus 2011)



In jeder der vier Gruppen der Kommunen mit unterschiedlichen Effekten von Wanderungsbewegungen sind auch größere und kleinere Mittelstädte wie auch Kleinstädte und Gemeinden vertreten. Entscheidend ist ihre regionale Lage im Land und hier die nächste oder nähere Nachbarschaft zu den ökonomisch und damit auch demographisch pros-

perierenden Korridoren in Nordrhein-Westfalen, die sich verkehrsgünstig infrastrukturiert von der Rheinschiene - nur unterbrochen vom Ruhrgebiet mit seinen spezifischen regional unterschiedlichen demographischen Entwicklungen - bis ins Münsterland und in die ostwestfälische Region um Bielefeld erstrecken.

Je nach Blickwinkel können solche unterschiedlichen Entwicklungen mit Bevölkerungszuwächsen in den beschriebenen Wachstumskorridoren oder Bevölkerungsverlusten abseits dieser Korridore jeweils negativ oder auch positiv bewertet werden, aber sie führen letztendlich hier zu einer weiteren Siedlungsverdichtung und dort zu einer Entvölkerungstendenz.

Die sich aus diesen regional gegenläufigen Bevölkerungsentwicklungen ergebenden schulentwicklungsplanerischen Infrastruktur-Herausforderungen können nicht unterschiedlicher sein: Hier muss aufgrund steigender Schülerzahlen saniert und zugebaut werden, dort muss aufgrund sinkender Schülerzahlen abgebaut und versucht werden, einen Restbestand des Schulnetzes erhalten zu können.

Die Entwicklung von Abwanderung und niedrigen Geburtenzahlen in den ländlichen Landesteilen könnte aber gesellschaftlich noch weitreichenderen Zündstoff in sich bergen, als es ein zunehmend weitmaschigeres Schulnetz verursachen wird. Wenn zumeist die jüngeren ausgebildeten Menschen gehen und eine alternd schrumpfende Bevölkerung zurückbleibt, dann fallen die ländlichen Regionen gesellschaftlich immer mehr zurück und fühlen sich verdrossen abgehängt - fernab einer multikulturell und politisch liberal scheinbar offenen und prosperierenden Gesellschaft in den ökonomischen Zentren?

Werden das die gesellschaftspolitischen Problemzonen der Zukunft sein? Oder werden die zunehmend siedlungs-

dichteren Ballungsregionen infolge der Binnenwanderung (auf dem Wege dieser Land-Stadt-Flucht) wie auch der Zuwanderung von Immigranten mit Verteilungskämpfen und Segregationstendenzen die gesellschaftspolitischen Problemzonen der Zukunft sein?

Wie auch immer die Zukunft sich darstellen wird, sie darf nicht zum Stillstand oder gar zum Rückschritt einer sich auf dem demokratischen Wege wägnenden Gesellschaft führen, einer Gesellschaft aufgeklärter und gegen jedwede Art von Ungerechtigkeit ankämpfender Menschen.

Wer Ungerechtigkeit in der Schule nicht wahrnimmt oder nicht wahrhaben will, der hat noch eine weite Wegstrecke vor sich, um in einer demokratischen Gesellschaft anzukommen.

Gerade Nordrhein-Westfalen ist ein Beispiel für Durchzug und Einwanderung "fremder" Menschen seit Jahrhunderten - woher stammen wohl die Millionen Bergarbeiterfamilien im Ruhrgebiet und wo wäre dort die so verehrte deutsche Fussballtradition ohne Libuda, Tilkowski und die vielen anderen.

3.2 Die Rolle der Akteure im Bildungssystem

Die Spur der Schüler mit Migrationshintergrund verliert sich dann vollends aus dem Blick in den höheren Stufen des deutschen Bildungs- und Ausbildungssystems mit dem Ende der Schulpflicht und hinterlässt verschwenderisch Verschüttungen von Talenten, Wissensneugier und Bildungsperspektiven.

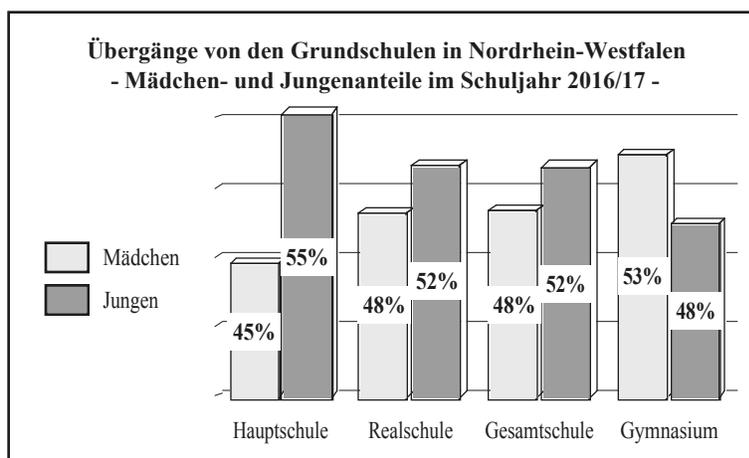
Und wenn dieses ausgrenzende Bildungs- und Ausbildungssystem auf den Teil der Elternschaft trifft, der seine Kinder vor jeglicher Störung durch Ablenkung von zuviel Aufmerksamkeit erfordernden "befremdlichen" Kindern meint schützen zu müssen, und sollte dann doch einer den Spiegel aufrichten, aber dieses Spiegelbild von der schulischen und medialen Öffentlichkeit flugs wohlfeil gar als eine Elternbeschimpfung diffamiert werden, dann schließt sich der Kreis zum wohlgefälligen gesellschaftlichen Gefüge und die Akteure des Bildungssystems sehen sich auf der sicheren Seite - in einer hilf- und ratlosen Schulträgerschaft, in einer ahnungslosen Schulaufsicht und in einer gesichtslosen Schulentwicklungsplanung.

Schulentwicklungsplanung sollte sehr viel mehr sein als Prognose von Schülerzahlen, sie muss mit einem offen ausgetragenen Diskurs über die sozialräumlichen Herkunftsstrukturen ihrer Schüler die Schulen instand setzen, ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Integration aller der ihr anvertrauten Schüler leisten zu können.

Die kommunalen Schulträger müssen in diesem Diskurs mit einem sehr viel kraftvolleren Verantwortungsbeusstsein die Rolle des Initiators und der Federführung übernehmen. Und die Schulaufsicht hat in diesem Diskurs im Grunde schon lange ihre Rolle verspielt, wenn sie diese nicht in Abstimmung mit der kommunalen Schulträger-

schaft neu definierend wieder positioniert (an dieser Stelle auch der Hinweis auf den authentischen Bericht von Ingrid König: "Schule vor dem Kollaps - Eine Schulleiterin über Integration, die Schattenseiten der Migration und was getan werden muss").

Aber das reformresistente Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft und Politik hat schon von jeher zu lange den Dingen ihren Lauf gelassen und erst spät, dann zu meist nur mit zaghaften Reformschritten reagiert - das mag für den Behäbigen beruhigend sein, es macht den Ungeduldigen aber zornig. Das Problem dabei ist, dass das Bildungssystem wie jede öffentliche Einrichtung zumeist systemimmanent strukturkonservativ agiert und reagiert: Tiefgreifenden Änderungen wird zunächst grundsätzlich mit Misstrauen begegnet. Wenn überhaupt ist auch im Bildungsbereich oftmals mehr auf die Kraft des gesellschaftlichen Wandels Verlass. Ein Beispiel hierzu ist das stetige Vordringen der Mädchen zu höheren schulischen Qualifikationen: Beim Übergang zur Hauptschule ist der Mädchenanteil inzwischen auf 45% gesunken, zum Gymnasium auf 53% gestiegen (Datenquelle: IT.NRW).



Es ist nicht zu übersehen, dass Grundschulen in den gegenwärtig strukturierten Rahmenbedingungen bei einer Schülerschaft von mehr als einem Drittel mit Migrationshintergrund im Hinblick auf die erreichte Gymnasialquote an die Grenzen einer Verträglichkeit stoßen.

Nun könnte unter dem Handlungsdruck, Immigration und Integration in Einklang zu bringen, eine Option sein, mit der Mischung der Schülerschaften in den Grundschulen eine Obergrenze des Anteiles der Schüler mit Migrationshintergrund einzuhalten. Doch dass sich mit einer solchen bildungspolitischen Setzung die Versäumnisse und Fehlentwicklungen des Wohnungsmarktes korrigieren ließen, erweist sich aus zwei Gründen als ein untaugliches Mittel. Zum einen ist schon der amerikanische Versuch des "busing" zur Aufhebung der Rassentrennung gescheitert, weil er nicht zu einer Desegregation geführt hat.

Und zum anderen liegt der Webfehler eines solchen Versuches darin begründet, dass es nicht reicht (oder sogar kontraproduktiv sein kann), die Kinder ihrem sozio-kulturellen Umfeld zu entfremden, so lange ihre Familien nicht mit der Schule und über die Schule in einen gesellschaftlichen Integrationsprozess eingebunden werden.

Wenn es nicht gelingt, im Primarbereich (und möglichst schon davor) wie beschrieben und eingefordert die Rahmenbedingungen für eine wesentlich bessere Integration und Bildungsteilhabe zu schaffen, dann werden auch die Sekundarstufenschulen auf Dauer mit dem Problem der Chancenungleichheit in ihren Schulen belastet bleiben.

Und sie werden weiterhin versucht sein, dieses Problem möglichst nicht zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen aufkommen zu lassen. Denn das ist das Problem mit dem Problem ungleicher Verteilungen von Schülern

aus prekären Umfeldern in den Sekundarstufenschulen und daraus folgend der steten Angst dieser Schulen vor einem Reputationsverlust, sei es die Schulform oder die einzelne Schule betreffend. Selbst wenn eine intensivere Integrationsstrategie im Primarbereich greifen sollte, werden die Sekundarstufenschulen nicht davon entlastet sein, diese in ihrem Bereich fortführen zu müssen.

Die Sekundarstufenschulen werden sich dieser drängenden Aufgabe stellen müssen, progressiv und ohne falsche Rücksichtnahme. Und hier ist der Schulträger gefordert, seine Sekundarstufenschulen entsprechend zu unterstützen und zu begleiten. Es ist nicht in Ordnung, wenn sich der Schulträger mit seinen Schulen gemein macht, über sozialräumliche Unzulänglichkeiten in seiner Kommune nicht den offenen Diskurs zu führen.

Und auch hier ist eine Schulentwicklungsplanung gefragt, die für den Schulträger erforderlichen sozialräumlichen Daten aufzubereiten und die notwendigen Schlussfolgerungen aufzuzeigen, damit der Schulträger gezielt eingreifen und die notwendigen schulaufsichtlichen Maßnahmen begründet einfordern und lenken kann.

Aber wie in so manchen anderen Lebensbereichen wird auch in der Bildungspolitik in Deutschland eine seltsame politische Kultur gepflegt: Unter Experten sind die beschriebenen Befunde - zumindest in Ansätzen - hinlänglich bekannt, sie werden auch stets in Bildungsberichten benannt, die dann jedoch in der medialen Öffentlichkeit und von der Politik zumeist nur verhalten kommentiert oder in föderale Gremien abgeschoben werden - sie kommen in der praxisnahen Aufarbeitungsmöglichkeit vor Ort in den Kommunen und Schulen nie an, weil das deutsche Bildungssystem eben weniger Erkenntnisdefizite als vielmehr Umsetzungsdefizite und -probleme hat.

Nun könnten Beteiligte und Verantwortliche spekulieren, dass mit dem Ausklingen des gegliederten Schulsystems das unerfreuliche Thema Schule und Sozialraumproblematik zukünftig einfacher zu behandeln sein wird. Einerseits würde sich dieses Thema mit der Fokussierung des Schulsystems auf dann nur noch zwei Säulen zwar strukturell etwas entzerren, andererseits bleiben aber die Herausforderungen zur schulischen Reaktion auf diese sozialräumlichen Unzulänglichkeiten bestehen.

Zudem gibt es aber auch messbare Effekte, die doch wieder eher nachdenklich stimmen. Wenn Integration und Förderung in (und möglichst schon vor) der Grundschule immer besser greifen sollten, besteht die Gefahr, dass dann letztendlich auch das Zwei-Säulen-Schulsystem - in der Tradition des gegliederten Schulsystems behaftet - in einem Zwei-Klassen-System enden wird. Wenn nämlich die so notwendig frühzeitige Integration und Förderung dahin führt, dass dann immer mehr der bildungsnäher integrierten Eltern mit ihren geförderten Kindern zu der "besseren" Schule, dem Gymnasium streben.

Diesen Entwicklungsstand hat Hamburg bereits erreicht, wenn man den gegenwärtig aufkeimenden Disput zwischen Gesamtschule und Gymnasium und die Klagen der Stadtteilschulen (Gesamtschulen) verfolgt. So darf es auch nicht verwundern, wenn hier die Schülervergleichsstudie KERMIT 2015/16 große Unterschiede zwischen den Schulformen aufgedeckt hatte: Im Bezirk Altona - sicherlich ein medial aufgegriffenes extremes Beispiel - lagen in der Klassenstufe 8 die Leistungen von 76% der Stadtteilschüler unter den Mindeststandards für den Haupt- oder Realschulabschluss, dagegen nur von 7% der Gymnasiasten (Hamburger Abendblatt).

Es ist das alte Lied des sogenannten "Creaming"-Effektes, dass sich Eltern, deren Kind zur Gymnasialempfehlung gefördert wurde, dann überwiegend für das traditionell höher angesehene Schulformangebot Gymnasium entscheiden. Von daher endet auch das Zwei-Säulen-Schulsystem sehr bald in einem bildungspolitischen Fiasko, wenn mit der Bildungsgerechtigkeit nicht auch zeitgemäße Bildungsstrukturen entwickelt werden.

Hier wären der Phantasie keine Grenzen gesetzt, entscheidend wird sein, dass die Sekundarstufe I von dem frühen Wahl- und Spezialisierungsdruck entlastet wird, als Gymnasium oder Gesamtschule für alle, so dass sich dann erst in der Sekundarstufe II die (klassisch) gymnasialen und berufsorientierenden Oberstufen anschließen - so wie es andere europäische Länder schon lange praktizieren.

3.3 Die Aussicht auf Einsicht

Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse führen letztendlich auch dazu, nach "Schuld und Sühne" in diesem Geschehen zu fragen: Die Sühne ist die mißliche Lage, in der sich Deutschland gegenwärtig befindet, wenn es händeringend nach Fachkräften sucht, wobei dieser Zustand eben nicht allein nur dem demographischen Alterungsprozess der deutschen Wohnbevölkerung geschuldet ist.

Und die Schuld ergibt sich aus der weit zurück reichenden Gemengelage von gesellschaftlichem Verkennen, Geringschätzen oder sogar Verachten, beispielhaft festgemacht an den Versäumnissen von Akzeptanz und Integration der Menschen mit Migrationshintergrund.

Ein beredtes Zeugnis der lange und noch währenden Kluft zwischen Erkenntnisgewinn und Umsetzungsvermögen mag hier der folgende Auszug eines Berichtes von 2017 sein: "Es war eine Enttäuschung mit Ansage: Fast ein Fünftel aller Kinder verlässt die Grundschule, ohne richtig lesen zu können. Die Ergebnisse der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (Iglu) reihen sich ein in bildungspolitische Hiobsbotschaften der vergangenen Monate. Erst im Oktober attestierte das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen den Viertklässlern in Deutschland deutliche Schwächen in Mathematik und Rechtschreibung... Die Schere hat sich weiter geöffnet. In kaum einem anderen Land liegen die Leistungen von Kindern aus bildungsnahen und bildungsfernen Familien so weit auseinander... Und es steigt der Anteil derjenigen Schüler, die zu Hause kein Deutsch sprechen, was im Durchschnitt mit schlechteren Testergebnissen einhergeht. Kinder mit Migrationshintergrund hinken hinterher... Nur:

Was Bildungsforscher sonst noch als wirkungsvoll betrachten, kommt bei den Lehrern oft nicht an... Das liege an mangelnder Fortbildung, aber auch daran, dass immer häufiger Quereinsteiger oder fachfremde Lehrkräfte unterrichten" (Auszug Miriam Olbrisch: Besser im Tandem, SPIEGEL 50/2017).

Und wenn dann von manchen Bildungspolitikern auch noch ausweichend und arglistig entgegnet wird, dass quereinsteigende fachfremde Lehrkräfte den Unterricht beleben könnten und Kinder, die dem Unterricht nicht folgen können, dann eben später eingeschult werden sollten, belegt eine solche Arroganz des Ausblendens der sozialräumlichen Zusammenhänge nur einmal mehr das Geschehen im deutschen Bildungswesen.

Zwei entscheidende Zäsuren im Bildungssystem sind angesprochen, der Eintritt in das Schulsystem mit der Einschulung und der Austritt aus dem allgemein bildenden Schulsystem mit dem Übergang in die berufliche Ausbildung, sei es in den vorakademischen Bildungsgang der gymnasialen Oberstufen oder in die dualen Ausbildungsgänge der Betriebe und berufsbildenden Schulen.

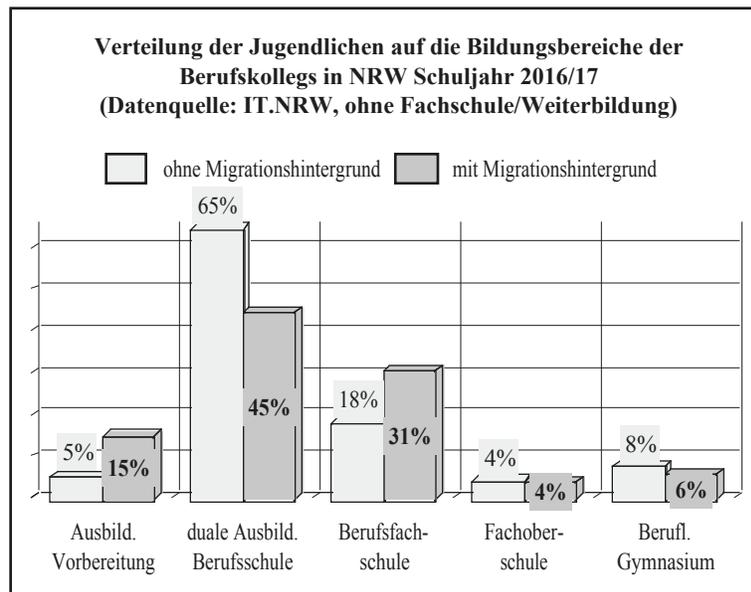
Und in beiden Zäsuren ist das Schulsystem in seiner gegenwärtigen Verfassung überfordert, die nachwachsende Jugend gerecht zu begleiten, weil zu viele von ihnen auf der schulischen Wegstrecke verloren gehen. Oder mit Bert Brecht zu sprechen: "Die im Lichte siehet man, die im Dunkeln sieht man nicht".

Die "im Dunkeln" gehen einer demographisch alternenden Gesellschaft verloren, die es sich schon lange nicht mehr leisten kann, einen Teil ihrer Jugend nicht optimal auszubilden, weil dann das gesellschaftliche Gefüge nicht nur sozio-ökonomisch aus dem Ruder läuft. Am Ende der

von den beiden Zäsuren eingeläuteten Schulstufen sollte kein Jugendlicher so abgehängt sein, dass nur noch eine sehr eingeschränkte und perspektivlose Fortsetzung seiner Bildungslaufbahn möglich ist.

Aber die Realität ist eine andere, es klemmt in allen Ecken und Winkeln des Schul- und Bildungssystems und dies vor allem ursächlich im Grundschulbereich. Solange die Grundschule nicht als der Stützfeiler des gesamten Bildungssystems geschätzt und angemessen unterstützt wird, werden sich die sozialräumlichen Probleme der die gesellschaftliche Spaltung verfestigenden Ab- und Ausgrenzungen im Bildungssystem noch bis in die berufliche Ausbildungsphase verlagern. In Anlehnung an den neuen Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs (BuWiN 2021) zum Frauenanteil in der Wissenschaftskarriere kann hier auch von einer "Leaky-Pipeline" gesprochen werden, dem Leck in der Bildungslaufbahn-Leitung, durch das Jugendliche mit Migrationshintergrund aus dem Bildungssystem verschwinden - sie sind schlicht nicht mehr existent.

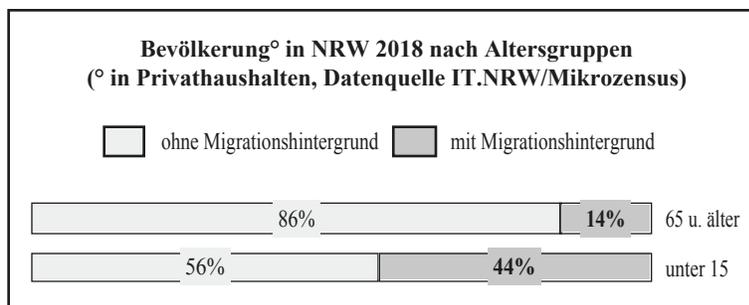
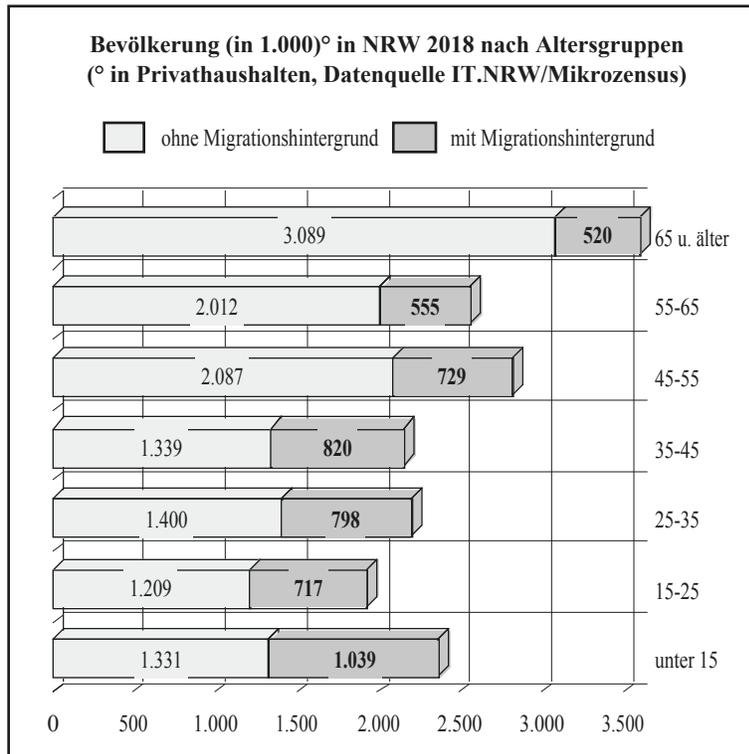
Die Verteilung der Jugendlichen auf die einzelnen Bildungsbereiche in den berufsbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen spricht hier eine sehr deutliche Sprache: Während zwei Drittel (65%) der Schüler ohne Migrationshintergrund ihre berufliche Ausbildungsphase dual absolvieren, haben dagegen weniger als die Hälfte (45%) derjenigen mit Migrationshintergrund eine solche berufliche Startchance, weil ebenso viele der Schüler mit Migrationshintergrund (46%) ihre berufliche Ausbildungslaufbahn in den diversen vor- und nachqualifizierenden Bildungsbereichen der Ausbildungsvorbereitung und der Berufsfachschule beginnen - bei den Schülern ohne Migrationshintergrund sind dies nur 23%.



An dieser Stelle sei dann auch die folgende Rechnung erlaubt: Wenn eine frühere und vollendete Bildungsintegration gegriffen hätte und die Jugendlichen mit Migrationshintergrund dann in gleicher Weise wie die Jugendlichen ohne Migrationshintergrund den unmittelbaren Zugang zur dualen Ausbildung gehabt hätten, dann wären es im Schuljahr 2016/17 nicht 55.530, sondern rund 80.500 Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Berufsschule (duale Ausbildung) gewesen. Und dann könnte heute Nordrhein-Westfalen 25.000 Fachkräften mehr zählen - und auf ganz Deutschland übertragen: Deutschland hätte heute mindestens 100.000 gut ausgebildete Fachkräfte mehr und könnte sich den fragwürdigen Aufwand, ausländische Fachkräfte zu gewinnen, weitgehend sparen.

Dabei sollten die nachwachsenden Generationen nicht allein im Hinblick auf deren Quantifizierung, sondern stets zugleich auch auf deren Belang für das gesamte demographische Altersgefüge im Fokus stehen, um immer wieder an den demographischen Alterungsprozess der deutschen

Gesellschaft und folglich damit an die Notwendigkeit einer uneingeschränkten Integration zur Ausbildung der nachwachsenden Generationen zu erinnern.



Während bei den unter 15-Jährigen in Nordrhein-Westfalen nur noch wenig mehr als die Hälfte zum Anteil der Wohnbevölkerung ohne Migrationshintergrund zählt, stellen bei den Senioren (65 Jahre und älter) mit 6 Senioren

ohne Migrationshintergrund von 7 Senioren insgesamt diese hier noch den weit überwiegenden Teil.

Oder einmal das Verhältnis der beiden Altersgruppen Senioren und Jugendliche betrachtet: Bei der Wohnbevölkerung ohne Migrationshintergrund sind die Senioren 2,3-fach zahlreicher vertreten als die Altersgruppe der unter 15-Jährigen, das wäre das Horrorszenario eines massiven Alterungsprozesses ohne die bisherige Immigration.

Mit der steten Zuwanderung von Immigranten ist der demographische Alterungsprozess der Wohnbevölkerung in Nordrhein-Westfalen zwar nicht aufgehalten, aber doch erheblich gedämpft worden: So sind hier nun - auf die gesamte Wohnbevölkerung dieser Altersgruppe bezogen - die Senioren nur noch 1,5-fach zahlreicher vertreten als die Altersgruppe der unter 15-Jährigen.

Dennoch sind - wie einer aktuellen Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linken zu entnehmen - Politik und Exekutive immer noch angesichts der weiterhin unterschiedlichen demographischen Entwicklungen im Westen und Osten Deutschlands aufgrund vermeintlich noch ungleicher Lebensverhältnisse ratlos, weil sie unisono - in ihrem Verdrängungsnetz verstrickt - nicht das Naheliegende sehen.

Faktisch finden die neuen Bundesländer nach wie vor demographisch keinen Anschluss an die alten Bundesländer, obwohl die Ost-West-Binnenwanderung kaum noch von großer Bedeutung ist: Während die Bevölkerungszahl seit der Zensusbereinigung am 9. Mai 2011 bis 2020 in Deutschland insgesamt um 3,7%, in Berlin um 11,5% und in den zehn alten Bundesländern insgesamt um 4,1% gestiegen ist, hatten die fünf neuen Bundesländer im gleichen Zeitraum einen Bevölkerungsverlust von -0,5%.

Die Ursache ist eigentlich schnell erklärt, denn das Statistische Bundesamt hat hochgerechnet, dass die Bevölkerung in Deutschland ohne Zuwanderung schon seit 1972 schrumpfen würde. Da sich jedoch gegenwärtig 95% der zugewanderten Menschen (mit Migrationshintergrund) auf die alten Bundesländer und die Stadt Berlin konzentrieren, dagegen nur knapp 5% ihren Weg in die neuen Bundesländer gewagt haben, ergeben sich folglich dann diese Bevölkerungsanteile mit Migrationshintergrund: 32% in Berlin, 28% in den alten Bundesländern, dagegen nur 8% in den neuen Bundesländern.

Wenn also gegenwärtig rund ein Viertel der gesamten Wohnbevölkerung Deutschlands einen Migrationshintergrund hat und Deutschland insgesamt somit seine Bevölkerungszahl noch stabilisieren und den fortschreitenden Alterungsprozess seiner Bevölkerung verlangsamen kann, dann haben die neuen Bundesländer jedoch aufgrund ihrer marginalen Zuwanderungsquote ein sehr großes Problem.

Weil nämlich dort Immigranten fortwährend als unwillkommene Zuwanderer diffamiert werden, brauchen sich die neuen Bundesländer dann nicht über die Konsequenz wundern, dass sie sich selbst auf Dauer ins demographische Abseits manövrieren.

Wie kann nun eine frühere und vollendete Bildungsintegration greifen? Die Grundfeste der Bildungsintegration ist die Grundschule, sie ist der Kern, die Wiege der Persönlichkeitsentwicklung, das Fundament im Bildungssystem. Nicht umsonst trägt diese Schulstufe die Bezeichnung Grundschule, ihr Name ist Programm.

Von daher ist dann auch ein Paradigmenwechsel in der öffentlichen Wahrnehmung und Wertschätzung schon lange überfällig. Die Grundschule war erst Ende der 1960er

Jahre aus den unteren Klassen der Volksschule hervorgegangen, bis in die 1920er Jahre gab es dreiklassige Vorschulen zu den mittleren und höheren Schulen, die von Kindern aus höheren Ständen besucht wurden. Immer wieder gab und gibt es vor allem im gymnasialen Spektrum Gedankenspiele, die Einrichtung eigener Vorschulen auszuloten.

Bis heute begleitet die Grundschule das Odium einer Art pflichtiger *Vor*schule für alle Kinder, mit allen Kindern gleich welcher Herkunft, daher nur wohlgeleitet, weil schon nach vier Schuljahren dann endlich das "richtige" Schulleben beginnen kann.

Und damit geht diese latent geringere Wertschätzung der Einrichtung Grundschule einher, die nicht zuletzt auch mit niedrigerer Gehaltsstufe und hohem Frauenanteil beim Lehrpersonal der Grundschulen dem überholten, nach wie vor gesellschaftlich männerdominierten Wechselspiel geschuldet ist.

Die Grundschule muss in jeglicher Weise aufgewertet und besser gestellt werden, sie sollte über eine längere Schulzeit und mehr und besser honoriertes Personal verfügen, um ihren Bildungsauftrag erfüllen zu können.

Daher werden nun mit großer Eindringlichkeit und dem Aufruf zur konsequenten Umsetzung die folgenden fünf Grundforderungen gestellt:

-> 1. Die Einschulung muss (wie in der Schweiz) um wenigstens ein Jahr vorgezogen werden, damit die Grundschullaufbahn mit dem 5. Lebensjahr beginnen kann, um bei allen Kindern gleich welcher Herkunft die Kompetenzunterschiede der Schulfähigkeit in der pflichtigen Schulzeit frühzeitiger erkennen und ausgleichen zu können.

-> 2. Die Grundschullaufbahn muss dann auch - wie in Berlin und Brandenburg und allen anderen europäischen Ländern (außer Österreich) - ausnahmslos um zwei Jahre bis zum 11. Lebensjahr einschließlich verlängert werden, damit die Kompetenzunterschiede auch nachhaltiger ausgeglichen werden können.

-> 3. Jede Grundschule muss als pflichtige Ganztagschule geführt werden, damit der tägliche Unterrichtsablauf entspannter gestaltet jedem Kind gleich welcher Herkunft erzieherisch und motorisch die Vielfalt von Bewegungen, intellektuellen Anregungen und gesunder Ernährung geboten werden kann.

-> 4. In der Eingangsstufe der Grundschule (1. - 3. Jahrgangsstufe der 5-7jährigen Schulkinder) muss jede Grundschulklasse personell von zwei Fachkräften im Tandem als vertraute Bezugspersonen für den ersten Unterricht und die Betreuung begleitet werden (die zum Schuljahr 2020/21 vorgezogene Maßnahme aus dem "Masterplan Grundschule" des nordrhein-westfälischen Schulministerium, 400 sozialpädagogische Fachkräfte einzustellen, mit dem Ziel, dass zukünftig jede der fast 2.800 Grundschulen in Nordrhein-Westfalen eine solche Fachkraft hat, ist ein erster sehr zagherter Schritt in diese Richtung).

-> 5. Jede Grundschule muss ein vollzeitlich besetztes Sekretariat für das Tagesgeschäft haben; lokale Grundschulverbände müssen zudem eine Verwaltungsfachkraft haben, die für die nichtpädagogischen Schulleitungsaufgaben wie Buchführung, Statistik und Außenkontakte zu Institutionen und Behörden zuständig ist.

Grundsätzlich muss der Schulträger in allen "inneren" und "äußeren" Angelegenheiten seiner Grundschulen letztlich verantwortlich und somit auch weisungsbefugt eingebunden sein, damit das Ziel erreicht wird, dass in seiner Kommune kein Kind mehr aufgrund der sozialräumlichen Herkunft in die Falle ungleicher und somit ungerechter Bildungsperspektiven gerät - unterstützt von einer Schulentwicklungsplanung, die alle relevanten Daten und Fakten der Schulentwicklung aufbereitet.

Darüber hinaus muss bei einer solchen strukturell umfassenden Bildungsreform gewährleistet sein, diese allgemein gültig festzulegen, damit sich nicht mit einer Fortführung alter Strukturen in privaten Schulangeboten eine Parallelgesellschaft im Bildungssystem einschleicht.

Wann immer Veränderungen im Bildungswesen erfolgten und erfolgreich waren, dann waren sie eher von unten vom Problemdruck in den Kommunen angetrieben als von oben in vorausschauender Planung der staatlichen Instanzen in Gang gesetzt.

Somit bleibt schließlich noch die Frage offen, wie kann ein solch anspruchsvolles Programm finanziert werden? Gewohnt, dass die Politik die Notwendigkeit von Investitionen in die Bildung fortwährend betont und den Versprechungen oft nur halbherzige Taten folgen lässt, muss jeder Reformansatz nicht nur Lösungen für die zu optimierenden Veränderungen im Bildungssystem, sondern auch über deren Finanzierung aufzeigen.

Vor dem Hintergrund der sich immer mehr weitenden Diskrepanz zwischen privaten und öffentlichen Ressourcen ist der aktuelle politische Beschluss, ab 2021 auf den Solidaritätszuschlag bei der Steuerzahlung zu verzichten, grundsätzlich als kontraproduktiv zu betrachten.

Denn wenn nicht dann doch gerade für den in seiner gesellschaftlichen Wertschätzung bisher pekuniär vernachlässigten Bildungsbereich wäre ein gezielter Solidaritätszuschlag ein Segen. Ein solcher Bildungssolidaritätszuschlag würde sicherlich auch von allen Teilen der Gesellschaft - auch mit dem aktuellen Erkenntnisgewinn über die Leistung der Schule nach den eigenen Erfahrungen mit der Heimbeschulung in der Coronavirus-Krise - akzeptiert und mitgetragen werden.

Und dieser Bildungssolidaritätszuschlag sollte dann vor allem den vielen beschriebenen notwendigen Investitionen im Grundschulbereich vorbehalten sein; wenn nicht gerade jetzt nach der Offenlegung der Schwachstellen in unserem Gesellschafts- und Bildungssystem im Laufe der Coronavirus-Pandemie ist hier die Zeit für eine grundlegende rigorose Bildungsreform gekommen.

Eine solche Bildungsreform würde - ausgehend von einem reformierten Grundschulbereich - den Schulraumbestand des gesamten Bildungssystems erfassen, weil sie eben auch angemessen nicht nur personell, sondern nicht zuletzt auch räumlich zu begleiten wäre; wenn die Grundschule auf sieben Jahrgänge erweitert wird, wäre zwar einerseits der Kita-Bereich um einen Jahrgang und der Sekundarbereich um zwei Jahrgänge räumlich entlastet, andererseits müsste der Raumbestand der Grundschulen faktisch für drei zusätzliche Jahrgänge erweitert werden - am besten für die besonderen räumlichen Belange der Eingangsstufe der Grundschule (1. - 3. Jahrgang).

Eine intelligente Schulraumnutzungsplanung, die den gesamten Schulraumbestand in einer Kommune erfasst und überprüft, könnte hier sicherlich nicht generell, aber doch die eine oder andere kostengünstige Lösung finden.

Abschließend sollte ein nicht unwesentlicher Punkt nochmals angesprochen werden. Es war schon zuvor vom Terminus "Brennpunktschule" und einem damit im Grunde leichtfertigen Umgang einer Stigmatisierung die Rede.

In ersten zaghaften Reaktionen auf die Erkenntnis von ungleichen Bildungschancen erhoffen sich hier nun einzelne Bundesländer zur standortbezogenen Unterstützung der Schulen in sozialräumlichen "Brennpunkten" eine Abhilfe mit dem Einsatz von Sozialindices.

Die Ursachen und Ausprägungen sozialräumlicher Ungleichheit aufzuspüren und offenzulegen ist sinnvoll und auch notwendig, und dies sollte die Schulentwicklungsplanung auch gutachterlich für den Schulträger ständig überprüfen und aktualisieren. Aber die bildungspolitischen Schlussfolgerungen sollten dabei nicht einmal im Ansatz zu einer gesellschaftspolitischen Polarisierung führen, denn die Anwendung von Sozialindices könnte bedenklich, wenn nicht sogar riskant sein, weil sich die Gesellschaft aufgrund der vielfältigen sozialen Ungleichheitsebenen dabei allzu schnell polarisieren lassen würde.

Das Problem ist und bleibt ein grundsätzliches, weil es eben nicht reicht, einzelne extreme "Brennpunkte zu löschen", sondern erwartet werden kann und muss, dass alle Grundschulen so aufgewertet und gestärkt sein werden, dass sie auch die vielfältigen sozialräumlichen Unterschiede erfolgreich auffangen können.

Da sind dann nämlich keine außergewöhnlichen Notfälle abzarbeiten, denn das ist in einer offenen und pluralistischen Gesellschaft nun mal so, dass die Auseinandersetzung mit sozialräumlichen Unterschieden eben der Normalfall ist, auf den alle Institutionen und Akteure professionell vorbereitet und eingestellt sein müssen.

Anhang: Anleitung zum Verständnis

Die Erinnerung an das Versagen des Bildungssystems und die Verdrängung dieser besonders folgenreichen gesellschaftlichen Verirrung versteht sich als eine Anklage und ein Aufruf zugleich und will dazu beitragen, etwas erkenntnisreicher und zuversichtlicher in die Zukunft des Bildungswesens blicken zu können.

Die Erinnerung hat sich mit zwei grundsätzlichen Fragen an das Bildungswesen beschäftigt, nämlich der nach der Bildungsteilhabe im Schatten der sozialen Ungleichheit und der nach den Wegen der Bildungsvermittlung - und aus aktuellem Anlass zugleich auch noch mit der Frage nach den Folgen der Pandemie, die das gesamte gesellschaftliche Leben und damit eben auch das Bildungswesen auf eine einschneidende Probe stellt.

Der Untersuchungsgegenstand der sozialen Ungleichheit kann nun im folgenden auszugsweise und kommentierend noch mit einigen aktuellen bundesweiten Befunden ergänzt werden, die die Herkunft und beruflichen Beschäftigungsverhältnisse der Bürger mit einem Migrationshintergrund, die Folgen der Coronavirus-Pandemie für Schulunterricht und -bildung, die grundsätzlichen Fragen von Bildungserwerb und Bildungsbesitz, die Merkmale und gesellschaftlichen Konsequenzen von Bildung und Unbildung sowie schließlich die empörend fortwährende gesellschaftliche Diskriminierung im digitalen Zeitalter des Algorithmus beleuchten.

Wer sind sie, die Immigranten?

Da ist zunächst die Frage: Wo kommen die Immigranten her und wo sind sie im deutschen Gesellschaftsgefüge angekommen? Das Statistische Bundesamt hat hierzu auf der Basis des Mikrozensus der Bevölkerung 2019 in Privathaushalten nach Migrationsstatus (eine Person hat nach der verwendeten Definition einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde) aktuelle Datenhinweise veröffentlicht:

- Im Jahr 2019 hat mit 21,2 Millionen Menschen jeder Vierte (26%) der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund; der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr beträgt 2,1%, im Zeitvergleich seit 2011 der schwächste prozentuale Anstieg.

- Gut die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (11,1 Millionen Menschen) besitzt die deutsche und knapp die andere Hälfte eine ausländische Staatsangehörigkeit (10,1 Millionen Menschen); dabei ist die überwiegende Mehrheit (85%) der ausländischen Bevölkerung mit Migrationshintergrund selbst zugewandert, bei den Deutschen mit Migrationshintergrund sind es nur 46%, also Nachkommen von Zuwanderern.

- Knapp zwei Drittel (65%) aller Personen mit Migrationshintergrund sind aus europäischen Ländern Eingewanderte und ihre Nachkommen, dies sind 13,8 Millionen Menschen, von denen 7,5 Millionen Menschen Wurzeln in anderen EU-Mitgliedsstaaten haben; 3,2 Millionen Eingewanderte und ihre Nachkommen kommen aus dem Nahen und Mittleren Osten, 1,4 Millionen aus anderen asiatischen Ländern, 1,0 Millionen aus Afrika und 0,6 Millionen aus Amerika und Australien - die wichtigsten Herkunftsländer

sind nach wie vor Türkei (13%), Polen (11%) und die Russische Föderation (7%).

Viele Berufe sind in der Corona-Krise verstärkt in das Interesse der Öffentlichkeit gerückt und gelten nicht nur, aber vor allem in Krisenzeiten als besonders wichtig und in einigen dieser Berufe arbeiten besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund: 55% aller Beschäftigten in Reinigungsberufen haben einen Migrationshintergrund, jeweils 38% in der Lagerwirtschaft (inklusive Post und Zustellung sowie Güterumschlag) und in der Lebensmittel- und Genussmittelherstellung, 30% in der Altenpflege, 28% im Verkauf von Lebensmitteln. Unterrepräsentiert sind dagegen Beschäftigte mit Migrationshintergrund zum Beispiel in medizinischen Gesundheitsberufen (21%), in der Lehrtätigkeit an allgemeinbildenden Schulen (11%) und im Polizeivollzugs- und Kriminaldienst sowie Gerichts- und Justizvollzug (7%) - (Quelle: Destatis Pressemitteilung Nr. 279 vom 28. Juli 2020).

Die ausgewiesenen Beschäftigungsstrukturen zeigen eines sehr deutlich, dass die Beschäftigten mit Migrationshintergrund größtenteils im Niedriglohnsektor und dort in Bereichen arbeiten, die oft von außergewöhnlichen Arbeitszeiten bestimmt sind. Beides ist für die schulische Verlässlichkeit auf elterliche Behütung und Betreuung von Schulkindern, insbesondere den jüngsten verhängnisvoll.

Von daher muss der Schulbetrieb, der traditionell auf die Assistenz und das Bestreben eines Bildungsbürgertums und seiner Kompetenzen vertraut, völlig versagen, wenn es gelten soll, jedem Kind die gleichen Bildungschancen zu ermöglichen. Die Zeiten haben sich schon lange geändert und mit ihnen die gesellschaftlichen Strukturen und Bedürfnisse, nur eben die Schule immer noch nicht.

Geschichte wiederholt sich stets, manchesmal in einem anders gefärbten Kleid, aber immer im selben Zuschnitt. Unter den Alten von heute waren auch die Kinder von wenig begüterten Zugewanderten und Vertriebenen von damals, mißtrauisch beäugt in der neuen Heimat, oft als Fremde behandelt und zurückgewiesen.

Aber sie haben es vergessen, weil sie heute Teil dieser Gesellschaft geworden sind - und das ist gut so. Nur dass sie sich heute dann stets wieder so verhalten wie diejenigen, deren Ablehnung sie als Kinder der Neuankömmlinge erlebt und ausgesetzt waren.

Es scheint der Gang der Geschichte zu sein, dass vieles irgendwann einmal dann doch zu einem verträglichen Ende führen kann, aber ist der Mensch nicht endlich einmal einsichtig und fähig, aus seiner eigenen Geschichte zu lernen und dieses verträgliche Ende an den Anfang des stets neu gefügten Zusammenlebens zu setzen?

Bildung in der Coronakrise

"Im März wurden in Deutschland quasi über Nacht die Schulen für Wochen geschlossen. Lehrer standen plötzlich vor der Frage, wie sie die Schüler unterrichten sollten. Eltern wussten nicht, wie sie ihre Kinder betreuen sollten. Und Schüler wussten nicht, wohin mit sich.

Nun hat das ifo-Institut eine Studie veröffentlicht, die erste Informationen darüber gibt, wie viel Zeit Schüler ins Lernen investiert haben - und womit sie sich sonst beschäftigten. Die Ergebnisse aus einer Befragung von 1100 Eltern zeigen, wie stark die Schulschließungen sich auf das Lernen der Kinder ausgewirkt haben.

Demnach fand kaum Oneline-Unterricht statt, Lehrer riefen ihre Schüler nur selten an und sie griffen vor allem

auf Arbeitsblätter zurück, um ihnen etwas beizubringen. Doch nicht alle Schüler erhielten eine Rückmeldung zu den eingereichten Aufgaben. Besonders gelitten haben leistungsschwache Schüler.

Schüler haben laut der befragten Eltern in der Zeit der Schulschließungen durchschnittlich rund dreieinhalb Stunden mit schulischen Aktivitäten verbracht... Zuvor beschäftigten sich die Schüler der Umfrage zufolge durchschnittlich fast siebeneinhalb Stunden pro Tag mit schulischen Aktivitäten; knapp sechs Stunden besuchten sie die Schule und eineinhalb Stunden lernten sie (zu Hause).

Damit hat sich die Zeit, in der Schüler sich Wissen aneignen, mehr als halbiert... Mädchen haben laut der Studie eine halbe Stunde am Tag mehr gelernt als Jungen (Anmerkung: In vielen anderen Ländern haben die coronabedingten Schulschließungen dazu geführt, dass Mädchen daheim weniger lernen konnten, weil sie im Haushalt helfen mussten!).

Große Unterschiede konnten die Forscher zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Schülern ausmachen: Die Schulschließungen haben schwache Schüler besonders hart getroffen. Sie reduzierten ihre schulischen Aktivitäten um mehr als vier Stunden am Tag und beschäftigten sich mehr als sechs Stunden mit dem Fernseher, Computer- und Handyspielen sowie mit sozialen Medien.

Während der Coronazeit verbrachten leistungsschwächere Schüler rund eine halbe Stunde weniger mit schulischen Aktivitäten als leistungsstärkere Schüler. Die Coronakrise hat demnach die Bildungsungleichheit weiter verschärft" (Kristin Haug: Lernen fällt flach, www.spiegel.de/panorama/bildung/corona-krise, 05.08.20).

"Am Anfang war das gedruckte Wort"

Da ist dann auch die Frage: Auf welchen Geleisen kann Bildung nachhaltig vermittelt werden und welche sind denn die Grundfesten von Bildungserwerb und Bildungsbesitz? Wenn die Alten in den Zeitläuften von gesellschaftlichen Veränderungen den Werdegang der nachwachsenden Jugend beobachten und beurteilen, mischen sich oft kulturpessimistische Untertöne und Befürchtungen ein; das ist im Ansatz nachvollziehbar und so manchesmal auch nicht unberechtigt. Das Dilemma bei der gegenwärtigen Bildungsentwicklung und -vermittlung wird dabei wie folgt beschrieben:

"Die Katastrophe ist schon da. Wir sind ein Land der Lesemuffel. Mehr als ein Fünftel der Neuntklässler können geschriebene Texte (ganz egal, ob auf Papier oder Bildschirm) nur noch auf Grundschulniveau verstehen. Ein Hilferuf.

Leonie ist 15. Ihr Smartphone trägt sie täglich am Körper. Nachts liegt es neben ihrem Bett. Auf dem Gerät treffen vorwiegend Kurzmeldungen ein... Wenn Leonie 30 sein wird, wird ihr Problem mit dem Lesen etwas längerer Texte vermutlich immer noch vorhanden sein. Wie ist Leonie dann bisher durch ihr Leben gekommen? Was hat sie gelernt? Hat sie die Fertigkeit des Lernens bis dahin trainiert? Kann sie Inhalte aufnehmen? Würde sie ein Buch von 300 Seiten lesen können?

Vermutlich wird Leonie weiter zur Mehrheit der lese-schwachen Mitmenschen gehören, in den neunten Klassen der Schulen sind es bereits 21 Prozent. Zu denen, die noch im Alter von 15 Jahren nicht einmal Texte auf Grundschulniveau verstehen können. Die Konsequenz: Sie nehmen Politik nur in knalligen Losungen wahr - also sind sie

verführbar. Sie können Begründungen von Thesen nicht sinnentnehmend erfassen - also denken sie nicht darüber nach. Und die Literatur bleibt ihnen verschlossen - also entgehen ihnen großartige Geschichten. Auch das Zeitungsterben wird forciert werden. Viele junge Leute können einen Artikel von etwa 4000 Zeichen Länge (einen wie diesen hier) nicht mehr erfassen.

Anja Karliczek, Bundesministerin für Bildung und Forschung (CDU) verkündete nach der im Dezember veröffentlichten Pisa-Studie, der diese erschreckenden Zahlen zu entnehmen sind: 'Wir brauchen einen Aufbruch in der Bildungspolitik.' Dann verwies sie auf den 'Digital(!)pakt Schule', mit dem die föderale Struktur des Bildungswesens länderübergreifend entwickelt werden soll. Aber wird es heutigen Schülern morgen helfen, wenn sie nur Audio- und Videodateien erfassen können - und Geschriebenes ihnen dauerhaft fremd bleibt?

Das Lesen, eine der ältesten Kulturtechniken der Menschheit, ist in akuter Gefahr, mehr und mehr verloren zu gehen. Jeder fünfte 15-jährige Schüler kann nicht mehr lesen, bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund sogar jeder dritte. Deutsche Schüler lesen sehr viel schlechter als ihre gleichaltrigen Zeitgenossen in Estland, Finnland oder Kanada. Jungen haben mehr rudimentäre Leseschwächen, bei Mädchen ist der Anteil seit 2015 gleich geblieben. Diese Schüler können nur einfache Sätze verstehen und damit nur vermindert Informationen aufnehmen.

Zu Beginn der 2020er Jahre erklärt Ludger Schuknecht, Mitarbeiter der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): 'Menschen mit niedrigen Basiskompetenzen laufen heute mehr denn je Gefahr, ausgegrenzt zu werden.' Die zukünftigen Mitglieder der modernen Informationsgesellschaft brauchen

vielleicht nicht mehr Romane (kaum vorstellbar, weil Menschen ohne Erzählungen unglaublich viel an Lebenserkenntnis entgeht), aber sie müssen zum Beispiel in der Lage sein, die Mitteilung einer Behörde in üblicher Länge lesen zu können. Das ist bei immer mehr Mitmenschen in Frage gestellt. Weil sie bildungsunfähig sind. Wer keine Texte lesen kann, weiß weniger, ist also benachteiligt. Diese Aussicht müsste hierzulande sämtliche Alarmglocken schrillen lassen. Viele Kinder werden in Zukunft auf der Strecke bleiben.

Schon Ende 2018 übergab der Börsenverein des Deutschen Buchhandels der Politik seine Hamburger Erklärung zur Leseförderung. Ihr Kernsatz: Jedes Kind muss lesen lernen. Das ging damals aus von der Bildungsstudie 'Iglu': Sie ergab, dass ein Fünftel der Zehnjährigen nicht textbegreifend lesen können. 110 000 Experten haben die Erklärung damals unterzeichnet. Geschehen ist seither: nichts.

Heute wissen wir: Kinderbücher - und erst recht die Werke der Hochliteratur - werden von vielen deutschen Schülern als Zeitverschwendung empfunden. Die Katastrophe erwartet unsere Gesellschaft nicht erst in der Zukunft. Die Katastrophe ist schon da" (Roland Mischke, General-Anzeiger, Bonn 22.02.2020).

Und ergänzend sei dann auch noch Walter Mayr, Italienkorrespondent des SPIEGEL zitiert (Der gefesselte Riese - Reise durch ein widersprüchliches Land, SPIEGEL Nr. 8, 15.2.2020): "Und so versucht Raimo, wenn er nicht gerade auf Podien im ganzen Land vor 'ewigem Faschismus' und vor 'Stammtischschwätzern' wie Salvini warnt, nun ganz unten, an der Basis, wieder die Immunkräfte zu stärken - durch regelmäßige Kulturinfusion. 'Grande come una città' - Groß wie eine Stadt - heißt seine Programmreihe, und

groß ist dabei nicht nur das Spektrum: Lesungen, Konzerte, Filme. Sondern auch der Publikumsandrang. Es geht um 'Pädagogik unter freiem Himmel', sagt Raimo. Im Angesicht des 'Masseninfantilismus', der Italien infiziert habe, das Land Dantes, in dem immer weniger gelesen wird, gebe es nur zwei mögliche Standpunkte, das Motto 'Io me ne frego' - was juckt's mich - oder 'Mi impiccio', ich mische mich ein. Raimo hat sich entschieden."

Da sind zum einen die Befürchtungen von Unbildung und Versagen der Bildungsvermittlung, die ihren Anfang nehmen in dem Unvermögen, den Zwiespalt zwischen sozialer Ungleichheit und gleichen Bildungschancen zu überwinden. Und in diesem Zwiespalt ist hier die Schule unverändert hilflos gefangen. Denn die folgende Einschätzung der Schulentwicklung in Deutschland ist nach wie vor zutreffend: "Es gibt außerhalb des Vatikans kaum eine Institution, die sich so langsam wandelt wie Schule... Auch die so hochgelobten skandinavischen Schulsysteme haben viele Jahrzehnte gebraucht, um sich zu dem zu entwickeln, was sie heute sind. Kaum ein Eingriff in das Schulsystem ist an sich falsch oder richtig. Wir können nur sagen, er hat dieses Potenzial und jene Risiken. Aber mit einer solchen Offenheit lässt sich in Deutschland keine Politik machen. Da ist die vermeintlich schnelle Lösung gefragt. Daher bastelt man ständig an den Strukturen herum, statt mit langem Atem den Unterricht zu verbessern" (Hans Brügelmann: Die ideale Schule, GEO WISSEN Nr. 44 - 11/09).

Zum anderen lohnt es sich, in die komplexe Welt der Kinder einzutauchen - so wie der Kinder-Medien-Monitor 2020, einer vom SPIEGEL (und Partnern) durchgeführten Studie bei 4- bis 13-Jährigen in Deutschland: "Obwohl

heutige Kinder eigentlich Digital Natives sind, die in eine digitale Welt hineingeboren wurden, nutzen sie in überraschend großem Umfang klassische Medien. 73 Prozent lesen Bücher, Zeitschriften und Comics auf Papier; elektronische Endgeräte und Lesemedien spielen in keinem Alter eine Rolle. Vier Mediennutzungstypen unter den befragten Kindern wurden identifiziert:

- Als die Klassischen werden diejenigen Kinder bezeichnet, deren Medienutzung sehr analog ist; ihr Fokus beim Medienkonsum liegt ganz klar auf dem laufenden Fernseh- und Radioprogramm, gelesen wird fast ausschließlich von Papier. Als einzige Gruppe schreiben sie noch Briefe und Postkarten, digitale Kanäle werden weit unterdurchschnittlich zur Kommunikation genutzt. Die Klassischen bilden mit 45 Prozent die mit Abstand größte Gruppe, Durchschnittsalter: 9,3 Jahre.

- 22 Prozent der Kinder werden zur Gruppe der Zurückhaltenden gezählt; mit einem Durchschnittsalter von knapp neun Jahren sind sie die jüngste Gruppe. Lineares TV und Zeitschriften sind in dieser Gruppe die Medien der Wahl, insgesamt sind die Mediennutzung und das Kommunikationsverhalten über alle Kanäle hinweg allerdings weit unterdurchschnittlich. Bei den Eltern dieser Kinder gibt es eine vergleichsweise geringe Medienakzeptanz.

- Jedes fünfte Kind (19 Prozent) gehört zur Gruppe der Multis. Damit werden die Kinder bezeichnet, die besonders viel kommunizieren; sie sind ständig auf sämtlichen Medienplattformen und -kanälen unterwegs und kommunizieren überdurchschnittlich stark über alle verfügbaren Kommunikationskanäle und -Apps. Multis sind im Schnitt zehn Jahre alt.

- Mit 14 Prozent machen die Streamer die kleinste Gruppe der Mediennutzungstypen aus - und die älteste, sie

sind im Schnitt elf Jahre alt und bewegen sich mit Leidenschaft und Ausdauer in der digitalen Welt, in Streaming- und Videodiensten. Wie kein Typ sonst nutzen die Streamer alle möglichen digitalen Kommunikationskanäle und -Apps; Lesen nimmt eine untergeordnete Rolle ein" (Armin Himmelrath: Am Anfang war das gedruckte Wort, www.spiegel.de/panorama/bildung/mediennutzung-bei-kindern, 28.07.20).

Mit diesen vier Mediennutzungstypen wird ein Kaleidoskop der Stufen von kindlichem Bildungserwerb und Bildungsbesitz vermittelt - sowohl hinsichtlich der Vielfalt als auch der sicherlich altersbezogenen Präferenzen der Mediennutzungsmöglichkeiten. Zugleich ließe sich dabei aber auch trefflich der ewige Diskurs über das Merkmal Bildung an sich fortsetzen.

Die befragten 4- bis 13-jährigen Kinder befinden sich größtenteils im Grundschulalter und damit im Fokus dieser Untersuchung und könnten somit nach ihrer beschriebenen Mediennutzungstypisierung dann den drei folgenden Gruppen zugeordnet werden:

- Die in der Tradition eines Bildungsbürgertums fortlebenden Kinder (45%), die Schrift und Sinn des gedruckten Textes im pädagogischen Umfeld der Grundschulzeit erlernen wollen und damit problemlos ihren Bildungsstand entwickeln und erweitern werden;

- die digitalen Zappelphilippe (33%), die aktiv wie passiv überfüttert mit Mediennutzungsmöglichkeiten eine pädagogische Begleitung in der Grundschulzeit brauchen, um überhaupt erst das Erlebnis der Ruhe und des befriedigenden Erfolges des Lesens kennen lernen zu können;

- die abseits stehenden Kinder (22%) mit unterdurchschnittlicher Teilhabe an der Mediennutzung und gerin-

gem Kommunikationsverhalten (was wohl auch auf deren Eltern zutrifft), die deshalb eine besondere pädagogische Zuwendung in der Grundschulzeit benötigen, damit sie den schulischen Anschluss erreichen und nicht auf einem Bildungsabstellgleis landen (auch wenn hier ein Zusammenhang nur im ungefähren zutreffen mag, so sei doch daran erinnert, dass ein Viertel (26%) der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund hat).

Bildung ist Sammeln und reflektierendes Speichern von Wissen, Bildungserwerb ist Stufe für Stufe den Olymp des Wissenskanons erklimmen und verstehen - und das Medium des gedruckten Wortes ist dabei schon immer überaus hilfreich gewesen.

Nun gibt es Zeitgenossen, die meinen, zum Olymp mithilfe eines Treppenliftes gelangen zu können, schnell und mühelos ohne reflektierendes Speichern von Wissen, weil Wissen jederzeit über die digitalen Medien verführerisch einfach abrufbar ist - ohne zu begreifen, dass es einen evidenten Unterschied ausmacht, Informationen mit dem eigenen gespeicherten Wissen überprüfen zu können oder diese wenn überhaupt fremdbestimmt zufälligen medialen Prüfkriterien zu überlassen.

Es ist die Frage nach der Standhaftigkeit aufgeklärten Wissens oder der Flatterhaftigkeit einer Pseudowissenspräsenz, verführbar in zweifacher Hinsicht, nämlich nicht nur durch ungefilterte Informationsfluten, sondern auch durch die ungebremste Vereinnahmung des Individuums selbst als Medium ökonomischer Interessen - schlussendlich ist es die Frage nach Bildung und Unbildung.

Mit der Frage nach den Merkmalen und gesellschaftlichen Konsequenzen von Bildung und Unbildung wollte diese

Untersuchung zunächst ihren Abschluss finden, wenn nicht zu guter Letzt noch die beiden folgenden Fundstellen überzeugt hätten, auch diese zu dokumentieren und damit in einem weiteren zeitkritischen Schritt Aspekte einer Relevanz von Bildung und Unbildung aufzuzeigen.

"Die Irrtümer der Wissensgesellschaft"

"Wissen und Bildung sind, so heißt es, die wichtigsten Ressourcen im rohstoffarmen Europa. Und es könnte so scheinen, als ob der vermeintliche Traum der Aufklärung vom umfassend gebildeten Menschen in einer rundum informierten Gesellschaft endlich Realität werde.

Ein Irrtum, so der Wiener Philosoph Konrad Paul Liessmann in seinem Buch (Liessmann, K.P.: Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft. Zsolnay, Wien), denn die gegenwärtige Situation ist höchst ernüchternd: Vieles von dem, was unter dem Titel Wissensgesellschaft propagiert und proklamiert wird, erweist sich bei genauerem Hinsehen als eine rhetorische Geste, die weniger einer Idee von Bildung als handfesten politischen und ökonomischen Interessen geschuldet ist. Die Reformen des Bildungswesens zielen auf eine Industrialisierung und Ökonomisierung des Wissens ab, womit die Vorstellungen klassischer Bildungstheorien geradezu in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Bei allem, was Menschen heute wissen müssen und wissen können (und das ist nicht wenig) fehlt diesem Wissen die synthetisierende Kraft. Es bleibt, was es sein soll: Stückwerk - rasch herstellbar, schnell anzueignen und leicht wieder zu vergessen. Bildung erscheint deshalb heute, so die These von Liessmann, als Erscheinungsform von Unbildung. Unbildung meint dabei den durchaus intensi-

ven Umgang mit Wissen jenseits der Idee von Bildung. Sie ist unser aller Schicksal, weil sie die notwendige Konsequenz der Kapitalisierung des Geistes ist...

Für Liessmann gehört es zu den Paradoxa der Wissensgesellschaft, dass in ihr niemand mehr lernt, um etwas zu wissen, sondern um des Lernens selbst willen. Denn alles Wissen, ausgerechnet das Credo der Wissensgesellschaft, veraltet rasch und verliert seinen Wert... Wissen bedeutet immer, eine Antwort auf die Frage geben zu können, was und warum etwas ist. Wissen kann deshalb nicht konsumiert werden, Bildungsstätten können keine Dienstleistungsunternehmen sein, und die Aneignung von Wissen kann nicht spielerisch erfolgen, weil es ohne die Mühe des Denkens schlicht und einfach nicht geht.

Von der Utopie eines freien und individuellen Zugangs zu den Ressourcen des Wissens ist nicht viel mehr als die Ideologie des lebenslangen Lernens geblieben. Liessmann sieht dahinter ein Instrument, mit dem jederzeit eine Anpassungsleistung an die real existierenden Eigentumsverhältnisse verlangt werden kann. Die Ideologie des lebenslangen Lernens hat das Mittel selbst zum Ziel erklärt...

Nicht um Bildung geht es dabei, sondern um ein Wissen, das wie ein Rohstoff produziert, gehandelt, gekauft und gemanagt und entsorgt werden soll. Und während Wissen als die sich rasch vermehrende Ressource der Zukunft verkauft wird, nimmt das allgemeine Wissen in atemberaubendem Tempo ab. Die Bildungslücken der sogenannten politischen Eliten bei einfachsten historischen oder kulturgeschichtlichen Fragen sind eklatant, und im Triumph des Meinungsjournalismus sieht Liessmann die Kehrseite der Tatsache, dass niemand mehr etwas weiß. "Bildung" ist in der Wissens- und Informationsgesellschaft

zu einem diffusen Begriff geworden, mit dem der Erwerb und die Vermittlung unterschiedlicher Kenntnisse und Qualifikationen ebenso benannt werden können wie die dazugehörigen Institutionen und Verfahren...

Liessmann beschreibt den Stand der Bildungspolitik in einem Satz: Sie erschöpft sich im Schielen auf die Ranglisten. Die geradezu neurotische Fixierung auf Ranglisten aller Art interpretiert er als Rache der modernen Mediengesellschaft an den egalitären Prinzipien der Demokratie. Und als sinnfälligstes Beispiel des Ersetzens des Denkens durch das Abzählen einer Rangliste nennt er PISA. 'Ehrgeiz', schrieb Wittgenstein, 'ist der Tod des Denkens'.

Durch den Verweis auf einen Ranglistenplatz, den man verfehlt hat oder den man erreichen möchte, erübrigt sich in der Regel jedes weitere Argument. Wer sich mit dem Satz 'Ich sage nur PISA!' jeder Diskussion zu entziehen vermag, hätte sich in einer Welt, die sich nur einen Funken Reflexionsvermögen bewahrt hat, hoffnungslos blamiert. Heute gilt er als Experte. Und je mehr an einer Universität oder Schule von Qualitätssicherung die Rede ist, desto weniger geht es um Qualitäten, sondern einzig darum, Qualitäten in Quantitäten aufzulösen. Liessmann sieht Rankings als ziemlich primitive, aber höchst wirksame Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen, die dem Bildungsbereich noch das letzte Quentchen Freiheit austreiben sollen, das ihm als Relikt humanistischer Ideale geblieben ist...

Die flächendeckende Einführung berufsorientierter Kurzstudien wird das Bild der Universität nachhaltiger verändern als alle anderen Reformen zuvor. Polemisch ausgedrückt: Der Bachelor ist der Studienabschluss für Studienabbrecher. Wer bislang mangels Qualifikation an einer Diplomarbeit scheiterte, wird nun zum Akademiker

befördert. Kurzstudien, die entsprechend strukturiert, normiert und verschult sein werden, werden mittelfristig aus Universitäten Fachhochschulen werden lassen... Man könnte, spottet Liessmann, zu dem Schluss kommen, die modernen Universitäten kennten nur einen wirklichen Feind: den unabhängig forschenden Geist, der sich ihren Vorstellungen von strukturierter und kontrollierter Wissenschaft entzieht" (www.information-philosophie.de/bildung, 05.08.20).

"Vom Algorithmus vergessen"

"Die IT-Branche ist überwiegend weiß und männlich. Das führt häufig dazu, dass Software Vorurteile reproduziert.

... Laut einer Bitkom-Studie von 2019 stammt nur jede siebte Bewerbung auf eine Stelle für IT-Spezialisten von einer Frau. Der Anteil von Frauen in der Techbranche lag 2020 laut Eurostat nur bei gut 17 Prozent.

...'Der Fokus auf Frauen ist viel zu eindimensional gedacht und sorgt nur für weitere Ausschlüsse', sagt Mina Saidze. Sie wünscht sich, dass auch Menschen mit Migrationshintergrund und People of Color stärker einbezogen werden. Deshalb hat Saidze "Inclusiv Tech" gegründet, eine Lobby- und Beratungsorganisation, die sich für mehr Diversität in der Techindustrie einsetzt.

Mina Saidze musste in ihrem Leben mehrmals Grenzen überwinden. Die Tochter politischer Aktivisten aus Afghanistan war schon in der Schule eines der wenigen Kinder mit Migrationsgeschichte. Sie erfuhr Diskriminierung, wurde gemobbt, aber entwickelte die Kraft, sich durchzusetzen. In der Schule programmierte sie zum ersten Mal einen Code. Später, neben ihrem VWL-Studium,

brachte sie sich selbst Programmiersprachen wie Python oder SQL bei.

'Die Entwicklung von Software und Algorithmen kann echte Konsequenzen für unterrepräsentierte Gruppen haben', sagt Saidze. Die künstliche Intelligenz (KI) könne frauenfeindlich oder rassistisch sein, wenn der Algorithmus nicht diskriminierungsfrei trainiert werde. Wenn nur junge, weiße Männer an der Entwicklung beteiligt seien, könne etwa eine Recruiting-Software Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund ausfiltern.

Das betrifft auch Suchmaschinen. Bei Google Bilder sind Frauen in den Suchergebnissen für vermeintlich männerdominierte Berufe unterrepräsentiert oder stereotyp dargestellt. Das ist keine böse Absicht, sondern liegt an den vorhandenen Daten aus dem Internet. Doch auch hier kommt es auf die Algorithmen an - und auf diejenigen, die sie programmieren.

Algorithmen lernen aus Beispieldaten, erläutert Vanessa Cann, Geschäftsführerin des KI-Bundesverbandes. 'Werden Daten nicht repräsentativ ausgewählt, kann es zu Verzerrungen in den Datensätzen und dadurch auch in den Ergebnissen kommen', sagt Cann. Diverse Teams würden diskriminierende Datensätze leichter erkennen. Canns Einschätzung macht deutlich: Ihre Branche hat ein Gerechtigkeitsproblem." (www.spiegel.de/politik/diversitaet-in-der-tech-branche-vom-algorithmus-vergessen, 30.09.21).

- Nachgedanken -

In dem Wortspiel Nachgedanken/Nachdenken sollen die Schlussfolgerungen aus der das Versagen des deutschen Bildungssystems beschreibenden gesellschaftlichen Verirrung in das weite Spannungsfeld von Kapitalismus, Religion und sozialer Ungleichheit eingebettet werden, um letztlich zu den aktuellen globalen Problemen der Klima- und Ungleichheitskrise und dem Bestreben nach gemeinsamen Lösungsansätzen zu führen.

Soziale Ungleichheit begleitet die Menschheit seit Anbeginn, immer wieder werden Kinder aufs Neue in unterschiedliche Milieus hineingeboren und wachsen dann entweder milieugestärkt oder milieugeschädigt heran; da gibt es in der Regel kaum ein Entrinnen. Und stets sind Religionen systemerhaltend beteiligt, weil sie Manna predigen und die Herrschaftsverhältnisse schützend preisen.

Diesen Religionen ist es auch zu verdanken, dass bis auf den heutigen Tag in allen Gesellschaften Blendwerke wie Gotteslohn und Almosen das ökonomische Gefüge von Arbeitsleistung und Entlohnung beschwichtigend begleitet haben. Das nahm seinen Anfang mit dem in den Religionen überlieferten Rollenbild von der altruistisch dienenden Frau und setzt sich fort mit dem gedankenlosen Beifallklatschen in der Coronavirus-Pandemie für das folglich traditionell gering entlohnte Pflegepersonal.

"Die zwei Institutionen Kirche und Karneval haben mich sehr geprägt, und je älter ich wurde, desto mehr merkte ich, dass ich allein aufgrund meines Geschlechts als minderwertiges Mitglied gesehen werde. Das hat mich schon früh wahnsinnig wütend gemacht." (Kabarettistin Carolin Kebekus, General-Anzeiger Bonn , 09.10.21).

Und der Kapitalismus, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit ihrer treibende Kraft des Gewinnstrebens Einzelner, ist auf dem Wege, sich mit seinen historischen Erfahrungen des einvernehmlichen Miteinanders von Kapital und Religion (im marx'schen Sinne als Überbau der auf den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen basierenden Anschauungen der Gesellschaft) zur neuzeitlichen Ersatzreligion zu entfalten. Während die alten Religionen immer sprachloser werden und ihre Kirchgänger verlieren, gewinnt die neue Religion an Fahrt.

Heute sind es die im angelsächsischen Kulturkreis verwurzelten Denkschulen einer weitestgehenden liberalen Wirtschaftsordnung (Milton Friedmann u.a.), auf die sich zumeist dann Länder wie beispielsweise USA, Brasilien und Chile berufen, in denen die Geringschätzung und Ausbeutung von Menschen und Umwelt besonders hemmungs- und rücksichtslos fortschreitet.

Kapitalismus und soziale Ungleichheit bedingen einander wie das Mehr oder Weniger an akkumuliertem Besitz und Einkommen. Doch welche Rolle spielt in diesem sozialen und ökonomischen Geflecht die Bildung?

Einerseits ist Bildungserwerb und Bildungsbesitz seit jeher eng gekoppelt an die ökonomischen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten, die daher immer wieder aufs Neue sozialpolitisch austariert werden müssten.

Andererseits werden spätestens seit der Aufklärung vielleicht auch zu hohe Erwartungen an die Bildung gestellt, die dann zu oft enttäuschend nicht eingelöst werden, weil Bildung wohl doch letztlich auch nur ein formal erworbener Besitz ohne moralischen Wert sein kann; auch Bildung hat Auschwitz nicht verhindert.

Da der Mensch als vernunftbegabtes Wesen gelten will, sollten Bildung und Unbildung besser auf kritische Vernunft und unkritische Unvernunft rekuriert werden. Kritische Vernunft könnte vielleicht verlässlicher die Strategien der schleichenden Kommerzialisierung aller Lebensbereiche durchschauen, die Grenzen zwischen Information und Verführung erkennen und sich indoktrinierender Ideologie widersetzen. Trotzdem sind auch hier die Grenzen zwischen kritischer Vernunft und unkritischer Unvernunft oft fließend und lassen sich nicht immer wie an den beiden Statuspolen Bildung und Unbildung festmachen, denn es sind wohl auch noch andere maßgebende Faktoren wie individuelle Persönlichkeitsentwicklung oder soziokulturell übernommene Orientierung, die die Grenze zwischen den Spannungsfeldern Vernunft und Unvernunft offenlassen.

Unvernunft in den Assoziationsformen Dilettantismus, Dummheit, Ignoranz, Unfähigkeit, Unwissenheit setzt immer niedrigere Messlatten für Konsum und Verkehr und damit Ausbeutung von Mensch und Umwelt ebenso wie deren Vermüllung und Vergiftung in den immer größeren globalen Ausmaßen. Es ist die schiere Unvernunft, die sich mehr und mehr konsumorientiert zu einer fadenscheinigen Lebensqualität hingezogen fühlt, unbeeindruckt von und kaum mehr ansprechbar mit dem Hinweis auf die selbstzerstörerischen Folgen dieses Handelns.

Diese Unvernunft ist - wenn sie sich denn überhaupt in ihrem selbstgefälligen Triumph einer Zurschaustellung von obszöner Omnipotenz auf irgend etwas berufen wollte und könnte - gedanklich schlicht alttestamentarisch stehengeblieben: "Seid fruchtbar und mehrt euch, füllt die Erde und unterwerft sie und waltet über die Fische des Meeres, über die Vögel des Himmels und über alle Tiere, die auf der Erde kriechen" (Genesis 1,28).

Und das sind dann die Folgen: "Durch intensive Landwirtschaft und Entwaldung sterben immer mehr Tierarten aus. Die Geschwindigkeit ist atemberaubend, heisst es im aktuellen Artenschutzbericht der Umweltorganisation WWF... Mehr als zwei Drittel der für den Bericht untersuchten Tierwelt sind in den vergangenen 50 Jahren vom Menschen vernichtet worden... Angesichts der Zahlen fordert der WWF einen Systemwechsel bei der Agrarpolitik, dem Ernährungssystem und den globalen Lieferketten. Zudem müsse bis 2030 ein Drittel der Erde unter Schutz gestellt werden" (www.spiegel.de/wissenschaft, 11.09.20).

Und endlich könnte und sollte sich bei der Bekämpfung der Folgen dieser alltäglichen Unvernunft mit der Verursachungserkenntnis und -ahndung dann auch das Prinzip einer Gerechtigkeit einstellen: "Das reichste Prozent der Weltbevölkerung bläst einer Studie zufolge mehr als doppelt so viele klimaschädliche Kohlendioxid-Emissionen in die Atmosphäre wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammen. Der Bericht konzentriert sich auf die klimapolitisch wichtigen Jahre 1990 bis 2015, in denen sich die Emissionen weltweit verdoppelt haben: Die reichsten zehn Prozent seien in dieser Zeit für über die Hälfte (52 Prozent) des CO₂-Ausstoßes verantwortlich gewesen; das reichste Prozent allein habe 15 Prozent verbraucht, während die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nur für sieben Prozent verantwortlich gewesen sei...

Verantwortlich dafür ist eine Politik, die auf Konsumanreize setzt, immerwährendes Wachstum verspricht und die Welt ökonomisch in Gewinner und Verlierer spaltet...

In Deutschland (sind)... die reichsten zehn Prozent ... für 26 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen im untersuchten Zeitraum verantwortlich. Die ... fünf Mal größere

ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung habe mit 29 Prozent nur etwas mehr verbraucht...

Wir müssen die Klima- und Ungleichheitskrise zusammen lösen" (Ellen Ehmke, Expertin für soziale Ungleichheit bei Oxfam Deutschland, www.spiegel.de/wissenschaft, 21.09.20).

Leichter gesagt als getan, denn eine solche Odyssee dürfte ein schwieriges Unterfangen werden, weil die Menschheit erst lernen muss, den Sirenengesängen des Kapitalismus zwischen Skylla und Charybdis zu widerstehen. Und dies wird eben nicht ohne die Hilfe einer freiwilligen Fesselung am Mastbaum der Einsicht erfolgen können.

Weil aber die Coronavirus-Pandemie eines auch gelehrt hat, dass bei ihrer Bekämpfung auf die Einsicht aller Menschen kein Verlass ist, müssen noch andere Register gezogen werden (so wie Odysseus seinen Gefährten die Ohren mit Wachs verschließen ließ).

Eine Problemlösung für die Krise der sozialen Ungleichheit und zugleich des Klimawandels kann nur dann erreicht werden, wenn es gelingt, die bei der Bekämpfung dieser beiden Krisen jeweils entstehenden kontraproduktiven Effekte zu vermeiden:

Zum einen führt jeglicher Versuch, die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen dahingehend zu verändern, die soziale Ungleichheit einer Gesellschaft einzuebnen, zwangsläufig zu einer höheren gesamtgesellschaftlichen Konsumnachfrage (genauso wie beschrieben die Einebnung ungleicher Bildungschancen den Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen mehr).

Zum anderen bleibt als Grundproblem der Klimakrise die Ohnmacht, der vom Gewinnstreben des Kapitalismus getriebenen Konsumwerbung und dem Konsumdrang des

Konsumenten kaum mehr Grenzen setzen zu können, weil beim Konsumvorgang nicht nur profan Waren bereitgestellt, sondern beim Konsumenten dabei auch noch befriedigend angenehme Gefühlsregungen vermittelt und ausgelöst werden.

Zudem setzt genau an diesem Punkt die neuzeitliche Konsumwerbung an, wenn sie das Glücksgefühl des Erwerbes und des Besitzes für den Konsumenten mit 'Greenwashing' hinterlistig sogar noch überhöht: "Greenwashing oder Greenwash ist eine kritische Bezeichnung für PR-Methoden, die darauf zielen, einem Unternehmen in der Öffentlichkeit ein umweltfreundliches und verantwortungsbewusstes Image zu verleihen, ohne dass es dafür eine hinreichende Grundlage gibt" (Wikipedia).

Für den gut- und leichtgläubigen Konsumenten wird der Sog des kapitalistischen Geschehens immer undurchschaubarer und so reiht er sich dann eben doch lieber in den Strom des zeitgenössischen Verhaltens ein: Mitspielen ohne groß darüber nachzudenken.

Wenn es nicht gelingen will, eine breite Zustimmung für den Kampf gegen den Klimawandel zu gewinnen, um dieser kapitalistischen Hybris gesellschaftlich vereint entgegenzutreten zu können, bliebe auf dem Weg dahin noch der Versuch, wenigstens die Zustimmung für eine Schmähung der Verursacher der Klimakrise zu finden. Und was wäre angesichts des stets präsenten individuellen Strebens nach gesellschaftlicher Anerkennung dann nicht zielführender als eine konsequente gesellschaftliche Ächtung der großen und kleinen Verursacher der Klimakrise?

Aber Unvernunft entzieht sich allzu leichtfüßig einer gesellschaftlichen Ächtung, weil sich der Konsument sein genußvolles Handeln selbst schon schnell als unvernünftig

entschuldigt - 'mal unvernünftig geworden zu sein' erhält zu schnell die Weihe einer Nachsicht. Zur Wirkkraft einer Ächtung bedarf es daher härterer sozialer Sanktionen.

Deshalb könnte hier die semantische Definition von Unbildung letztlich doch hilfreicher sein, denn wer wollte sich schon mit der ehrenrührigen Statuszuschreibung, ungebildet zu sein, konfrontiert sehen?

Auch und gerade eine demokratische Gesellschaft muss sich schützen können gegen Dilettantismus, Dummheit, Ignoranz, Unfähigkeit, Unwissenheit und alle diese Rückständigkeit vereinigenden rechthaberischen, fanatischen und unbelehrbaren Querulanten, deren Anführer sich dann auch noch dummdreist Querdenker nennen.

Das gilt für alle bedrohten Lebensphasen und -bereiche der sich demokratisch entwickelnden Gesellschaft - und das gilt vor allem aktuell bei der Bekämpfung der Pandemie und des Klimawandels. Es sind diese Querulanten mit ihren diffusen Zukunftsängsten, die Zwietracht säen und damit das gesellschaftliche Zusammenleben lähmen und zu zerstören drohen, weil sie sich in ihrem alltäglichen Misstrauen leiten lassen, die vereinbarten Regeln der demokratischen Gesellschaft zu missachten - mit den dann entsprechend verheerenden Folgen in den Zeiten der Pandemie und des Klimawandels.

Schon immer haben Quacksalber und Scharlatane ihr Publikum gefunden, aber dieses hat sich bisher sichtbar zumeist in noch überschaubarer Zahl an Beifallskundgebungen zur Schau gestellt. Heute zeigt sich dieses Publikum mit den neuzeitlichen medialen Möglichkeiten in seiner ganzen Breite, und das erschreckt. Doch schon damals konnte der aufmerksame Beobachter der zwanziger Jahre in Deutschland die Entwicklung bis 1933 fürchten.

Das derzeitige mediale Kommunikationsgeschehen in den vorgeblich sozialen Netzwerken fördert ein Querulantum in zweifacher Hinsicht: Der Wandel des Kommunikationsverhaltens und der Mediennutzung hat dazu geführt, dass verquere persönliche Ansichten und Überzeugungen im Internet sich nicht nur schnell und weit verbreiten, sondern auch noch in ihren Selbstverstärkungseffekten gefährlich eskalieren können.

So wie die genetische Inzucht zu Inzuchtdepressionen führt, die für die Lebenskraft des Individuums schädlich sind, so führt ein gleichsam geistiger Inzuchtschaden zu diesen Blickverengungen und Denkverödungen im sozialen Verhalten - und das umso rascher wie sie sich in den sogenannten sozialen Medien verbreiten.

Und wenn eine ansonsten unverdächtige Tageszeitung in ihrer Analyse der auf den aktuell erneuten breiten Anstieg der Coronavirus-Pandemie reagierenden Bekämpfungsmaßnahmen titelt, "was nach überzogener Machtaneignung von Ministern und Regierungen aussieht, kann die Gesellschaft spalten", dann ist das nicht nur unangemessen, sondern höchst fahrlässig formuliert, weil genau damit die Sprache und die Argumentationslinien des Querulantums bedient werden. Es ist keine Machtaneignung von Ministern und Regierungen, sondern deren Pflicht, sich von dem Faktum der von Experten analysierten Bedrohungen und deren schlussfolgernden Empfehlungen verantwortlich leiten zu lassen, um die notwendigen Schutzmaßnahmen festzulegen - gegen die Pandemie und den querulanten Teil der Bevölkerung.

Zwar lässt sich ein allgemeiner Freiheitsanspruch der Bürger vor Eingriffen des Staates als Grundrecht aus dem Grundgesetz ableiten, aber das Grundgesetz garantiert in

Artikel 2 eben auch das Recht auf körperlichen Schutz: "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit". Insofern sollten doch die staatlichen Instanzen gefordert sein, ohne weitere Diskussion konsequent strafverfolgend aktiv zu werden, um zum einen den einsichtig die gebotenen Schutzmaßnahmen achtenden Teil der Bevölkerung zu schützen und zum anderen auch die das Gebot dieser Schutzmaßnahmen verachtenden Querulanten vor sich selbst zu schützen.

Ob allerdings dabei eine parlamentarische Mitsprache als demokratischer Entscheidungsprozess zielführend sein könnte, weil die öffentliche Debatte zeigt, "dass der Bundestag seine Rolle als Gesetzgeber und öffentliches Forum deutlich machen muss, um den Eindruck zu vermeiden, Pandemiebekämpfung sei ausschließlich Sache von Exekutive und Judikative" (Wolfgang Schäuble, Bundestagspräsident), mag dahingestellt sein.

Einerseits könnten Schutzmaßnahmen, die auch parlamentarisch mitgetragen sind, vielleicht deren Akzeptanz und Umsetzung erleichtern, andererseits wäre dann jedoch zu befürchten, dass sich die Auseinandersetzung mit solchen Reaktionen auf die Pandemie, wie sie im Netz und auf der Straße geführt werden, eben nur in das Parlament verlagern werden. Eine Pandemiebekämpfung - und das betrifft dann in gleicherweise auch den virulenten Notstand des Klimawandels - verlangt schnell wirksames Handeln und keine Debatten.

Daher sei an dieser Stelle nochmals an ein Beispiel für schnelles Handeln und Selbstdisziplin der Bevölkerung erinnert, als in Hongkong Ende Januar 2020 die Coronavirus-Pandemie ausbrach: Die Verantwortlichen in Hongkong erinnerten sich an die Sars-Epidemie von 2003 und

reagierten sofort. Die Behörden testeten ausgiebig, isolierten Infizierte, stellten Neuankömmlinge unter Quarantäne, Schulen wurden geschlossen, Großveranstaltungen abgesagt und die Schutzmaske im öffentlichen Raum wurde zur Regel; solche allseitig akzeptierten Änderungen im Alltagsverhalten hatten es dort erlaubt, einen umfassenden Lockdown zu vermeiden.

Aber wie kann sich eine demokratische Gesellschaft nachhaltig schützen, wenn sie sich mit immer rücksichtsloser agierendem, das Regelwerk der Umgangsformen und Lebensart durch mutwillige Regelverstöße gefährndem Widerstand auseinandersetzen muss?

Der größte Feind der Menschen ist der Mensch, wobei hier nicht die Rede ist von dem, der Kriege anzettelt, mordet oder Morde in Auftrag gibt oder einen tödlichen Verkehrsunfall verschuldet.

Doch wenn ökonomisches Gewinnstreben dazu führt, dass Menschen zu Tode kommen,

- weil sie von Multikonzernen der Agrarindustrie von ihren Nahrungsquellen vertrieben werden und in der Folge verarmen und verhungern

- oder auch der weltweite Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft in Kenntnis der gesundheitlichen Schäden für Mensch und Natur im Einvernehmen von Politik und Wirtschaft ungehemmt fortgesetzt wird

- oder - schlimmer noch - weltweit Menschen wesentlich todbringend krank gemacht werden, weil ihnen schädliche Mixturen von industriell hergestellten Lebensmitteln und Pharmaka verschwiegen werden,

- aber auch wenn immer mehr Menschen mit Softdrinks, Fastfood und Fertigprodukten in gesundheitsschädliche Fettleibigkeit getrieben werden,

dann sind mit solchen provokativen Rücksichtslosigkeiten die Grenzen eines vertrauensvollen gesellschaftlichen Zusammenlebens überschritten.

Das betrifft dann aber auch die Uneinsichtigkeit - in trotzi-ger Gegenwehr schnell gepaart mit antidemokratischer Einstellung - in Zeiten einer Pandemie, in der die unmittelbare Bedrohung einer gesundheitlichen Gefährdung die konsequente Einhaltung von Regeln zum Schutz von Leib und Seele verlangt und in der jegliche Zuwiderhandlung folglich nur mit harten Sanktionen bestraft werden kann. Und das betrifft in gleicher Weise nicht minder die Uneinsichtigkeit in den Zeiten des fortschreitenden Klimawandels, der maßgeblich von einem ungehemmten Konsumverhalten in Gang gesetzt wird, dem mit Sanktionen allerdings ungleich schwieriger beizukommen ist.

Denn das Verlangen des Konsumenten zu konsumieren ist von der Religion des Kapitalismus geheiligt, ja legitimiert zu einem orgiastischen Konsumverhalten, weil die Konsumwerbung ständig den Einzelnen drängt, hier und heute zu konsumieren ("love yourself, greif zu, du hast es verdient"); für die Konsumwerbung gibt es kein morgen und übermorgen, kein bedenken und abwägen. Warum auch sich in Bescheidenheit und Demut üben, wenn in dieser Wohlstandsgesellschaft nun schon ein Großteil der zweiten oder dritten Generation Sparsamkeit und Verzicht allenfalls nur noch vom Hörensagen kennt.

So wird wohl erst dann auf eine Umkehr zu einem wieder verträglichen Miteinander von Mensch und Umwelt gehofft werden können, wenn die diese unheilvolle Entwicklung verschuldenden Menschen mit dem Stigma Unbildung endlich öffentlich soweit verspottet wären, dass sie in

ihrer Scham, als ungebildet zu gelten, vielleicht ein wenig mehr Einsicht in das Geschehen und die Notwendigkeit zur Umkehr ihres Handelns erkennen lassen.

In der Nachhaltigkeitsforschung und Umwelt- und Naturschutzpolitik steht für das Bemühen um einen möglichst geringen Rohstoff- und Energieverbrauch der Begriff Suffizienz. "Der Begriff wurde im deutschsprachigen Raum 1993 erstmals von Wolfgang Sachs verwendet. Sachs erklärte den Begriff so: 'Einer naturverträglichen Gesellschaft kann man in der Tat nur auf zwei Beinen näher kommen: durch eine intelligente Rationalisierung der Mittel wie durch eine kluge Beschränkung der Ziele. Mit anderen Worten: die "Effizienzrevolution" bleibt richtungsblind, wenn sie nicht von einer "Suffizienzrevolution" begleitet wird.' Sachs definierte Suffizienz als Entschleunigung, Entflechtung, Entkommerzialisierung und Entrümpelung" (Wikipedia).

Aber letztendlich könnte wohl dann doch allenfalls wieder nur das ökonomische Regelwerk einer Kostenbilanzierung die Menschheit zur Einsicht in ein verträgliches, weil eben auch kostensparendes Miteinander von Mensch und Natur führen: "Die Nationen der Erde zahlen rund 500 Milliarden US-Dollar jährlich, um die Natur auszubeuten und zu zerstören. Es sind Subventionen für die Landwirtschaft, für fossile Kraftstoffe, für Energie, für die Fischerei oder für Düngemittel. Insgesamt entstehen durch fehlgeleitete öffentliche Gelder weltweit Schäden im Wert von vier bis sechs Billionen US-Dollar. Für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen dagegen gibt die Menschheit nur zwischen 78 und 143 Milliarden Dollar jährlich aus. Das sind 0,1 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Die alarmierenden Zahlen sind Teil eines neuen Reports zur Ökono-

mie der Biodiversität des britischen Wirtschaftswissenschaftlers Partha Dasgupta vom St. John's College der University of Cambridge... Ähnlich wie der berühmt gewordene Stern-Report, der 2006 die wirtschaftlichen Folgen der globalen Erwärmung untersuchte, legt die Dasgupta Review die wirtschaftlichen Konsequenzen der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen dar. ... 'Die Wachstums- und Entwicklungstheorien, die unsere Vorstellungen über den Fortschritt und Rückschritt von Nationen geprägt haben, erkennen die Abhängigkeit der Menschheit von der Natur nicht an'. ... Natur sei mehr als ein bloßes Wirtschaftsgut. Sie habe nicht nur einen "Gebrauchswert", sondern auch einen "Eigenwert". Ein Wirtschaftssystem, das auf grenzenlosem Wachstum fußt, werde zum ökologischen und klimatischen Kollaps führen.

Um die Herausforderungen zu stemmen, fordert Dasgupta einen Marshallplan für die Biodiversität. Vier Wege sieht er, um die klaffende Lücke zwischen dem globalen ökologischen Fußabdruck und der Regenerationsfähigkeit der Biosphäre zu schließen: Die Senkung des globalen Pro-Kopf-Verbrauchs, die Reduzierung der Weltbevölkerung, die Erhöhung der Effizienz, mit der Güter und Dienstleistungen bereitgestellt werden sowie höhere Investitionen für den Erhalt und die Regeneration natürlicher Systeme.

... Dasgupta fordert deshalb ein komplettes Umdenken. Eine neue Ethik, ein neues Menschenbild seien notwendig, um die Krise der Natur zu bewältigen. Diese Haltung müsse durch Bildung schon früh geprägt werden: 'Jedes Kind in jedem Land' müsse in Naturgeschichte unterrichtet werden'. ..." (Auszug Philip Bethge: Dasgupta-Report zur Biodiversität: Was kostet die Welt?, SPIEGEL, 02.02.2021).

Und gleiches gilt für die Sozialwissenschaft, denn es ist schon dreist, wie die Steigbügelhalter des Kapitals in alle Nischen von Politik und Wissenschaft mit ihrer Infiltration vordringen, um jeglich mögliche Kritik an den Segnungen des Kapitalismus schon im Keim zu ersticken.

"Der Bedeutungsverlust der Sozialwissenschaften in der Lehrerausbildung und in den Schulen in NRW trifft auf heftigen Widerstand. 'Sozialwissenschaften lassen sich nicht durch das Fach Wirtschaft/Politik ersetzen, wie es das Bildungsministerium aktuell plant - und das in Zeiten, in denen antidemokratische Parteien erstarken und die politische Bildung in den Schulen bereits schwächelt'... Dem Fach Wirtschaft/Politik fehle ohne die Sozialwissenschaften ein wichtiger Blickwinkel, sagte Moritz Bayerl vom Landesvorstand der Landeschülerversammlung. Eine Umfrage habe schon 2018 gezeigt, dass nur 32 Prozent des Politikunterrichts am Gymnasium politischen und nicht wirtschaftlichen Themen gewidmet sei. 'In Zukunft wird es nicht nur noch weniger Politikunterricht geben, er wird auch schlechter sein, da den Lehrkräften der Zusammenhang, die Sozialwissenschaft fehlen wird', so Bayerl. ...

Der Protest gegen die geplanten Änderungen ist auch unter Studierenden groß: 'Die Soziologie ist essenziell für einen kritischen Blick auf die Gesellschaft und für den Weg der Schüler und Schülerinnen hin zur Mündigkeit', sagte Tobias Zorn vom Landes-Asten-Treffen NRW, der Studierendenvertretung.' ..." (Auszug Kirsten Bialdiga: Schüler wollen mehr Sozialwissenschaft, Verbände warnen vor Priorisierung der Wirtschaft, General-Anzeiger Bonn, 09.02.2021).

Doch es sind wohl immer noch zu viele kleine und große Nutznießer in diesem kapitalistischen Ränkespiel von Ver-

dummung und Verarmung gefangen, weil sie meinen es geschafft zu haben oder noch hoffen, auf der gewinnbringenden Seite stehen zu können.

Und es gibt immer noch zu wenige Entrüstete, die diese empörenden Auswüchse von sozialen Ungerechtigkeiten und deren Verdrängung mit ihrem Verständnis von demokratischem Denken und Handeln nicht länger vereinbaren können und wollen.

Und in dem weiten Spannungsfeld zwischen den wenigen Entrüsteten und den umso zahlreicher gedankenlosen Mitspielern dieses kapitalistischen Ränkespieles oszillieren die entscheidenden Merkmale der individuellen Persönlichkeitsentwicklung: Selbsterkenntnis, Selbstakzeptanz und Selbstveränderung. Denn ohne Selbstdisziplin, die Selbstbeherrschung als stetiges und eigenkontrolliertes Verhalten, spielt sich dann dort wohl doch wenig ab.

Die althergebrachte Entschuldigung 'denn sie wissen nicht, was sie tun' darf nicht mehr auf mildernde Umstände hoffen; weil sie (die Mitspieler im kapitalistischen Ränkespiel) sehr genau wissen, was sie tun, ist ihr Handeln strafbar und Solidarität einklagbar.